

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner

Walter Dirks

Günter Grass

Johannes Rau

Carola Stern

Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz

(Chefredakteur)

Ulrike Ackermann

(verantwortlich)

Norbert Seitz

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer

Tilman Fichter

Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Siegfried Bangert

Frank Benseler

Gottfried Erb

Iring Fetscher

Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher

Reimut Jochimsen

Tomas Kosta

Richard Löwenthal

Ferdinand W. Menne

Susanne Miller

Peter von Oertzen

Friedrich-Wilhelm Witt

3 1991
38. Jahrgang

195 Editorial

Aktuelles

- 197 AHMAD TAHERI
Heiliger Krieg –
gerechter Krieg?
- 198 REINHARD MOHR
Der Golfkrieg und das Fernsehen
- 203 ERHARD STÖLTING
Tote im Baltikum
- 205 GESPRÄCH MIT
JERZY HOLZER
Polen und der Zerfall der
Sowjetunion
- 210 WOLFGANG GEIGER
Frankreich und die
Wiedervereinigung

Thema: Roissy und Kleinseite/ Europäische Metropolen

- 216 FRANÇOIS MASPERO
Mit dem Roissy-Express
durch Groß-Paris
- 223 HELENA STEJSKALOVÁ
Prag – mit Samt und ohne Samt
- 229 KLAUS HARTUNG
Die neue Teilung von Berlin
- 236 PIERRE BRIANÇON
Das hungrige Leningrad träumt
von vergangenem Glanz
- 238 PAUL ASSALL
Glasgow 200 Jahre nach dem
Tod von Adam Smith
- 243 BARBARA KLAIN
Der Warschauer Kulturpalast
- 250 HAZEL ROSENSTRAUCH
Wien – ein letzter Hort des
Ostens?

Gewerkschaften, immer noch im Umbruch?

- 256 HELMUT SCHAUER
Die Zukunft der Gewerkschaften
- 264 JOHANO STRASSER
Solidarität und Differenz

Kontrovers

- 269 CLAUDIA MANCINA
Zur Politik der Differenz
Erwiderung auf Miriam Mafai

Kultur

- 272 WALTER BENJAMIN
Angelus Novus
- 273 KARLA HIELSCHER
Die Luft der Freiheit. Eine
Andere Prosa in Rußland
- 280 RYSZARD KRYNICKI
Die Zunge, dieses wuchernde
Fleisch
- 280 HANS-MARTIN LOHMANN
Zeitschriften-Forum

Kritik

- 283 RENATE KARST-MATAUSCH
Leben als Text
- 285 KLAUS BLOEMER
Abendländischer Abgesang
- 288 Zu den Autorinnen und Autoren
Impressum

Titelfoto: Paul Klee, Angelus Novus, © 1991,
Copyright by COSMOPRESS, Genf - s. a. W.
Benjamin, S. 272

Editorial

Das berühmteste, wohl auch bedeutendste Anti-Kriegsgedicht der deutschen Literatur stammt von Matthias Claudius. In ihm stehen die berühmten Zeilen: »'s ist leider Krieg – und ich begehre/Nicht Schuld daran zu sein!« Hoho, werden viele der neuerdings hochgestimmten Deutschen sagen, die übliche neudeutsche Schlappschwänzigkeit. Sie wollen sich einfach die Finger nicht schmutzig machen, diese armseligen Wichte. Bündnisunfähig, verantwortungsunfähig. Aber das muß alles anders werden, und das wird alles ganz anders werden.

Seit Dezember vorigen Jahres schreibt diese Zeitschrift (bisher vergebens) gegen diese Stimmung an. Die Maxime, »Wir müssen Verantwortung übernehmen«, ist die zeitgemäße Version jener anderen aus den sechziger Jahren: »Wir sind wieder wer«. Daß »Verantwortung« gerade darin bestehen könnte, daß ein neues Deutschland ein neues Verhältnis zur Dritten Welt aufbaut (und nicht blind hinter Amerikanern und Engländern hertrabt), ist in den deutschen politischen Eliten noch nicht gelernt. Es müßte aber dringend gelernt werden, denn Konflikte wie der am Golf werden in den nächsten Jahren immer wieder auftreten. Welche Rolle spielen die Deutschen bei solchen Konflikten? Die der Hilfssheriffs? Die der tributpflichtigen Vasallen? Oder eine selbständige, eine europäische, die gemeinsam mit den Franzosen durchzukämpfen wäre?

Der Ost-West-Konflikt scheint beendet; jedenfalls eingeeht. Niemand wurde allerdings so schnell widerlegt wie ein gewisser Herr Fukuyama, stellvertretender Leiter des Planungsstabs des amerikanischen State Department, der 1989 meinte, mit dem Ost-West-Gegensatz würden auch alle ernsteren Konflikte verschwinden. Keine Rede. Es ist sogar so: Während des kalten Krieges wäre der Golfkonflikt nicht ausgebrochen; Moskau hätte Saddam Hussein nicht erlaubt, Kuwait zu annektieren, und Bush hätte sich nicht getraut, die Uniform des Weltpolizisten anzuziehen. Das ist weiß Gott kein Grund, sich den kalten Krieg zurückzuwünschen. Aber es ist Grund genug, sich zu überlegen, wie der Mut zu »kleineren Konflikten« begrenzt werden kann. »Kleinere Konflikte« sind Konflikte ab 100 000 Tote – aufwärts.

In diesem März-Heft analysiert den Golfkrieg ein Mann aus der Region, der seit langem in

Deutschland lebende Iraner Ahmad Taheri. Er ist ohne jede Sympathie für den Mörder Saddam Hussein, aber auch ohne Sympathie für die Geschichte von Engeln und Teufeln, die derzeit im Westen über den Golfkrieg kursiert. Taheris Artikel legt in der Tat den Wunsch nahe, »nicht Schuld daran zu sein«. Wer diese Analyse gelesen hat, nehme sich anschließend das ganze *Kriegslied* von Matthias Claudius vor, darunter auch die Strophe:

*Was sollt ich machen, wenn im Schlaf mit
Grämen
und blutig, bleich und blaß
Die Geister der Erschlagenen zu mir kämen,
und vor mir weinten, was?*

Der Schwerpunkt dieses Heftes handelt von »europäischen Metropolen«. Wir bieten allerdings keine heimeligen Stiche von Paris, Prag, Berlin, Warschau, Wien oder Leningrad. Wir bieten höchst zeitbedingte Streiflichter vom hungernden Leningrad, von der Widersprüchlichkeit Glasgows – ein Drittel der 700 000 Einwohner lebt von Sozialhilfe – oder der noch unbewältigten Vereinigung Berlins. Europa, so zeigt diese Artikelserie, ist ein wunderbares, lebendiges, brutales Pflaster. Und wohin dieses Europa nach der mitteleuropäischen Revolution von 1989 driftet, weiß niemand. Der Horizont ist offen. Wunderbar offen. Schrecklich offen.

Treiben die Winde des Fortschritts den Engel vor sich her? Zwingen sie ihn, Schritt für Schritt in eine unbekannte Zukunft? In der IX. seiner geschichtsphilosophischen Thesen interpretiert Walter Benjamin ein Bild von Paul Klee. Für ihn ist der Engel der Engel der Geschichte. Ob er recht hat? Das Bild von Klee ist für diesmal unser Titelbild, die Interpretation von Benjamin der Aufmacher unseres Kulturteils.

Peter Glotz



Prager Kleinseite, Aufstieg zur Burg

Foto: Wolfgang Klotz

AHMAD TAHERI

Heiliger Krieg – gerechter Krieg?

Noch vor kurzem gab es nur einen Heiligen Krieg: den Dschihad des Islam. Jetzt ist ein zweiter hinzugekommen, der gerechte Krieg des Christentums. Den Begriff hat bekanntlich der heilige Augustinus geprägt. Der erste der beiden Heiligen Kriege richtet sich gegen den us-Teufel, der zweite gegen Satan Saddam Hussein. Die Ideologien stammen aus dem Mittelalter, die Waffen aus den modernen Zeughäusern der Welt. Der internationale Exorzismus ist am Golf in vollem Gange, und der vorderasiatische Raubzug Saddams ist auf dem besten Wege, zur »Schlacht aller Schlachten« zwischen dem Orient und dem Okzident zu werden.

»Kein Blut für Öl« ist gewiß eine verkürzte Parole. Dem Westen geht es um einiges mehr als um das schwarze Gold, um Ziele, die aber nicht unbedingt edler sind als die Sicherung der billigen Energieressourcen. Doch gäbe es in Kuwait anstelle der Ölfelder Orangenplantagen oder Olivenhaine, hätte Saddam Hussein zwar eine Menge diplomatischen Ärger in der UNO oder in der arabischen Liga, doch keine B 52 aus dem »Satanreich« am Hals. In Sachen Öl ist der Westen unerbittlich, davon hängen schließlich Wohl und Wehe der nördlichen Hälfte des Globus ab. Wer es wagt, an diese Schlagader der westlichen Welt Hand anzulegen, kann nur ein Wahnsinniger, ein Stalin, ein Dschingis Khan, ein Hitler sein. Gestern war der Irre Ayatollah Chomeini, heute ist es Saddam Hussein. Gewiß ist der irakische Staatschef ein machtgieriger und blutrünstiger Tyrann, dessen politischer Lebensweg mit Leichen gepflastert ist. Allein das Massaker an seinen kurdischen Landsleuten reichte aus, um ihn mit gutem Gewissen zur Hölle zu wünschen.

Völkerrechtlich gesehen sind die USA und ihre Alliierten am Golf, um den UNO-Resolutionen, die die Befreiung Kuwaits von den irakischen Besatzern fordern, Geltung zu verschaffen. Die UNO hat jedoch die militärische Option als allerletztes Mittel vorgesehen. War der Krieg das einzige Mittel, Saddam in die Schranken zu weisen? Waren alle politischen und diplomatischen Möglichkeiten ausgeschöpft, bevor in der Nacht zum 17. Januar die ersten Bomben auf die irakische Hauptstadt fielen? Hatte sich das von der UNO gegen den Irak verhängte Embargo tatsächlich als nutzlos erwie-

sen, wie es so oft behauptet wird? Wohl kaum. Die meisten Experten sind der Ansicht, das Embargo hätte erst nach einem Jahr seine Wirkung zeigen können. Der Irak hat sowohl lange Grenzen zum Iran, zur Türkei und zu Jordanien, über welche die Sanktionen stets unterlaufen werden können. Aber auch Schmuggelwaren müssen bezahlt sein, und zwar viel teurer als sonst. Der Irak bezieht bekanntlich seine Devisen aus dem Export von Öl, jährlich zwischen 12 bis 18 Milliarden Dollar. Mit dem Embargo fand der irakische Öl-Export, der hauptsächlich über Saudi-Arabien und die Türkei lief, ein Ende. So wäre die irakische Staatskasse nach einem Jahr mit höchster Wahrscheinlichkeit leer gewesen. Die wirtschaftliche Lähmung hätte dann die politische und militärische Schwächung des Saddam-Regimes zur Folge gehabt, was wiederum einer politischen Lösung eine Chance gegeben hätte.

Eine weitere Möglichkeit für eine friedliche Lösung wäre der französische Vorschlag gewesen. Kurz vor Beginn des Krieges hatte François Mitterrand eine baldige Nahostkonferenz vorgeschlagen, in der alle Probleme der Region und somit auch die Palästina-Frage behandelt werden sollten. Doch die Amerikaner, im Besitz des Vetorechts im UNO-Sicherheitsrat, lehnten die französischen Vermittlungsversuche ab. Damit wurde noch einmal deutlich, daß es den USA im Einvernehmen mit ihren israelischen Verbündeten nicht in erster Linie um den Rückzug der Irakis aus dem besetzten Emirats geht, als vielmehr um die Zerschlagung des irakischen Kriegspotentials. Auch die Sowjets setzten auf Krieg. Die Bomben über Bagdad können die Gewehrsalven in Wilna übertönen.

Freilich war die von Saddam hergestellte Verbindung zwischen der Besetzung Kuwaits und der Besetzung der palästinensischen Gebiete durch die Israelis ein infamer, demagogischer Schachzug. Ein Verfechter der palästinensischen Sache war der irakische Diktator nie. Auch völkerrechtlich gesehen ist diese Verbindung ein Unding. Doch psychologisch und emotional hängt für Millionen Araber beides zusammen. Nicht ohne Recht fragen sich die Araber, namentlich die Palästinenser, warum – wenn die westlichen Alliierten am Golf einmarschiert sind, um die UNO-Beschlüsse durchzusetzen – sich niemand um ein Dutzend UNO-Re-

solutionen kümmert, in denen die Räumung der besetzten Gebiete Palästinas sowie das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes gefordert wird. Die Ankündigung einer Nahost-Konferenz hätte Saddam die wichtigste propagandistische Waffe aus der Hand geschlagen, womit er bis heute Millionen von Arabern für sich gewinnen konnte. Überdies hätte es in einer solchen Konferenz die Chance gegeben, eine Reihe mit dem Westen verbündeter arabischer Staaten, die Saddam mehr fürchten als Israel, dazu zu bewegen, als Gegenleistung zur Räumung des palästinensischen Gebietes das Existenzrecht des israelischen Staates anzuerkennen. Das wäre für die Sicherheit Israels längerfristig weit bedeutender gewesen, als die Patriot-Abwehrraketen oder das Gemetzel am Tigris.

Diese und andere Möglichkeiten wurden im Westen wie im Osten ignoriert. Die Welt schaute untätig auf den Kalender und erwartete voller Spannung den Showdown. Selbst namhafte linke Intellektuelle in Deutschland, jahrzehntelang Verfechter des Friedens, entdeckten die befreiende Kraft der Splitterbomben. Seit Wochen melden sich Friedens- und Konfliktforscher, Essayisten, Protestsänger und Literaten zu Wort und rechtfertigen den Bombenhagel auf irakische Städte. Sogar deutsche Cineasten, die mit feinsinnigen Zitaten von Benjamin, Adorno und Horkheimer auch bei der Besprechung eines B-Western nicht geizen, sind zu kritiklosen Apologeten der sich unerbitlich vollziehenden Kriegslogik geworden. Angesichts der Kompliziertheit der Ereignisse in der Region, mit der sie anscheinend ebenso vertraut sind wie der irakische Bauer mit der Negativen Dialektik Adornos, flüchten sie sich zunehmend in die Einfachheit der historischen Parallelen: Saddam Hussein ist ein neuer Hitler. Der Tyrann von Bagdad pflege, wie der deutsche Diktator, Menschen zu vergasen, Länder zu überfallen, Kindern über die Haare zu streichen und in befestigten Bunkern zu nächtigen. Dieser wie jener leide am Cäsarenwahn.

Sie teilen ihren Hitler mit anderen Völkern, indem sie jeden orientalischen Despoten zum Menschheitsfeind erklären. Damit nehmen sie vom bisherigen Konsensus Abschied, das Grauen des deutschen Faschismus sei eine unvergleichliche Barbarei der geschriebenen Geschichte. Die logische Konsequenz dieses Vergleichs liegt auf der Hand: Wie ohne Bombardierung der deutschen Städte die Hitlerei kein Ende nehmen konnte, so muß man den Tod zehntausender irakischer Kinder, Frauen und anderer Zivilisten in Kauf nehmen, um die Menschheit vor dem neuen Hitler zu retten. Da-

bei vergißt man geflissentlich, daß Saddam keine Gefahr für die Welt, sondern höchstens für die Region ist. Auch mag es sein, daß die Deutschen am Faschismus schuld sind, weil sie 1933 Hitler mit ihren Stimmen zur Macht verhelfen, das irakische Baath-Regime jedoch ist durch einen Putsch an die Macht gekommen. Sie kritisieren die Friedensbewegung: sie sei kurzsichtig und habe vergessen, daß Saddam Tausende von Kurden massakrierte, als ob sie sich ihre Finger über das Leid der irakischen Kurden wundgeschrieben hätten. Mehr noch, geflissentlich verdrängen sie, daß der Krieg am Golf in erster Linie auf Kosten der Zivilbevölkerung geführt wird. Die einfache Rechnung kommt ihnen nicht in den Sinn. Wenn jeder Bombenangriff auf die Städte nur ein einziges Menschenleben forderte, so ist bis heute mit Zehntausenden von Toten zu rechnen. Diejenigen, die im Namen der Solidarität mit Israel dem Krieg das Wort reden, müssen bedenken, daß Israel nicht mit den USA, mit Deutschland oder mit Honolulu benachbart ist, sondern mit arabisch-islamischen Ländern. Längerfristig muß dieser Staat, um in Frieden zu leben, sich mit den Arabern verständigen. Wenn der Krieg zu Ende sein wird und damit auch die Zensur, wenn die Bilder von zerschossenen Gesichtern der Kinder, zerfetzten Leibern der Frauen um die Welt gehen werden, dann werden die arabisch-muslimischen Völker dies nicht nur dem Westen anlasten, sondern auch dem israelischen Nachbarn, zu dessen vermeintlichem Schutz das Inferno gestartet wurde. Damit ist der Friede im Nahen Osten um Jahrzehnte zurückgeworfen.

REINHARD MOHR

Der Golfkrieg und das Fernsehen

Der Krieg am Golf begann im Fernsehen. Erst Stunden, nachdem die ersten live-Bilder des amerikanischen Nachrichtensenders CNN vom Luftangriff auf Bagdad um die Welt gegangen waren, gab US-Präsident Bush offiziell bekannt, was die Fernsehzuschauer in Seattle wie in Stuttgart längst wußten. Seitdem macht die Rede vom »Bildschirmkrieg« als Videospiel in Echtzeit die Runde, werden Parallelen zwischen der »chirurgischen« Kriegsfüh-

rung vermeintlich »intelligenter« Waffen, der aseptischen Medienfiktion vom Blitzkrieg als Showdown für die erste Reihe und jener allgegenwärtigen Militärzensur hergestellt, auf die hinzuweisen schon nach wenigen Kriegstagen kein verantwortungsbewußter Moderator sich nehmen ließ. Nach den ersten Stunden eines überfallartigen Schocks, in dem alle Bilder und Informationen begierig aufgenommen wurden, machte sich neben fortdauernder Angst auch Skepsis breit. Wo denn die Toten blieben, das ganze Grauen des Krieges, auf das man schließlich als rundum informierter, besorgter und kritischer Zeitgenosse Anspruch habe, fragten viele. Als massiv ins Bewußtsein drang, daß auch das spärliche und wenig aussagekräftige Bildmaterial zensiert sei und niemand wisse, wie der Krieg denn stehe, geriet hierzu-lande das Fernsehen ins Visier. Die nicht zustande gekommene Verbindung zu »unserem Mann in Amman« und die schon legendäre Symbolik der Schalauswahl »unseres Mannes in Washington« mußten dafür herhalten, die ganze Inkompetenz und hilflose Oberflächlichkeit der elektronischen Medien zu belegen. Mehr noch, die Massenmedien wurden der willenlosen Anpassung an die Kriegspropaganda vor allem der Vereinigten Staaten überführt, bei der keine Informationskontrolle mehr stattfindet.

Gleichwohl saßen die Kritiker, wie alle anderen, Stunden um Stunden vor dem Fernsehgerät, verfolgten die ungezählten Sondersendungen, Expertenrunden und Talkshows, die mit jedem Tag ihren abnehmenden Grenznutzen zur Schau stellten, und verspürten jenes gemeinschaftsstiftende Gefühl der Ohnmächtigen, die sich selbst kaum zwischen Angst vor dem Krieg und seiner diffusen Faszination unterscheiden konnten.

Diese Ambivalenz, die den Fernsehkrieg erst zum Ereignis macht, spiegelte sich von Beginn an in der TV-Berichterstattung: Neben der mehr oder weniger professionellen Adaption militärischer Fachausdrücke war der Drang zum friedlichen Konsens der Deutschen unverkennbar – anders als in England, Frankreich und den USA, wo Fernsehreporter schon mal in Uniform auf dem Kriegsschauplatz erscheinen. Erst als die Kritik an der deutschen Zurückhaltung im Golfkrieg, Einäugigkeiten der Friedensbewegung und die Empörung in Israel über das irakische Giftgas aus der Bundesrepublik unüberhörbar wurden, wandelte sich der stille Antikriegs-Konsens zum – vieltimmigen – Bekenntnis deutscher Verantwortung in der Welt. Doch je mehr sich Zweifel an der Berichterstattung, gar Selbstkritik des Mediums aus-

breiteten und zugleich der real wütende Krieg am Golf weiterging, desto klarer wurde, daß der Fernsehkrieg nur die Extra-Ausgabe des Normalfalls ist. Die Sehnsucht nach der Wahrheit des Krieges und seiner Konsequenzen erwies sich als Reflex all jener Bildphantasien, die im Kopf jedes einzelnen Fernsehzuschauers stets abrufbar sind. Die in den Köpfen versammelte ideelle Gesamtapokalypse war aber der Fluchtpunkt der medialen Wahrnehmung. Gerade die Abwesenheit der aus Vietnam und Angola, Afghanistan und Biafra eingebrannten Bilder des Schreckens sorgte für die zuweilen bis an Hysterie grenzende Vorstellungskette, an deren Ende der »nukleare Winter«, ein riesiges Ozonloch und der endgültige Durchbruch der weltweiten Klimakatastrophe stand – ganz zu schweigen von jenen Leichenbergen und Verwüstungen, die allerdings in anderen Fällen keine vergleichbaren Reaktionen hervorgerufen hatten.

Die vornehmlich moralische Kritik an den Massenmedien, die der schlimmen Wirklichkeit ihre surrealen Fiktionen entgegensetzten, verdeckt die Analyse des modernen Fernsehalltags, der immer zugleich real und fiktiv ist. Das allabendliche »channel-hopping« zwischen Bildern verschütteter Erdbebenopfer, kämpfender »Rebellen« und dem papageigelben T-Shirt von Don Johnson in »Miami Vice« ist das alltägliche Syndrom jener Obszönität, die angesichts des Golfkrieges beschworen wird. Die elektronischen Medien, nicht viel weniger die großen Printmedien, sind aktiver Teil einer Gesellschaft, deren produktiver Fortschritt immer mehr Tätigkeiten und Abläufe immaterialisiert.

An diesem »elektronischen Halsband« (Gilles Deleuze) der Kommunikationsgesellschaft hängen die materiellen Reproduktionsformen samt ihren sozialen und ökologischen Konsequenzen. Auch wenn das Fernsehen und seine massenhafte Rezeption von dieser realen Unmittelbarkeit abstrahiert, wird sie dennoch vom Medium reflektiert. Die ökologische Krise wurde von den Massenmedien viele Jahre zu einem zentralen Thema gemacht, bevor die politische Klasse anfang zu begreifen, worum es geht. So sehr das Fernsehen Kind der technologischen Revolutionen ist – und schon deshalb eine Affinität zu Katastrophen und Kriegen aller Art hat –, so empfindlich reagiert es (unter halbwegs demokratischen Verhältnissen) auf Veränderungen der gesellschaftlichen Statik, auf soziale und kulturelle Schwankungen und Verwerfungen.

So hat das Fernsehen die Protestbewegungen in der Bundesrepublik über 20 Jahre lang begleitet, ja, nicht selten verstärkt, und ist ih-

nen schließlich sogar selbst zum »Opfer« gefallen: Trotz allen Parteiproporz und bürokratischer Hierarchien tummeln sich viele Linke und Linksliberale in den Funkhäusern, die das tägliche Programm zu einem Gutteil bestimmen. Die Befürchtung, mit den Privatsendern werde ein reaktionärer Schub einsetzen, hat sich nicht bewahrheitet. Programme wie SPIEGEL TV, STERN TV, RTL EXPLOSIV und Alexander Kluges Interviews belegen das Gegenteil.

Dem deutschen Fernsehen ist weder moralisch noch ideologisch beizukommen. Es hat Klaus Bednarz, der zur Abschreckung Bilder von entsetzlich verstümmelten Opfern des Ersten Weltkriegs zeigte und Soldaten unverblümt zur Desertion ermunterte, aber es lebt auch von Heinz-Klaus Mertes, dem Igel unter den ARD-Moderatoren, der seine »Brennpunkt«-Beiträge ankündigt wie Oberleutnants das Waffenreinigen. Das deutsche Fernsehen ist der getreue Spiegel einer Gesellschaft, deren unausgesprochener Konsens in der Dauerdiskussion der Talkshows und Gesprächsrunden besteht, die bisher noch jedes scheinbar unlösbare Problem zu Tode geredet haben. Wurde vor Jahresfrist das Jahrhundertereignis der deutschen Vereinigung in ungezählten Sondersendungen bis zur Neige ausdiskutiert und damit historisch erledigt, so sorgte nach Ausbruch des Golfkrieges der unerschöpfliche Reichtum an Nahostexperten, Geschichtswissenschaftler, Theologen und anderen Betroffenen dafür, daß die spärlichen Informationen von einer unbebiegbaren Interpretations- und Kommentarübermacht unverzüglich in einer riesigen Wolke tiefer Nachdenklichkeit aufgelöst werden konnten.

Nach zwei Wochen war die Hauptarbeit erledigt. Kein Aspekt, der nicht mehrfach und ausführlich behandelt, keine Polemik, der nicht umgehend geantwortet worden wäre. Das Trommelfeuer der täglichen Sondersendungen wurde schließlich eingestellt, die pietätvollen Programmänderungen auf dem Unterhaltungssektor verschwanden, obwohl »Mainz bleibt Mainz, wie es singt und lacht« nicht mehr zu retten war. Auch das Fernsehpublikum war nach 14 Kriegstagen erschöpft und sprach sich in Umfragen mit großer Mehrheit dafür aus, den Krieg Krieg sein zu lassen und die Unterhaltung Unterhaltung.

Die atemlose Fernsehberichterstattung hatte nicht nur die eigene Voraussetzung – stets das Neu(est)e zu präsentieren – überreizt und damit aufgezehrt, auch das Wahrnehmungs- und Verarbeitungsvermögen der Zuschauer war überfordert worden. Eher unwillkürlich als bewußt hatte das Bildschirmfeuer-

werk die Erwartung geweckt, der Zeithorizont eines »modernen« Krieges orientiere sich an dem Schnittrhythmus von aktuellen Magazinbeiträgen oder der Studiohektik bei Live-Sendungen.

Das Klima des Sofort-informiert-werden-wollens, des Stets-auf-dem-Laufenden-sein, das vor allem die elektronischen Medien erzeugten, provozierte Hoffnungen und Enttäuschungen, die tatsächlich den virtuellen Krieg mit dem wirklichen Krieg verwechselten. Eine Mischung aus angstvoller Betroffenheit und erwartungsfroher Neugier prägte die massenhafte Rezeption, deren politische Ohnmacht zum Teil durch das Gefühl kompensiert werden konnte, keinen Augenblick der Entscheidung zu verpassen: der Fernsehsessel als imaginärer Gefechtsstand.

Wie wenig das Interesse der Zuschauer an Bildern einer vermeintlichen Wirklichkeit gebunden ist, führten TV-Berichte über Erdbeben in Pakistan und Afghanistan vor Augen. Sie gehören zum Inventar des Fernsehalltags wie Wetterbericht und Sportschau und wirken dennoch wie Fremdkörper aus einer fernen Welt, in der es noch überschaubare Naturkatastrophen gibt und nicht jenes menschengemachte Inferno, dessen wahres Wesen in seiner Extrapolation, in der Imagination unbegrenzten Verderbnisses besteht. Es ist die ambivalente Faszination des Ausnahmezustands jenseits aller Wirklichkeit, die nach Bildern verlangt, nicht der unbedingte Wahrheitsdrang.

Die erholsame Rückkehr in die gewohnte Normalität, die in Deutschland seit 40 Jahren davon geprägt ist, daß Kriege woanders, meist weit weg stattfinden, war und ist prekär. Der »Fernsehkrieg« markiert eben auch einen historischen Punkt: Regionale Konflikte und Kriege sind mehr als je zuvor zugleich globale. Der US-Nachrichtensender CNN mag dies bei seiner Gründung vor gut zehn Jahren als Geschäftsgrundlage verstanden haben. Zugleich beginnt der Begriff der »Geschichte« zu verschwinden oder auf seinen antiquarischen Aspekt reduziert zu werden. Mochte manchem schon der Zerfall der »realsozialistischen« Staaten und die Vereinigung Deutschlands wie Ereignisse im Zeitraffereffekt erscheinen, so dokumentiert der medienvermittelte Golfkrieg eine solche Beschleunigung der »gegenwärtigen Zeit«, daß die Distanz zwischen Ereignis, Bild und Urteil auf ein Minimum zusammenschrumpft, worauf jüngst Jean Baudrillard noch einmal hinwies.

Am Beispiel der Talkshow-Inflation ist deutlich zu sehen, wie das offenkundige Bedürfnis nach Diskussion in dem Maße steigt, in dem die Urteilskraft faktisch marginalisiert

Was ist an dieser Bank eigentlich Besonderes?

✉ Sie ist eine BriefBank. D. h. alles funktioniert bequem, vertraulich, schnell und auf dem direkten Weg. Einfach per Post. Die BSV:Bank liegt also so nahe, wie der nächste Briefkasten. Außerdem: Sie haben alles Schwarz auf Weiß. Da gibt es keine Mißverständnisse. Und zu Hause an Ihrem Schreibtisch kann keiner mithören, und niemand kann Ihnen über die Schulter schauen.

✉ Sie ist eine Bank mit besonders interessanten Angeboten: BriefKredit, AnsparKredit, RentenSparbrief, WachstumsSparbuch, VermögensbildungsSparvertrag, WunschgeldSparplan, GewinnSparbuch, Eigenheimfinanzierung aus einer Hand, VISA card. Besonders bemerkenswert dabei: Den RentenSparbrief, den AnsparKredit und den WunschgeldSparplan gibt es in dieser Form sonst nirgends.

✉ Sie ist eine Bank, bei der die Kunden durch eigene Vertreter Sitz und Stimme im Aufsichtsrat haben.

✉ Sie ist eine ideale Bankverbindung, weil sie überall erreichbar ist. Jeder kann also die günstigen Angebote nutzen.

✉ Sie ist eine Bank, bei der alles zuverlässig und schnell abgewickelt wird. Schreiben Sie doch einfach mal. Lassen Sie sich informieren. Postkarte genügt.

BSV:Bank, Baseler Straße 27-31
6000 Frankfurt/M. 11, Telefon (0 69) 25 61 00

 **BSV:Bank**
Die erfolgreiche BriefBank. Gegründet 1965.

wird. So wird aus dem Minimum an reflexiver Distanz zur realen Zeitgeschichte leicht ein riesiges Vakuum, in dem die Worte des Dauerdiskurses vor allem dazu dienen, ein unbestimmtes Wir-Gefühl zu erzeugen: Wir sind noch »Herren« der Geschichte, weil wir ständig live dabei sind, unentwegt darüber Meinungen austauschen und mit dem Redeschwall die untergründige Angst vor Chaos, Unregierbarkeit und Ohnmacht zu bannen versuchen.

So ist auch die Flut der aktuellen Berichterstattung zum Golfkrieg als präventive Besetzung von Sendezeit zu verstehen, in der »Betroffenheit« zugleich stimuliert und sublimiert wird. Die Geschäftigkeit der Fernsehmoderatoren und -reporter, selbst ihre allzu menschliche Hilflosigkeit auf den Schaltstrecken zwischen Hamburg, Köln und Riad wirkte wie ein seelischer Unterstand im elektronischen Bilderhagel. Das Fernsehen potenziert und teilt die Angst, es liefert die – bedrohliche – Welt ins Haus und erlaubt dennoch, sich in ihr häuslich einzurichten. Nur in den allerersten Tagen hielt sich dieses Gleichgewicht des ganz normalen Schreckens nicht die Waage, wog das plötzliche Entsetzen über den Ausbruch des Krieges – jedenfalls in Deutschland – schwerer als die gleichzeitig verabreichten Beruhigungsmittel der vertrauten Mediensimulation.

Ein Element dieser Simulation trat mit jedem Kriegstag ein Stück mehr in den Vordergrund: die militärische Zensur und ihr Bruder im Geiste des Ausnahmezustands, die Kriegspropaganda: Der Feind ist schwer angeschlagen, die Eigenverluste gering. Tagelang schien es, als herrschte Waffenpause am Golf, so wenig Informationen drangen aus dem Kampfgebiet. Das ZDF sendete noch 24 Stunden nach Erstausstrahlung dieselben zensierten Bilder aus der von den Alliierten zurückeroberten saudischen Stadt Chafdschi. Die Rundfunknachrichten wiederholten stündlich denselben Wortlaut vorgestanzter Pseudomeldungen, allenfalls variiert durch mehr oder weniger martialische Bekundungen von Siegeszuversicht und strategischem Optimismus.

Der Vorteil dieser offensichtlich der Unwahrheit dienenden Informationspolitik ist, daß sie sich vergleichsweise leicht zu erkennen gibt. Zwar wirken Bilder eindringlicher als der Hinweis auf ihren propagandistischen Charakter, aber im Umfeld großer Skepsis über die wirkliche Lage können sie nicht die gewohnte suggestive Kraft entfalten. Jeder Zuschauer weiß, daß 50 000 Bomberflüge anders wirken als ein Laserstrahl. Viel wirksamer ist jene Beeinflussung von Wahrnehmung und Meinung, die darauf zielt, den »Diskurs« zu bestimmen. In Frie-

denzeiten ist das die Aufgabe der »Public Relations«.

Bestimmte Sichtweisen eines Problems, eines Produkts, einer Regierung oder eines Unternehmens sollen auf eine Weise vermittelt – »kommuniziert« – werden, daß sich daraus fast zwanglos eine möglichst positive Bewertung in der Öffentlichkeit ergibt. Schon seit Jahren besteht diese »Öffentlichkeitsarbeit« nicht mehr in schwärmerischen Verlautbarungen der PR-Abteilungen, sondern in der Inszenierung von »Ereignissen«, die jeweils maßgebliche Teile der Öffentlichkeit in einen tendenziell affirmativen Kontakt zum »Veranstalter« bringen – von der ordinären Pressekonferenz bis zum groß angelegten Massenspektakel.

Es ist kein Zufall, daß CNN die »Nachricht als Ereignis«, als Ereignis während des Ereignisses präsentiert, auch wenn nicht immer Highlights wie die Live-Übertragung des Luftkrieges aus dem Herzen des »targets« in Bagdad möglich sind. Längst aber wird der weltweite Nachrichtenmarkt in großem Ausmaß von PR-Strategien bestimmt, deren »Informationskontrolle« langfristig einflußreicher ist als die direkte Zensur, die sich nirgends auf Dauer durchhalten läßt. Gerade CNN ist das Paradebeispiel für die Marketingstrategien der Meinungs- und Informationsfreiheit, die stets zwischen simuliertem Nachrichtendesign und dem Zwang, möglichst bedeutungsvolle Fakten zu präsentieren, hin und her pendeln müssen.

Wer die Ereignisse »kontrolliert«, kontrolliert und bestimmt die Nachrichten. Zugleich können sie nicht beliebig manipuliert oder simuliert werden. Ihr Bezug zu einem Kern von Wirklichkeit und Wahrheit ist unabdingbar, denn auch das perfekte Fernsehen wird nie in der Lage sein, die Wirklichkeit zu ersetzen, die von vielen anderen Faktoren bestimmt wird. Jene Baudrillard'sche »Hyperrealität« ist selbst nur ein (theoretischer) Reflex auf die gesellschaftliche Wirklichkeit.

Der Golfkrieg im Fernsehen – das war der Einbruch der Realität in den Medienalltag und die mediale Vermittlung eines Ereignisses, das von der Mehrheit jenseits aller TV-Kritik als Metapher für den Stand der menschlichen Zivilisation verstanden wurde: Die »vollends aufgeklärte Erde« strahlte tatsächlich »im Zeichen triumphalen Unheils«, wie Horkheimer und Adorno vor einem halben Jahrhundert und in Unkenntnis von CNN, Peter Arnett und Fritz Pleitgen prophetisch formulierten.

ERHARD STÖLTING

Tote im Baltikum

Der langwierige Putsch in der Sowjetunion

Seit Anfang Januar wurden immer mehr Luftlandetruppen in die baltischen Republiken verlegt. Flüchtige Wehrpflichtige sollten eingefangen werden, hieß es. Zur Verweigerung oder Desertion hatten die herrschenden Unabhängigkeitsbewegungen aufgefordert. Die geplanten Razzien allein wären schon ein Angriff auf die beanspruchte Unabhängigkeit und eine Demonstration sowjetischer Souveränität gewesen. Letztlich hätte die Unterwerfung der aufsässigen Republiken den Sturz der demokratisch gewählten Regierungen und die Niederschlagung der Unabhängigkeitsbewegungen bedeutet. Das Präsidialregime hätte sich dann aber auf keinen Fall als autoritativer Rettungsversuch der Perestrojka ausgeben lassen.

Das Vorgehen entsprach zunächst den Mustern von Ungarn 1956 oder der Tschechoslowakei 1968. Obskure Retter erbaten Moskauer Hilfe und erhielten sie. In den baltischen »nationalen Rettungskomitees« fanden sich diesmal sowjetische Militärs, russische Wirtschaftskader, moskautreue KP-Funktionäre usw. zusammen – also jene, die schon die sogenannten »Interfronten« organisiert hatten. Durch besondere Brutalität zeichneten sich die »Schwarzen Barette« der OMON aus, einer Sondertruppe des sowjetischen Innenministeriums. Ein Jahr zuvor hatten sie noch Russen zusammengeschlagen, die gegen die lettische Unabhängigkeit demonstrierten. Am 2. Januar 1991 stürmten sie das lettische Pressezentrum in Riga.

Vor allem in Litauen und Lettland eskalierten die Auseinandersetzungen. Nach gemeinsamen Demonstrationen russischer »Internationalisten« und litauischer Nationalisten gegen Preiserhöhungen erklärte die litauische Ministerpräsidentin Prunskiene am 8. Januar ihren Rücktritt. Als nun das anonyme »Nationale Rettungskomitee« die Macht verlangte und die russische »Jedinstwo« zum Sturm aufs Parlament rief, forderte Präsident Landsbergis die »Patrioten« auf, es zu schützen. Am Donnerstag, den 10. Januar, drohte Gorbatschow mit der Präsidialherrschaft, einen Tag später rückten Panzer in Vilnius und Kaunas ein. Am Samstag, den 12. Januar, besetzten Soldaten die im Aufbau befindliche litauische Offizierschule in Kaunas. In Vilnius nahmen sowjetische Truppen ein Gebäude, in dem sich die Ver-

waltung der litauischen Heimatwehr befand, und verhafteten die Wachposten. Anschließend stürmten sie das Pressehaus. Als sich die anwesenden Arbeiter teils verbal, teils mit Wasser-schläuchen zur Wehr setzten, verwüsteten die Soldaten das Gebäude und erschossen einen Arbeiter. In der darauffolgenden Nacht zum 13. Januar fuhren Panzer in eine Menge, die das Fernsehzentrum mit ihren Körpern schützen wollte; 15 Menschen starben, über 167 wurden verletzt. Der »Blutsonntag«, wie er von nun an hieß, alarmierte alle baltischen Bevölkerungen. Hätte es zuvor noch Kompromißbereitschaft gegenüber Moskau gegeben, wäre sie jetzt verspielt gewesen. Andererseits blieb – wohl auf Intervention der Zentrale – der entscheidende Schlag aus. Gorbatschow – in den Augen von Landsbergis ein »Lügner und Mörder« – verhängte das Präsidialregime nicht und entlarvte sich damit in den Augen seiner militärischen Gegner wohl zum letzten Mal als »Ver-räter«.

Es blieb eine ungelöste Spannung, die sich durch mehrere kleinere, teilweise blutige Zwischenfälle noch steigerte. In Vilnius, Riga und Tallinn wurden Parlamente und Regierungsgebäude durch Mauern gesichert und von Tag und Nacht ausharrenden Menschenmengen bewacht. Die sowjetischen Truppen errichteten Straßensperren, verhafteten Wehrpflichtige oder verprügelten Mißliebige. Immer wieder gab es vereinzelt Tote. Mittwoch, den 15. Januar, besetzten Truppen die Polizeiakademie in Riga. Am darauffolgenden Sonntag eroberten die »Schwarzen Barette« zwei Stockwerke des Innenministeriums, wobei zwei lettische Wachposten, zwei Passanten und der bekannte Dokumentarfilmer Andris Slapins erschossen wurden; sechs Stunden später wurde das Gebäude wieder geräumt.

Gleichzeitig probte Boris Jelzin den Aufstand. Nach dem Massaker von Vilnius reiste er nach Tallinn und schloß demonstrativ ein Hilfsabkommen mit den drei baltischen Republiken. In Moskau veranstalteten seine Anhänger am Sonntag, den 20. Januar, eine riesige Massendemonstration, auf der der Rücktritt von »Saddam Gorbatschow« gefordert wurde. Sonderemissäre reisten von Moskau in die baltischen Hauptstädte und von dort nach Moskau. Sie nahmen und brachten immer wieder das leere

Versprechen, daß die Gewaltaktionen eingestellt würden. Dies und die Bekundung Gorbatschows, er habe nichts gewußt, legten den Schluß nahe, daß der Präsident nicht mehr Herr jener Apparate war, über die er eigentlich fast uneingeschränkt regieren durfte. Die Desorganisation des sowjetischen Staates machte es offenbar ebenso schwer, einen Putsch durchzuführen, wie ihn zu verhindern. Die Militäraktionen hatten allerdings den Segen des sowjetischen Innenministers Pugo. Organisiert und geplant wurden sie von jenen, deren Haß am größten war – den örtlichen Kommandeuren.

Eine Vorliebe für Verschwörungstheorien kennzeichnet die sowjetische Gesellschaft seit Stalin. Sie eint Rechte und Linke, Arbeiter und Intellektuelle, Kommunisten und Christen, Russen und Nichtrussen. Auch die Vertreter der baltischen Bewegungen sind in diesem Sinne noch echte Sowjetbürger. Hinter der gewalttätigen Unordnung, der Ineffizienz und der ressentimentgeladenen Willkür werden stets heimtückisch und planvoll steuernde Mächte gedacht. Die Neigung, sich das Chaos als Leistung eines bösen Willens zu denken, ist Ausdruck einer politischen Kultur, die durch die Entmündigung und das Fehlen regulativer Institutionen geprägt wurde. Politik besteht ihr

zufolge nicht in langwierigem Aushandeln von Kompromissen und frustrierender Alltäglichkeit, sondern in symbolischen, festlichen Akten. Sie organisiert sich um kühne Programme, deren Scheitern fast zeitgleich mitgedacht wird. Demokratie besteht danach allein in Wahlen und Massendemonstrationen, ohne komplexe und langweilige Geistlosigkeiten wie Regeln, Verfahren und Institutionen, die immer auch Konflikte regulieren und »verfriedlichen« sollen. Politik ist so der Kampf des Guten und Wahren gegen das Böse und Falsche. Es kann da keine Kompromisse geben.

Bei allem persönlichen Autoritarismus mußte Gorbatschows notorische Kompromißbereitschaft unter diesen Umständen als Konzeptionslosigkeit und Schwäche erscheinen. Daß er auf die Nationalbewegungen reagierte, statt sie zu antizipieren, wurde ihm als »Zuspätkommen« angekreidet. Daß er sich unterstand, Gegenvorschläge zu machen und auf Machtverhältnisse zu verweisen, wo es um offenkundiges Recht und um Wahrheit ging, erschien als Monstrosität seines Charakters. Nicht nur das Abbröckeln der nach Unabhängigkeit strebenden Unionsrepubliken und der Untergang des liberalen Flügels ihrer kommunistischen Parteien, auch die frühe Enttäuschung über Gorba-

Flucht vor sowjetischen Panzern in Vilnius

Foto: dpa



tschows Kompromisse innerhalb der vorgefundenen Machtkonstellationen entstellte mithin sein öffentliches Bild. Die charismatischen Projektionen der liberalen Demokraten wurden auf Jelzin übertragen. Was dieser versprach, hatte Gorbatschow nicht halten können: die Beseitigung des KGB, der alten Kader, der Antisemiten, der trägen Mentalitäten, der Mafia, der wirtschaftlichen Ineffizienz usw. Daß Gorbatschows ökonomische Kompetenz ziemlich begrenzt und daß auch er ein Geschöpf des sowjetischen Systems war, verstärkte Resignation und Apathie. Je mehr aber die Unterstützung Gorbatschows abbröckelte, desto mehr Kompromisse mußte er schließen, desto mehr verprellte er seine Verbündeten.

Mitte 1989 hatten die Konservativen ihren Schock überwunden und begonnen, ihre Kräfte zu organisieren. Seit Mitte 1990 drängten sie in die Machtpositionen zurück. Die KPDSU hatte eine stabile konservative Mehrheit, nachdem die meisten Reformer ausgetreten waren. Ihre Mitglieder beherrschten die Büros, die radikalen Demokraten nur die Straße. Zweite politische Kraft war die reaktionäre Abgeordnetengruppe »Sojus« (Union) unter den »schwarzen Obristen« Alksnis und Petruschenko geworden. Sie waren es, die im Dezember den liberalen Innenminister Bakatin kippten und an seiner Stelle den Ordnungsfreund Boris Pugo installierten. Sie vertrieben Außenminister Schevardnadse, weil er Osteuropa, die Beute des »Großen Vaterländischen Krieges«, kampfflos preisgegeben und den treuesten Verbündeten, die DDR, der NATO geschenkt hatte.

Allen Beobachtern fiel auf, daß die militärischen Aktionen im Baltikum mit dem Ausbruch des Golfkrieges zusammenfielen; die Aufmerksamkeit der westlichen Welt war abgelenkt. Aber der schleichende Machtwechsel hängt noch weitgehend mit dem Golfkrieg zusammen. Nicht nur die »schwarzen Obristen«, die Armeeführung insgesamt sieht in Saddam Hussein den alten Verbündeten und den unerschrockenen Kämpfer gegen den Westen und den Zionismus. Und das Organ der nationalistischen Stalinisten, SOWJETSKAJA ROSSJA, bezeichnete den Golfkrieg am 31. Januar gar als »Völkermord am irakischen Volk«. Die Übergriffe im Baltikum, die Militärpatrouillen in den Großstädten sind offenbar Indikator eines schleichenden Putsches, der das Ost-West-Verhältnis wieder umkippen könnte. Das Baltikum aber würde jenes Schicksal erfahren, das Landsbergis seit zwei Jahren beschwört. Daß auch auf diesem Wege die Sowjetunion in ihrem Bestand nicht mehr zu retten ist, ist da wenig tröstlich.

GESPRÄCH MIT JERZY HOLZER

»Die Demokratie steht im Zentrum der Problematik« Polen und der Zerfall der Sowjetunion

Das Gespräch führte Ulrike Ackermann im Februar 1991 in Frankfurt

NG/FH: Ungefähr vor einem Jahr betonten Sie in einem Artikel für unsere Zeitschrift das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Wie sehen Sie die Situation, insbesondere in bezug auf Polen, heute?

J. Holzer: Ich war damals der Meinung, daß die deutsche Wiedervereinigung vor der Tür steht; obwohl ich glaube, der Artikel selbst war noch vor dem Mauerabbruch konzipiert. Immerhin muß ich sagen, daß die Entwicklung viel schneller voranging, als wir erwarteten. Das betrifft auch den Zerfall des Kommunismus und die damit verbundenen Folgeprobleme. Wir haben alle das Tempo unterschätzt.

NG/FH: Bei den Franzosen hört man jetzt den Ausspruch: »Le boche nouveau est arrivé.« Wie sieht es mit den politischen Ängsten aus im Hinblick auf die Vormachtstellung der deutschen Wirtschaft im europäischen Einigungsprozeß?

J. Holzer: Schließlich ist die Stärke der deutschen Wirtschaft keine neue Erscheinung. Seit der Jahrhundertwende war die deutsche Wirtschaft in Europa eigentlich führend. Was war daran gefährlich? Es verbanden sich damit immer auch großdeutsche politische Träume und der Wunsch, Europa zu dominieren. Aber es scheint, daß diese Epoche – ich würde sagen, das war die Epoche eines Europas der Nationen – wahrscheinlich vorbei ist. Sie ist vielleicht in Ost- und Mitteleuropa noch spürbarer, aber eher als Relikt aus alten kommunistischen Zeiten. Aber ich glaube, das ist letztlich eine Übergangerscheinung. Und wenn es kein Europa der Nationen gibt, wenn die nationalen Konflikte und nationalen Machtträume nicht die größte Rolle spielen, dann ist es nicht so entscheidend, welche Gebiete am stärksten entwickelt sind.

Es gibt aber ein anderes Problem, nämlich diese tiefe Kluft zwischen West und Ost in der Wirtschaft. Und darin spielen die Deutschen aufgrund ihrer starken Wirtschaftsposition und ihrer geopolitischen Lage sozusagen stellvertretend für Westeuropa eine zentrale Rolle. Es



Jerzy Holzer

Foto: Verlag C. H. Beck

ist natürlich gefährlich, daß man in Ost- und Mitteleuropa wegen dieser Kluft gewissermaßen westeuropafeindlich wird. Ich habe sogar Angst, daß es zu einem Lateinamerika-Syndrom in Ost- und Mitteleuropa kommen wird und ein solches Syndrom sich konkret gegen Deutsche richten wird, stellvertretend für Westeuropa.

NG/FH: Wie weit fassen Sie Europa? Sind die Polen ebenso bereit, das Selbstbestimmungsrecht ähnlich wie den Deutschen auch den Balten zuzugestehen und es ebenso zu verteidigen? Vielleicht haben Sie gerade als Historiker ohne realpolitische Zwänge einen anderen Blickwinkel. Die polnische Regierung verhält sich ja sehr vorsichtig, aus bekannten Gründen.

J. Holzer: Ich würde sagen, prinzipiell haben alle Nationen ein Selbstbestimmungsrecht. Das ist ein Grundsatz. Wenn es um Prinzipien geht, soll man grundsätzlich vorgehen. Wenn es um die Verwirklichung der Prinzipien geht, dann muß man jedoch auch die Realpolitik berücksichtigen. In Polen selbst haben wir, wie man weiß, viele Jahre sehr vorsichtig taktiert. Und ich finde es keineswegs eine Sünde gegen das Selbstbestimmungsrecht, wenn auch von polnischer Seite manchmal an die Balten oder Ukrainer appelliert wurde, sie sollten sich etwas ruhiger verhalten, da es sich um eine langfristige, nicht um eine kurzfristige Politik handelt, um

die Kosten zu vermindern, die Kosten für Europa, für Rußland und für sich selbst.

NG/FH: Aber man muß sich doch fragen, wie hoch der Preis ist, wieviel Tote man bereit ist, in Kauf zu nehmen, jetzt, nachdem es in Vilnius bereits Tote gegeben, in Estland und Lettland die Zentralgewalt eingegriffen hat.

J. Holzer: Also, man soll Tote nicht als *Kosten* verstehen. Erstmal sollte man das vermeiden, man muß dagegen protestieren. Nur, daraus den Schluß zu ziehen, wenn es Tote gibt, dann gehen wir auf die Barrikaden, das wird auch nichts bringen.

NG/FH: Die Machtverhältnisse sind klar verteilt.

J. Holzer: Ja, auch in dem Sinne – schließlich hat es auch in Polen während des Kriegsrechts Tote gegeben. Im Dezember 1981 war ich gleich nach der Verhängung des Kriegsrechts im Warschauer Gefängnis. Wir saßen in der Zelle, und einer meiner Kollegen, eine bedeutende Figur sowohl als Politiker wie als Wirtschaftspolitiker, sagte: Jetzt wäre es am wichtigsten, wenn die Leute nicht auf die Barrikaden gehen. Das war am 12. oder 13. Dezember, als wir alle noch nicht wußten, was mit uns passiert. Aber eins war klar: Die physische Übermacht stand auf der anderen Seite, und man mußte versuchen, die Kosten möglichst niedrig zu halten, was keineswegs bedeutete, daß wir den Verhaftungen und den Aktionen gegen Bergleute, die viele Opfer kosteten, zustimmten. Nein, da muß man schon versuchen, einen möglichst *billigen* Weg zu finden. Ich würde auch nicht sagen, daß der billige Weg immer bedeutet, daß es ein Weg ohne Opfer ist. Manchmal ist sogar der billigste Weg ein Weg mit Opfern; aber man muß doch versuchen – das klingt vielleicht schlecht –, selbst wenn es um Opfer geht, abzuschätzen, was man gewinnt und was man verliert.

NG/FH: Vor und nach den Interventionen im Baltikum war in der sowjetischen Propaganda immer die Rede davon, es handele sich um bürgerkriegsähnliche Zustände zwischen den Nationalitäten. Auf der letzten ZK-Sitzung wurde dann ganz offen davon gesprochen, daß der Kampf gegen die antisozialistischen Kräfte jetzt verschärft geführt werden muß, die abtrünnigen Republiken sich auf dem Wege hin zu totalitären Regimen befänden, daß offensichtlich gegen Menschen- und Bürgerrechte verstoßen würde. Das ist doch eine völlige Verkehrung der Tatsachen. Mittlerweile hat sich bei den Demonstrationen, sei es in Litauen, in Estland oder in Lettland, gezeigt, daß für die *Demokratie* demonstriert wird und *gegen* eine befürchtete Diktatur. Vor allen Dingen mar-

Jean-Paul Sartre

erörtert die Frage **WAS IST LITERATUR?** in einem berühmten Essay. Informieren Sie sich über dieses immer wieder aufbrechende und neu diskutierte Problem aus dem Werkbeitrag in Band 14 von **KINDLERS NEUEM LITERATUR LEXIKON**.

Dort finden Sie darüber hinaus ausführliche Beiträge zu 28 weiteren Werken des großen französischen Schriftstellers und Philosophen.

Übrigens: Der Literaturbegriff, der dieser Enzyklopädie zugrunde liegt, ist universell: Er umfaßt nicht nur den Bereich der »Schönen Literatur« sondern ebenso Philosophie, Theologie, Geschichte, Soziologie, Psychologie und wirkungsmächtige Werke der Naturwissenschaften.

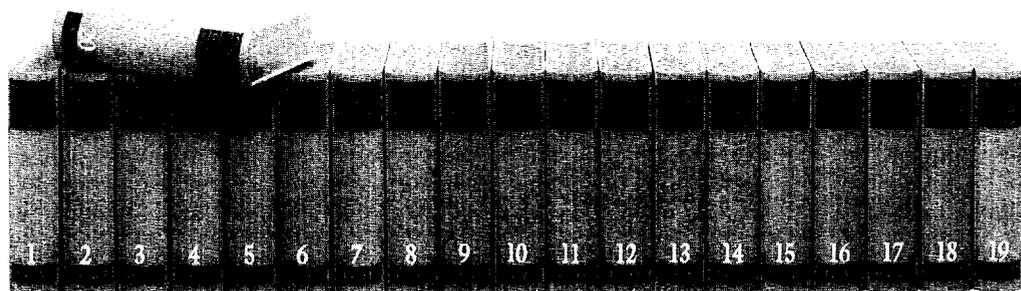
KINDLERS NEUES LITERATUR LEXIKON in 20 Bänden ist mit etwa 19 000 Beiträgen zu Werken der Schönen Literatur, der Geistesgeschichte und der Naturwissenschaften aus mehr als 130 Nationalliteraturen die größte literatur- und geisteswissenschaftliche Enzyklopädie im deutschsprachigen Raum.

Jeder Einzelbeitrag enthält in kompetenter und anschaulicher Darstellung: Inhaltsanalyse, Entstehungsgeschichte, Interpretationshinweise, aktuelle Bibliographie. Leicht zugänglich durch die Anordnung im Alphabet der Autoren. Jeder Band mit Autoren- und Titelregister.

KINDLERS NEUES LITERATUR LEXIKON: Das enzyklopädische Jahrhundertwerk. Herausgegeben von Prof. Dr. Walter Jens.

KINDLER 

Kindler Verlag, Rauchstraße 9-11
8000 München 80



Senden Sie mir die kostenlose 30-seitige Informationsbroschüre KINDLERS NEUES LITERATUR LEXIKON.

NG

schiert die Mehrheit der jeweiligen Minderheiten (die russische oder z. B. die polnische Bevölkerung) – und das ist eine neue Entwicklung in den letzten Monaten – auf der Seite der demokratischen Kräfte. Sie unterstützen auch die Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit. Wie sehen Sie das von polnischer Seite, z. B. in bezug auf Litauen?

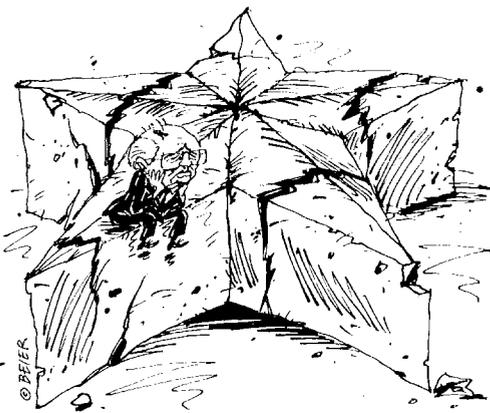
J. Holzer: In Litauen, jedenfalls aus Warschauer Sicht, sind die Beziehungen zwischen der litauischen und der russischen Bevölkerung auch jetzt noch gespannt geblieben. Das Verhältnis zwischen der litauischen und polnischen Bevölkerung hat sich heute allerdings verbessert. In Lettland und Estland ist die Situation zwischen den Nationalitäten am entspanntesten. Ich bin einerseits keineswegs ein Befürworter des Nationalismus in Ost- und Mitteleuropa und in der Sowjetunion, aber es gibt auch Prozesse, welche man nicht befürworten, aber verstehen muß. Das sowjetische Imperium war *übernational*, aber nicht international, *übernational* in dem Sinne, daß das Dispositionszentrum für alle Nationen, für alle Länder sich in Moskau befand. Die Russen waren auch unterdrückt, aber natürlich wurden alle anderen Nationen noch zusätzlich *national* unterdrückt. Deshalb mußte sich der demokratische Kampf bei dieser Ausgangslage mit der nationalen Empfindlichkeit und schließlich sogar mit einer gewissen nationalistischen Welle verbinden. Das war wahrscheinlich unausweichlich. Die Frage ist nur, wie diese nationalistische Welle auf einem möglichst niedrigen Niveau zu halten ist. Die Demokratie steht jedoch im Zentrum der Problematik, und die nationale Problematik ist nur ein Teil dieser demokratischen

Bewegung. Ich bin der Meinung, wenn wir die Demokratie verwirklichen, dann wird wahrscheinlich nach einiger Zeit auch diese nationale Empfindlichkeit oder Überempfindlichkeit eher abflauen.

Aber die Erklärungen auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees in Moskau verweisen auf das Hauptproblem des sowjetischen Establishments. Bisher versuchten sie immer, auch eine ideologische Erklärung für ihre Aktivitäten zu finden. Das war in Ungarn und in der Tschechoslowakei und später auch in Polen '80/'81 der Fall. Gerade jetzt in den letzten Monaten wurde die Ideologie weitgehend kompromittiert, die Ideologie hat sich gewissermaßen noch schneller als die Organisation, als das ganze organisatorische System aufgelöst. Jetzt versucht man, das wiederzubeleben; ich glaube, weil das System sowieso schon sehr schwach ist und man nicht darauf verzichten kann, wieder mit allgedienten Argumenten zu kommen, auch wenn sie falsch geworden sind. Natürlich sind sie so falsch wie eh und je. Historisch wiederholt sich das: Bei allen großen Volksbewegungen wie in Ungarn, der Tschechoslowakei oder in Polen versuchte man eigentlich immer, mit quasi-demokratischen und quasi-internationalistischen Parolen diese demokratische Bewegung niederzuhalten, in dem Sinne ist das eine traditionelle Methode. Nur erscheint sie uns jetzt vielleicht deshalb so anachronistisch, weil wir wissen, daß sie im Widerspruch zu all dem, was in Moskau in den letzten paar Jahren gesprochen wurde, steht, also mit dem Geist von Perestrojka wirklich nichts zu tun hat.

NG/FH: Sind Sie der Meinung, daß Gorbatschow bereits seine Macht verloren hat?

J. Holzer: Wir haben schon seit Jahren darüber diskutiert, daß es für eine solche Reform wahrscheinlich auf eine längere Sicht keine Chancen in der Sowjetunion geben wird: entweder wird Gorbatschow seine Macht verlieren, oder er wird sich früher oder später an die Kreise der Partei, der Armee, des Sicherheitsapparates anpassen wollen. Ich glaube, sein Konzept einer mehr oder weniger liberalen Reform der Sowjetunion hat er persönlich wahrscheinlich verloren. Ob das Konzept noch zu retten ist, scheint auch fraglich. Jedenfalls vertritt Gorbatschow sein Konzept nicht mehr; wenn es zur Zeit jemand vertritt, dann Boris Jelzin. Für mich ist das nur in dem Sinne eine Überraschung. Denn noch vor wenigen Monaten hat Jelzin ziemlich stark die russischen Interessen und den russischen nationalen Ehrgeiz betont. Ich dachte eher, daß es früher oder später zu einer Annäherung zwischen Jelzin und der sowjetischen Armee kommen wird, weil die Ar-



Gorbatschow

mee ziemlich nationalistisch ist. Das würde sich dann – so meine Vermutung – gegen Gorbatschow als Vertreter der Perestrojka, einer radikal-demokratischen Reform, richten. Es zeigte sich aber das Gegenteil: Gorbatschow spielt jetzt mit der Armee, und Jelzin hält an der Reform fest.

NG/FH: Gorbatschow hat – und das sind ja nun neue Töne seinerseits – mehrfach in den letzten Wochen und Monaten, insbesondere im Hinblick aufs Baltikum, davon gesprochen, daß man gegen jene Personen und Gruppen vorgehen muß, die die bürgerliche Gesellschaft wieder aufbauen wollen. Gorbatschow ist im Herzen ein Kommunist geblieben. Wie nimmt man dies in Polen auf? Immerhin sind ja bei Ihnen noch über 50 000 sowjetische Soldaten in Polen stationiert!

J. Holzer: Ich bin in dem Sinne – aber nur in dem Sinne – optimistisch, daß ich die Prognose einiger baltischer Politiker nicht teile. Die Vorstellung nämlich, »zuerst wir, und dann wird die Reihe auch an ehemalige Volksdemokratien kommen, zuallererst Polen«, erscheint mir übertrieben und realpolitisch etwas abwegig, weil hier die eigenen Kosten für die sowjetische Politik im Falle von Polen wie auch Ungarn oder der Tschechoslowakei viel höher sind als im Fall der baltischen Staaten. Das wären dann schon richtige Kriege, bei dem jetzigen Stand der Sache. Trotzdem bin ich der Meinung, daß gerade in Polen mit der für polnische Verhältnisse riesengroßen sowjetischen Armee, die in Polen stationiert ist, die Sowjetunion noch genug Mittel hat, um unsere innenpolitische Situation weitgehend zu destabilisieren. Ich stelle mir überhaupt die Frage: Wenn in Moskau der neostalinistische Flügel gewinnt, ist er dann vor allem an einer Stabilisierung in Polen oder umgekehrt an einer Destabilisierung interessiert? Ich glaube, daß dieser Flügel eher an einer Destabilisierung interessiert ist, denn dann ist auch die Anziehungskraft des polnischen Modells oder überhaupt des Modells der postkommunistischen Länder viel geringer. Man muß dazu keinen Krieg führen, es genügt, wenn die Armee in Polen bleibt und man verschiedene Provokationen anzettelt, dann wird man natürlich die innenpolitische Situation weitgehend destabilisieren und die Regierung würde unter Druck geraten. Aber andererseits können wir uns nicht erlauben, diese sowjetische Armee mit Gewalt aus Polen zu verdrängen. Das brächte innenpolitisch den kochenden Kessel zum Überlaufen. Nun, das ist die pessimistische Variante. Die Gefahr besteht also kaum darin, daß sie uns wieder zum Kommunismus zurückzwingen werden. Es geht eher um unsere politi-

sche Stabilität, die sowieso ein bißchen schwankend ist, und die sie ganz leicht kaputtmachen könnten.

NG/FH: Wie denken Sie denn über die verschiedenen Initiativen einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen, auch im Hinblick auf den Warschauer Pakt?

J. Holzer: Der Warschauer Pakt existiert sowieso kaum noch. Der Austritt wäre eher ein demonstrativer Akt. Die Idee einer verstärkten Zusammenarbeit dieser drei Länder kam von polnischer Seite. Ein Teil der tschechoslowakischen Politiker war jedoch diesem Konzept gegenüber eher kritisch oder skeptisch eingestellt. Ich glaube, weil man u. a. dachte, daß die Tschechoslowakei aufgrund ihrer am besten entwickelten ökonomischen Situation *alleine* viel leichter den Zugang zum Westen finden könnte, sowohl zur Europäischen Gemeinschaft wie nach Österreich; übrigens auch im Zusammenhang mit dem Konzept der Pentagonale. Gerade in Prag wollte man Polen eigentlich nicht in die Pentagonale hineinnehmen. Und jetzt ändert sich das, offensichtlich weil man auch in Prag merkt, daß die Situation doch nicht so einfach ist. Außerdem hätte man sowohl in der Europäischen Gemeinschaft wie in der Pentagonale, also in Rom und in Wien, eigentlich ganz gerne eine breitere Zusammenarbeit, jedenfalls dieser drei Länder. Mittlerweile steht dem offiziellen Eintritt Polens in die Pentagonale nichts mehr entgegen, es geht nur noch um einen Termin.

Wenn es diese Konkurrenz nicht mehr gibt, gewissermaßen eine Konkurrenz um die Gunst der Deutschen und Österreicher oder überhaupt des Westens, dann wachsen auch die Chancen für eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen diesen drei Ländern. Es gibt natürlich das ganz reale Problem der Unterschiede in der wirtschaftlichen Situation; und hier steht Polen vielleicht am letzten Platz, die Tschechoslowakei und Ungarn haben inzwischen eine bessere Wirtschaft. Im Hinblick auf die rasche Entwicklung zur Marktwirtschaft stehen wieder die Polen am ersten Platz, Ungarn am zweiten und die Tschechoslowakei macht das viel besonnener oder vorsichtiger, jedenfalls aber viel langsamer. Unsere Wirtschaftssysteme passen zur Zeit nicht ganz zusammen. Deswegen begegnen die Tschechen den Polen mit einiger Zurückhaltung, denn wenn Polen in die Tschechoslowakei fahren, kaufen sie die billigen, subventionierten Produkte der Tschechoslowakei . . .

NG/FH: Aber das hört ja jetzt auch auf, nach den immensen Preiserhöhungen in der ČSR.

J. Holzer: Es zeigt sich jedenfalls in diesen drei Ländern – es ist natürlich komplizierter mit Rumänien und Bulgarien und noch schwieriger mit der Sowjetunion –, daß trotz aller Probleme mit viel Geduld dieser Weg der friedlichen Revolution bis heute nicht angefochten wird. Es ist natürlich ein langsamer Weg in die politische Demokratie und in die Marktwirtschaft, mit verschiedenen Sprüngen nach oben und nach unten. Aber es gibt auch pessimistische Prognosen . . .

NG/FH: . . . ja, vor allem im Hinblick auf die Sowjetunion . . .

J. Holzer: . . . ja, mit der Zeit merkt man schon, daß insgesamt die soziale und die politische Situation immer gespannter wird, eine breitere politische oder sozialpolitische Infrastruktur eigentlich fehlt. Dann drohen jedoch wieder spontane Ausbrüche mit allen Folgen, mit autoritären Regimen, vielleicht nicht auf kommunistische Art, aber vielleicht in der Art der Dritten Welt, einer von oben her gesteuerten Wirtschaft etc. Das ist wieder eine pessimistische Prognose, die auch nicht auszuschließen ist.

WOLFGANG GEIGER

»Die Konturen des neuen Deutschland sind alles andere als klar . . .«

Frankreich und die Wiedervereinigung

Muß man vor den Deutschen Angst haben?« ist eine beliebte Frage in den französischen Medien. So auch in einem Sketch am Samstagabend, 20. Oktober 1990. Im französischen Fernsehen, zur besten Einschaltzeit. Und mit der Antwort: »Nein, denn heute machen die Juden Krieg und die Deutschen Geschäfte!« – Nichts anderes als dieser im Deutschen-Witz versteckte Juden-Witz könnte wohl besser vor Augen führen, wie die Debatte um die mögliche Wiederkehr der deutschen Vergangenheit im letzten Jahr in Frankreich vor dem Hintergrund des selbst Verdrängten stattfand.

Aus den Schlagzeilen der französischen Tagespresse weitgehend verschwunden, nachdem die Bundesregierung endlich zur Anerkennung der Oder-Neisse-Linie bereit war, blieben die

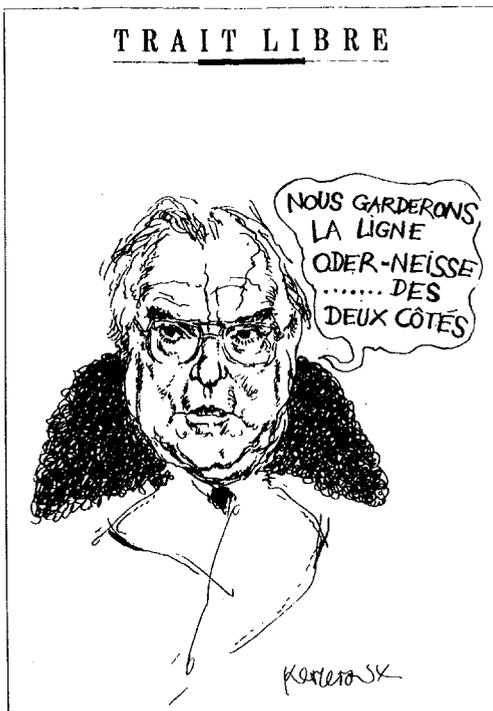
tiefen Ressentiments gegenüber der deutschen Wiedervereinigung, die noch Ende des Jahres 1989 den Blätterwald überzogen hatten (siehe NG/FH 1/1990), trotzdem weiter präsent. Selbst der stets optimistische und seit dem Mauerfall unermüdet in Sachen deutsche Einheit durch Frankreich reisende deutsche Historiker und Sozialdemokrat Rudolf von Thadden mußte in einem Rundfunkinterview feststellen, daß die Skepsis in weiten Teilen der französischen Öffentlichkeit gegenüber der neuen Rolle des vereinten Deutschland tiefer sitzt, als er gedacht hatte. Aus einer vorweihnachtlichen Umfrage unter der Bevölkerung zur Prognose für das neue Jahr 1991 ging ferner hervor, daß die mehrheitliche Befürwortung der Wiedervereinigung durch die Franzosen noch keineswegs ein positives Bild des neuen Deutschland mit sich bringt: »Was Europa angeht, so ermesst die Franzosen heute nach dem Applaus für die Wiedervereinigung Deutschlands besser alle Konsequenzen, die daraus folgen«, kommentiert die konservative Tageszeitung LE FIGARO. Das war allerdings schon im März so, als laut einer Umfrage des liberalen EXPRESS die Franzosen schon mehrheitlich ihre Zustimmung zum vereinten Deutschland mit der Furcht vor dessen wirtschaftlicher Hegemonie verbanden.

Das Gespenst der Neutralität im politisch-militärischen Bereich wurde nach und nach gegenstandslos und durch das der neuen Weltmacht Deutschland abgelöst, bis dieses wiederum dem Bild des Profiteurs der Weltkrise Platz machte, der die anderen die Dreckarbeit am Golf machen läßt – womit der Kreislauf des Neutralismus wieder geschlossen wäre. Sorge Nr. 1 war und ist jedoch die Frage nach der wirtschaftlichen Übermacht und der deutschen Haltung zur europäischen Währungsunion. Frankreich werde zum »monetären Komparsen« degradiert, prognostizierte die linksliberale LE MONDE im Januar, und »ein Deutschland, das zu groß für uns ist« sah der NOUVEL ECONOMISTE im September mit der deutschen Einheit kommen. Sieht man einmal von den Zahlenspielerien ab, wie sich die beiden deutschen Staaten ökonomisch addieren, so drehte sich die Debatte vor allem immer wieder um die Frage, ob die Schaffung einer Euro-Währung den nationalen, um nicht zu sagen: nationalistischen Bestrebungen der deutschen Wirtschaft Fesseln anlegen würde, oder ob nicht umgekehrt die europäische Finanzpolitik unter das Diktat der Bundesbank in Frankfurt fiele.

Nachdem man feststellen mußte, daß die deutsche Einheit in jedem Falle um ein Vielfaches schneller voranging als die europäische und eine Koppelung beider Prozesse, zur Jah-

reswende 1989/90 noch gemeinsamer Nenner aller offiziellen Erklärungen, illusorisch war, wurden andere Überlegungen angestellt, wie der Machtgewinn und der Positionsvorteil für Deutschland im neuen Gesamt-Europa ausgeglichen werden könne. Dadurch etwa, daß man von der vordringlichen Beschäftigung der Deutschen mit sich selbst Nutzen zog, anstatt ihnen Vorwürfe daraus zu machen, um auf dem osteuropäischen Terrain einen Vorsprung zu ergattern. Auch dies natürlich reine Illusion, wie das renommierte Monatsblatt LE MONDE DIPLOMATIQUE im August erkannte: »Es wäre ein Irrtum, die deutschen Ambitionen nur auf die DDR beschränkt sehen zu wollen, wie man es manchmal in bestimmten Kreisen der französischen Industrie hört, und dabei glaubt, daß sie den Druck auf andere Räume aufbebe. (...) Die Antwort der BRD ist knallhart und klar: Die BRD spielt die deutsche Vereinigung voll aus, als Hebel zum Ausbau ihrer Vormacht in der EG, und als Sprungbrett für den *Run* ihrer Konzerne nach Osten.«

Nachdem der »Wirtschaftsintellektuelle« Alain Minc schon im Frühjahr 1989 in seinem Buch *Die große Illusion* den neuen deutschen »Drang nach Osten« eindrucksvoll prophezeit hatte, zog der Chef der Wirtschaftsressorts des EXPRESS, Georges Valance, im Frühjahr 1990 ebenso eindrucksvoll nach. Als guter Kenner der deutschen Wirtschaft, der nach eigenen Angaben in den Chefetagen der größten deutschen Banken ein- und ausgeht, hat Valance in seinem Buch *Frankreich-Deutschland: Die Rückkehr Bismarcks* die bislang nicht nur umfangreichste, sondern auch treffendste Analyse dieses Problems geliefert. So vertraute ihm ein hoher deutscher Bankier, dessen Name freilich anonym bleibt, seine lapidare Meinung über das zukünftige deutsch-französische Verhältnis an, die einem Franzosen zum Alptraum werden muß: »Am Vorabend des 1. Weltkriegs betrug das Gewicht Frankreichs die Hälfte Deutschlands. Mit der Wiedervereinigung wird es wieder auf dasselbe hinauslaufen, das ist alles.« Als exzellenter Kenner der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik vermag Valance überzeugend das *power play* der deutschen Wirtschaft und der Regierung Kohl um die Führungsrolle im europäischen Einigungsprozeß darzustellen, eine Führungsrolle, die, wohlgermerkt, nicht darauf abzielt, die deutschen Interessen den europäischen unterzuordnen. »Wenn man den Deutschen selbst glaubt«, schreibt Valance, »ist das EWS ganz und gar eine DM-Zone.« Dieser »DM-Diktatur über das Europäische Währungssystem« im Westen entspricht im Osten die Schaffung einer weiteren



»Wir halten an der Oder-Neisse-Linie fest ... von beiden Seiten.« AUS: LE MONDE, 16. 3. 1990

»DM-Zone«, die »sich bis zur Weichsel und übermorgen bis zum Ural erstrecken soll.« Die deutsche Währung als Substitut für tabuisierten Nationalstolz, dies ist keine neue Erkenntnis, aber eine, die in der Tat nochmals ins Bewußtsein gerufen werden muß. Die BRD wurde de facto um eine neue Währung herum gegründet, die monetäre Vereinigung ging der politischen gleichermaßen voraus. Dieser DM-Nationalismus (Habermas) wurde im nachhinein nochmals eindrucksvoll von dem nicht ganz unbedeutenden deutschen Magazin WIRTSCHAFTSWOCHEN in seiner ersten Ausgabe nach der Bundestagswahl bestätigt: In einem Artikel unter dem Titel: *Gefahr für die Mark - 1991 wird zum Schicksalsjahr für die deutsche Währung. Die Bonner Haushaltspolitik und die Pläne für ein EG-Geld bedrohen die Stabilität*, äußert sich in Bild-Zeitungs-Manier das nunmehr ungezügelte Selbstbewußtsein zumindest eines Teils der deutschen Bourgeoisie, die nach einem beeindruckenden Wahlsieg ihrer eigenen Regierung eine neue Linie diktieren will, denn »Kohl ist offenbar bereit, die Mark, die alles repräsentiert, wofür die Deutschen (West) 40 Jahre gearbeitet und wovon die Deutschen (Ost) 40 Jahre lang geträumt haben, auf dem Altar Europas zu opfern.«

Der Wert der Analysen von Autoren wie Georges Valance und anderen wird leider aber dadurch geschmälert, daß sie dem wirtschaftspolitischen Argument ihrerseits um jeden Preis eine geschichtsphilosophische Weihe geben wollen, in der alle Irrationalismen eines Jahrhunderts deutsch-französischer Konflikte eingehen. So bekommt man im genannten Buch recht schnell den Eindruck, daß das deutsche Gebaren in den europäischen und internationalen Wirtschaftsbeziehungen nur als *Beleg* für den alten Drang der Deutschen nach der Herrschaft über die Welt (oder zumindest eines Teils davon) gilt, und nicht als der eigentliche *Grund* angesehen wird. Der Vorsprung der deutschen Wirtschaft und ihr Konkurrenzvorteil sind ja nichts anderes als Faktoren einer internationalen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Prinzipien (auch das der Konkurrenz) den Franzosen ja ebenso heilig sind. Aber ein schlechter Verlierer versucht immer zu beweisen, daß der Gewinner ein Fälschspieler ist, und obwohl G. Valance die französischen Schwächen sehr wohl erkannt und denunziert hat, ist auch bei ihm offenbar am Spiel immer dann etwas faul, wenn die Deutschen dabei gewinnen. Und so versucht er, die »ökonomische und finanzielle Waffe der Deutschen« als Revanche des verlorenen Krieges darzustellen: »Der große preußische Generalstab, von den Alliierten 1945 verboten, ist wieder da. Aber diesmal auf dem ökonomischen Gebiet und mit Sitz nicht in Berlin (oder in Bonn), sondern in Frankfurt, dem großen deutschen Bankenplatz. Es ist unmöglich, die Triebkräfte der neuen Macht zu verstehen, ohne auf diesen Generalstab zu verweisen, der dabei ist, den Dritten Weltkrieg zu gewinnen.«

Ganz in diesem Sinne wurde übrigens auch die Allianz zwischen Daimler und Mitsubishi in der französischen Presse als »Rückkehr der Achse« apostrophiert (CHALLENGES) und mit Fotos von deutschen und japanischen Flugzeugen aus dem Zweiten Weltkrieg unterlegt (NOUVEL OBSERVATEUR). Die Rückeroberung verlorenen Terrains durch die DM macht vor keiner Grenze halt, so wenig vor der Oder-Neisse wie vor dem Rhein. Die Intensität der deutschen Investitionen in Ostfrankreich und der Strom der französischen Grenzgänger, die in Deutschland arbeiten, »könnte eines Tages Regionen wie dem Elsaß ein Identitätsproblem bringen«, meint Valance, »man muß den Mut haben, dies auszusprechen.«

Zur Untermauerung der deutschen Hegemoniebestrebungen darf natürlich der Rückblick auf die Kontinuität deutscher und vor allem preußischer Geschichte nicht fehlen. Dies

wäre auch berechtigt, wenn diese Anleihe an die Geschichte nicht rein formal wäre. Was bedeutet denn z. B. der Vergleich mit »Taurongen, 1812«, als Preußen, bis dato Verbündeter Frankreichs, weil von Napoleon besiegt, sich mit Rußland verband? Oder der Rückgriff auf die preußische Staatsidee Friedrichs des Großen mit dem Hinweis, »die DDR – das ist Preußen!« Natürlich wissen wir, wie »preußisch« das SED-Regime gewesen ist, symbolisiert im Stechschritt, aber darauf will Valance ja gar nicht hinaus, sondern vielmehr auf die Besonderheit einer protestantischen Mentalität, die den französischen Deutschlandkennern spätestens seit den großen Arbeiten von Edmond Vermeil aus den 30er Jahren schuld an allem Übel erscheint. Dieser Rückgriff auf ein katholisches Weltbild zur Analyse der Politik des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist das eigentlich Neue, eigentlich das neue Alte, jedenfalls das anachronistische Element in der kritischen Beurteilung der deutschen Politik. Valance geht damit noch relativ sparsam um; aber auch für ihn steht der Katholizismus für Universalismus, der Protestantismus für Nationalismus.

Wesentlich dogmatischer noch hat der französische Germanistikprofessor Pierre Béhar die alten Geschichtsmysmen reaktualisiert. Der Titel seines im Mai 1990 erschienenen Buches sagt schon alles: *Vom Ersten zum Vierten Reich – Fortdauer einer Nation, Wiedergeburt eines Staates*. Eigentlich ist es nichts weiter als eine komprimierte und aktualisierte Version des großen Werkes des bereits erwähnten Germanisten Edmond Vermeil aus dem Jahre 1939, *Deutschland – Versuch einer Erklärung*, aus dem sich seit dem Mauerfall fast alle Journalisten ihre Argumente geholt haben. Béhar, ein ausgesprochener Austrophiler, versucht darin vor allem, die ungewollte französische Mitschuld am Aufstieg Preußens anzuprangern, die darauf zurückzuführen ist, daß Frankreich fatalerweise stets die Habsburger als seinen Erzfeind betrachtet habe. Während der Autor recht treffend die Spezifika der Entstehung Preußens aus dem Deutscherordensstaat herausarbeitet, verfällt er bei der Beurteilung des Protestantismus leider ganz der Ideologie: In der protestantischen Konzeption der religiösen Autorität des Landesfürsten komme das heidnische Germanentum wieder zum Durchbruch, das ja jenseits des Limes nur oberflächlich durch das Christentum verdrängt worden sei, daraus entstehe eine deutsche Nationalreligion, weswegen auch die lutheranischen Kirchen in ihrer großen Mehrheit für die Nazis gewesen seien, während die katholische Kirche »in ihrer Ganzheit dem Regime einen morali-

**Was hier
nicht steht,
steht in
der taz.**

taz, die tageszeitung.

schen und unvergleichlich viel festeren Widerstand entgegenbrachte.«

Während Preußen zerstört wurde, ist der Protestantismus geblieben, der durch die Wiedervereinigung die mehrheitlich katholische, westliche Bundesrepublik wieder zu einem lutheranisch dominierten Deutschland mache. Anstatt konkrete Probleme mit der Wiedervereinigung aufzuzeigen, schwelgt man so gerne im historischen Determinismus – die Wiederkehr des immer Gleichen –, daß es sich von selbst versteht, wenn das Europa von 1991 dem von 1919 gleicht: »Im Prinzip hat sich nichts geändert. Auf der Ost- und Südflanke des neuen deutschen Blocks zerbröckelt eine Streu von Kleinstaaten. Das gleiche Ungleichgewicht wird dasselbe deutsche Übergewicht herbeiführen.«

Wie ist es zu verhindern? Ebenfalls durch eine Anleihe an die Geschichte: die Neuschaffung der Donaumonarchie auf die eine oder andere Weise, deren Existenz »von heute aus gesehen nahezu prophetisch war: eine Art Modell von Konföderation für das Europa des 21. Jahrhunderts«, denn »das Gefühl einer natürlichen Schicksalsgemeinschaft verband die Mehrzahl der Nationalitäten, aus denen es zusammengesetzt war.« Fragt sich nur, warum es zerbrach. Darauf braucht Béhar keine Antwort zu geben, denn er kann auf das *Requiem für ein verstorbenes Reich* des angesehenen Osteuropaforschers ungarischer Herkunft, François Fejtő, verweisen, der in diesem Buch unlängst »nachgewiesen« hat, daß Österreich-Ungarn nur durch ein Komplott französischer Freimaurer zerstört wurde, gegen den Willen seiner Völker natürlich . . .

In dem Maße, wie die aktuelle Politik historisierend betrachtet wird, geraten auch historische Themen unversehens in den Blick der Aktualität. So fiel das Erscheinungsdatum des französischen Originals von Charles Higounets mediävistischem Klassiker *Die deutsche Ost-siedlung im Mittelalter* in den Herbst 1989 und wurde im Januar 1990 in der Presse prompt mit dem Kommentar »von höchster Aktualität« bedacht. In einem Artikel über »die deutschstämmige Bevölkerung in Mittel- und Osteuropa« von Claude Hubain für die germanistische Zeitschrift ALLEMAGNE D'AUJOURD'HUI (April–Juni 1990) wird im Rückblick die mittelalterliche Ostkolonisation – die als Mission im Auftrage von Papst und Kaiser erfolgte – auch im Sinne einer »Konzeption zur Schaffung eines großen deutschen Reiches« verstanden: »Wie man sieht, sind diese Elemente der Geschichte relativ aktuell, denn sie sind noch die Grundlage für den Krieg 1914–18 und haben

zuletzt eine politische und militärische Umsetzung im Laufe der Periode 1939–45 gefunden. Der Nationalismus scheint 1914 eine Ära der Massaker eröffnet und sie zu Beginn dieses Jahrzehnts noch nicht abgeschlossen zu haben.« Während sich der Autor für seinen Bezug zum Ersten Weltkrieg auf eine französische Autorität aus dem Jahre 1916 bezieht – was wohl seine wissenschaftliche Distanz unterstreichen soll –, so fragt man sich, was mit dem Bezug zum heutigen Jahrzehnt genauer gemeint ist. In jedem Fall zeigt sich auch an diesem Beispiel, wie ein aktuelles Problem nicht aus der Analyse der gegenwärtigen Situation – hier z. B. die Umtriebe der deutschen Vertriebenenverbände in Schlesien –, sondern rein aus historischem Determinismus erklärt wird.

Dieser Ansatz, der selbst dem Gesetz der ewigen Wiederkehr zu unterliegen scheint und weitgehend die auf Emotionen bauende negative Presse zum Thema bestimmt, ist daher auch und sicherlich zu Recht Zielscheibe für die massive Kritik der Deutschlandexperten wie Alfred Grosser, Joseph Rován u. a., die für die Wiedervereinigung in der französischen Öffentlichkeit streiten und deren demokratischen und friedlichen Charakter hervorheben – eben keine »Rückkehr Bismarcks«. »Wir sind voll und ganz für die deutsche Einheit«, eröffnete dementsprechend J. Rován die erste Nummer des Jahres 1990 der französischen Ausgabe des offiziellen Organs der deutsch-französischen Freundschaft DOCUMENTS/DOKUMENTE. In den folgenden Heften wurden die Vorbehalte in einer Schärfe gezeißelt, die einer kritischen Beurteilung der Sache praktisch keinen Spielraum mehr läßt. Der eindrucksvollen Sammlung von Klischees des »Deutschlands unserer Obsessionen« aus der französischen Presse, die Nicolas Moll in DOCUMENTS 2/90 zusammentrug, entspricht somit auf der anderen Seite ein affirmatives Deutschlandideal, das jede Kritik der deutschen Einheit mit dem Argument bekämpft, dies werde von den Deutschen nicht verstanden und erzeuge geradezu jene Entwicklung, die man angeblich verhindern wolle.

Diese Haltung des guten Willens ohne Wenn und Aber steht allerdings ebenfalls in einer historischen Kontinuität, die leider durch eine zweifelhafte Vergangenheitschau nur allzu sehr bestätigt wird, der sich zumindest die deutsche Ausgabe der Zeitschrift zu öffnen scheint. Da wird nämlich ein deutsch-französischer Vermittler aus den 30er Jahren als »Vorkämpfer der Verständigung von unten« gelobt, Paul Distelbarth, dessen Opportunismus nach oben aber so weit ging, daß er meinte, den Franzosen im Jahre 1942 die neue »hierarchi-

sche Völkerordnung« und die Kollaboration mit den Deutschen klarmachen zu müssen (cf. NG/TH 7/1990). Bei derselben Gelegenheit soll er aber zu erkennen gegeben haben, »daß er weder der Herrschaft des Nationalsozialismus über Frankreich, noch dem politischen Regime von Vichy eine Zukunft einräume.« (Manfred Bock in: DOKUMENTE 3/90). Worum es dabei jedoch wirklich ging, war eine Kritik der alten, von Pétain so sehr verkörperten französischen Oligarchie, wie sie vor allem von seiten der authentischen französischen Faschisten am Vichy-Regime geäußert wurde. – Wenige Monate nach diesem Rückblick auf die Vorgeschichte der deutsch-französischen Freundschaft fand in *Dokumente* eine andere zweifelhafte Würdigung der Kontinuität deutsch-französischer Verständigung statt, nämlich der ersten Schulbuchgespräche von 1935 (cf. DOKUMENTE 5/90). Deren »völkerverständigendes Potential« sieht Rainer Riemenschneider im vergleichsweise breiten Konsens, der darin getroffen wurde, und der sie zum Ausgangspunkt für die Gespräche von 1951 machte. Unstrittig ist natürlich der Friedenswille der daran beteiligten Historiker, unstrittig sollte aber auch sein, daß er mit der Hypothek einer Geschichtslüge belastet war, wonach nämlich niemand am Kriegsausbruch 1914 schuld gewesen sei (Punkt XX). Die Überwindung dieses Mythos hat bei den deutschen Historikern bis in die 60er Jahre hinein gedauert (im Streit um die Thesen von Fritz Fischer). Im Augenblick der deutschen Wiedervereinigung hinter diese Erkenntnis zurückzufallen und unkommentiert die Positionen von 1935 in eine Kontinuität der deutsch-französischen Verständigung 1935–1988 einzuordnen, erscheint bedenklich – ist es Symptom des neuen Zeitgeistes? Sollte sich hierin auch eine Wiederkehr des Vergangenen andeuten – auf der einen Seite jene, die, wenn nicht die Erbfeindschaft, so doch ewiges Mißtrauen aus Prinzip pflegen, und auf der anderen Seite jene, die für die bedingungslose Verständigung die historische Wahrheit zu opfern bereit sind? Verblüffend scheint jedenfalls die Unfähigkeit beider Lager, die Realität kritisch zu beurteilen. Realitätsfern negativ argumentieren die einen, distanzlos positiv die anderen.

Einsam in der Landschaft stehen daher Analysen wie die von Etienne Sur in der Zeitschrift für Geographie und Geopolitik HÉRODOTE, wo im Februar '90 in seltener Scharfsicht das Problem der deutschen Ostgrenze auf den Punkt gebracht wurde, nämlich, daß es nicht in der formellen Anerkennung der Oder-Neisse-Linie bestehe – woran der Autor nicht zweifelte –, sondern im unterschiedlichen Na-

tionalverständnis: Im deutschen Fall basiere dies gar nicht auf dem Staatsterritorium, sondern auf der Volkszugehörigkeit – *ius sanguinis* statt *ius solis* wie in Frankreich –, wonach z. B. die deutschstämmigen Polen als Deutsche wie alle anderen angesehen werden (und im übrigen auch immer mehr deutsche Pässe haben); somit wäre die Oder-Neisse-Linie zwar die Ostgrenze des deutschen Staates, nicht aber die Ostgrenze des deutschen Volkes. Und so scheint denn auch die Formel von André Gisselbrecht in LE MONDE DIPLOMATIQUE vom Januar 1991 in ihrer Vagheit die Situation am besten zu charakterisieren: »Die Konturen des neuen Deutschland sind alles andere als klar.« Aber auch das ist ein Rückgriff auf den Titel eines Buches, das der Deutschlandspezialist Pierre Viénot vor genau 60 Jahren veröffentlicht hatte: *Deutsche Ungewißheiten*.

Literatur

Alain Minc, La grande illusion, Paris 1989.

Georges Valance, France–Allemagne: Le retour de Bismarck, Paris 1990.

Pierre Béhar, Du 1^{er} au IV^e Reich – Permanence d'une nation, renaissance d'un État, Paris 1990.

Thema: Roissy und Kleinseite/Europäische Metropolen

FRANÇOIS MASPERO

Mit dem Roissy-Express durch Groß-Paris

Auszüge aus dem literarischen Reisebericht *Les passagers du Roissy-Express*, mit Fotos von Anaïk Frantz (Paris 1990). Im Frühjahr 1993 wird der Band bei Beck und Glückler, Freiburg, in der Übersetzung von Verena Vannahme erscheinen. Die mit * markierten Abkürzungen usw. werden am Ende erklärt. (Anm. d. Red.)

Dienstag, 16. Mai 1989. Um 9 Uhr früh sind sie verabredet auf dem Bahnsteig der Station Châtelet-Les Halles Richtung Roissy-Charles de Gaulle. Der internationale Flughafen ist ihre erste Etappe, das Sprungbrett, von dem aus sie an die Orte ihrer großen Reise gelangen wollen – sie verreisen für einen Monat. Für einen Monat, lebwohl Paris.

Jeder hat seine Reisetasche gepackt und darauf geachtet, daß sie nicht zu schwer wird. Sie soll leicht zu tragen sein, aber auch das bißchen an Überflüssigem enthalten, das noch notwendiger ist als das Notwendige selbst – die Wäsche zum Wechseln (wie mag das Wetter wohl in diesem launischen Frühling werden?), das Buch für die abendliche Lektüre, die Karten, Karten zum Spielen und Karten zur Orientierung.

Sie stehen sich schließlich am Ende des Bahnsteiges gegenüber, eingekeilt zwischen zwei Reihen von Monitoren – die einen sind für den Zugführer bestimmt und vermitteln ihm ein Bild des Zuges in seiner ganzen Länge, die anderen richten sich an die Benutzer, um sie zu zerstreuen oder zu belehren, wer weiß, und auf denen Gestikulationen in unwirklichen Farben vorüberziehen, untermalt von rülpfenden Rhythmen: Umweltbelästigung in höchstem Grade.

Sie stehen sich mit ihren kleinen, geheimen Sorgen gegenüber, solchen, die zur großen Abreise dazugehören, diffuse Ängste, die man dem anderen nicht eingestehen darf, die sich auf alles und nichts beziehen, was wir vergessen ha-

ben und wie das Wetter wird oder wie es nicht wird, und welchen Leuten wir begegnen oder auch nicht, und wo wir heute abend schlafen werden, und wie ich mit ihm, wie ich mit ihr auskomme in diesen Wochen, und ob sich dieser Reiseplan, auf die Probe gestellt, letztlich nicht in seiner nackten Wahrheit, seiner Absurdität, seiner Belanglosigkeit, seiner Inexistenz offenbart, wer weiß, ob wir nicht am Ende eines endlosen Tages zueinander sagen: Gehen wir nach Hause, es gibt nichts zu sehen, wer weiß, ob uns nicht alle anschreien: Geht heim, es gibt nichts zu sehen. Eine Reise, bei der man keinen Boden unter die Füße bekäme.

In den großen Reiseberichten aus Übersee liebt François genau den Augenblick, wo der Autor zum ersten Mal den Duft unbekannter Länder einatmet, so in einem kleinen blauen Buch, das er soeben gelesen hat. Darin erzählt Jean-Louis Voudoyer, vor 60 Jahren nach Havanna unterwegs auf einem stattlichen Ozeandampfer, wie »der Odem der Antillen die Luft mit einem organischen Duft erfüllte, sobald der Wendekreis des Krebses überschritten« war. Aber dazu braucht man nicht erst einen Wendekreis zu überschreiten: In der Luft der Station Châtelet-Les Halles schwebt andauernd so ein organischer Duft. Sein Freund Yves Lacoste, der große Geograph und Geopolitik weiß, hat es François bestätigt: »Bei der RATP* raufen sich die Ingenieure die Haare, es gelingt ihnen einfach nicht herauszufinden, woher das kommt, sie haben schon alles versucht, sie blicken einfach nicht durch.« Anaïk – und mit ihr die Millionen von Leuten, die dort immer vorbeikommen – läßt sich nicht davon abbringen, daß es von den Abwasserkanälen herrühre.

Da eine der grundlegenden Regeln

des Reisenden darin besteht, sich vor allzu offensichtlichen Erklärungen in acht zu nehmen, schlägt François, der es immer mit der Kultur hat, vor, daß es von weit herkomme, nämlich von der Station Auber, und zwar durch den Tunnel: Das Phantom der Oper* sei es, das auf seinem Nachen über den unterirdischen See der Grange Batelière* fahre und dabei mit seinen Runden den abscheulich stinkenden Schlamm aufwühle.

Seit 15 Jahren etwa haben die RER*-Züge Vornamen aus vier Buchstaben, und zwar je nach Fahrtziel: Von A bis J fahren sie nach Norden; von K bis Z nach Süden. Oder umgekehrt, das weiß ich nie genau. Zärtlich klingende Namen sind darunter: LILY, EMMA, PAPY. Und knallharte: KNUT. Eine Zeitlang fuhr PRUT, und dann, eines schönen Tages, wer weiß, was in den Köpfen mit den gerauften Haaren der Ingenieure von der RATP (oder der SNCF*, denn man darf nicht vergessen, daß diese RER hier ein *Verkehrsver-*

bund ist) vor sich ging, also eines schönen Tages, pfftl, verschwand PRUT, löste sich einfach in Luft auf. PRUT, KNUT, PAPY, LILY. Jeder dieser Namen ist an eine Mission geknüpft. So hält GUSS zwischen Gare du Nord und Aulnay sous Bois nämlich nicht an Stationen, an denen EPIS hält, ausgenommen in Le Bourget, und umgekehrt natürlich. Oder aber andersherum, ich weiß nicht mehr. Züge, die Bock springen. *Mission*: Das ist wohl die Sprache der Moderne. Und dann klingt das ein bißchen nach Saint-Exupéry, der Zugführer muß sich ein wenig wie auf den Fluglinien der Luftpostgesellschaft vorkommen, Flug über den Süd-Atlantik, über die Anden, weit und breit kein lebendes Wesen, Hauptsache: die Post. Heilige Mission, Mission Marchand, Fashoda, Missionsgebiete, heilige Märtyrer: Mission, Missionäre, das sind Worte, die unheimlich viel beinhalten, einschließlich dessen, daß man zu den Wilden aufbricht.

Metro-Station Etienne-Marcel in Paris

Foto: Meineke / dpa



Also, der Zug fährt in den Bahnhof ein: Er ist rot-weiß-blau wie alle, es lebe Frankreich. Sie haben Glück, es ist EMIR, ein durchgehender Zug, bis Aulnay hält er nicht, und der Wagen ist fast leer. Um diese Zeit ist die große morgendliche Völkerwanderung schon vorbei, ohnehin verläuft sie in die andere Richtung.

Schönes Wetter für eine Reise im Frühling: ein wolkenloser Himmel, an dem das Blau nur im Zenith wirklich blau ist, sich dann zum Horizont hin abstuft bis ins Malvenfarbene, Malvengraue, Stahlgraue, Bleigraue. Etwas schmutzig, dieser Himmel. Insbesondere, wenn man zurückschaut in Richtung Sacré Cœur, das man von hinten sieht. Aber man darf nicht vergessen, daß die Fensterscheiben des Zuges getönt sind und selbst leicht grau schimmern. Einen Sonnenstich riskiert man jedenfalls nicht in der RER – die glatzköpfigen Ingenieure haben vorgesorgt.

Und wo sind die Leute? Fast keine menschlichen Wesen zu sehen. Autos, ja, Autos, die dicht aufeinander über die Autobahn flitzen und den Canal St. Denis überqueren. Autos, abgestellt auf den Parkplätzen der Bahnhöfe, so weit das Auge reicht. Neue Autos, aufgeladen auf die wenigen Güterzüge, die am Ende eines Gleises warten. Ein Gesicht ausfindig machen? Die Fenster der großen Häuserblocks sind viel zu weit weg, als daß man sie unterscheiden könnte. Etwas näher dagegen die Straßen, aber menschenleer. Ein lebendiges Wesen? Weiter in Richtung Roissy, auf den grünen oder den graslosen Flächen, dem Brachland, auf dem rechteckigen Bauten, Blech, Zement und verkümmerte Bäume verstreut sind, sehen sie einen Hasen. Und bei Aubervilliers-La Courneuve gab es große blaue Iris an den Schienen entlang und Mohnblumen zwischen den Gleisen. (. . .)

Am Bahnhof von Roissy nehmen sie den Pendelbus zum Flughafen I, der die Form eines Camembert hat, in dem man immerzu im Kreis fährt. Um halb elf stehen sie vor der großen Tafel mit den Abflugzeiten. Anaïk ist für Brazzaville, François schwankt noch zwischen Sin-

gapur und Cork. Anaïk protestiert gegen das Häßliche, und François protestiert gegen Anaïks Geschick zu protestieren. »Du fällst mir auf die Nerven mit deiner Entrüstung. Fang nur nicht damit an. – Aber du fängst doch an. Das fängt ja gut an.« (. . .)

Am Morgen nach Pfingsten herrscht kaum Andrang, das Leben läuft geruh-sam dahin. Sie machen ihre letzten Besorgungen, in der Buchhandlung finden sie die Karte, die sie in ganz Paris gesucht haben, die wertvolle Michelin-Karte im Maßstab 1/15000, jene magische Karte Nr. 20, auf der die erste Hälfte ihrer Strecke fast ganz und bis ins kleinste Detail eingezeichnet ist – getretet.

Sie setzen sich und trinken einen wäßrigen Kaffee. Anaïk bekommt ihr Glas Wasser nicht. Damit es gleich von Anfang an klar ist: Anaïk trinkt Kaffee nie ohne *ihr* Glas Wasser. Übrigens scheint der Ausschank in Frankreich diesbezüglich eindeutig geregelt zu sein: Jeder Verbraucher hat das *Recht* auf ein Glas *frisches Wasser*. Gratis für den Kunden. Verbindlich für den Wirt.

Sie schreiben ihre letzten Postkarten, bevor es tatsächlich losgeht. Etwas aufgereggt sind sie schon, ganz leicht. Schließlich müssen sie los: Jetzt ist es Zeit, an Bord zu gehen.

Sie gehen zur Haltestelle des Pendelbusses, der sie zum Bahnhof der SNCF zurückbringen soll: Sie wollen nach Roissy-Dorf. Kennen Sie Roissy-Dorf?

(. . .) Sie kennen sich schon seit Jahren. Eines Tages vor langer Zeit, als François noch die Bücher anderer machte, war Anaïk mit einem dicken Stapel Fotos zu ihm gekommen, die sie im Bidonville am Chemin des Alouettes (*dt.: Schwalbenweg*) in Carrières-sur-Seine aufgenommen hatte, wo sie aus nicht genannten Gründen ein paar Monate lang gewohnt hatte. Er hatte die Fotos nicht veröffentlicht, er veröffentlichte überhaupt nie Fotos, was übrigens ein Fehler war. Möglicherweise hatten Anaïks Fotos auch etwas Unfertiges, sie war ja noch am Anfang, aber ihr das zu erklären, dazu wäre er nicht imstande

gewesen und sie damals ebensowenig, es zu begreifen. (. . .)

Anaik wohnte in der *Impasse de l'Ouest*, aber ihr Leben spielte sich an den Grenzen ab. Dazu konnte sie nach Afrika gehen, was sie auch einmal ein Jahr lang getan hatte, konnte aber ebensogut im 14. Arrondissement bleiben. Die Gegend am Montparnasse, in der sie wohnte, war nicht der Montparnasse des Boulevards, der Lichter und des Hochhauses, sondern ein Viertel am Ende der Welt mit kleinen Straßen und kleinen Leuten. Mit 18 machte sie von diesen ihre ersten Fotos und sie damit zu ihrer einzigen Familie. Heute gibt es das alte Viertel nicht mehr. Anaik hat seinen Abriß verfolgt. Straße für Straße und Haus für Haus, bis ihr eigenes an die Reihe kam. Sie hat die alten Leute ausziehen sehen, in Vorstädte verbannt, die ihnen Angst einflößten. Sie hat die Bauarbeiter kommen sehen, Portugiesen und Maghrebiner. Und wie sich in den zum Abbruch verurteilten Gebäuden Leute auf der Durchreise einrichteten, Bewohner in prekärer Lage, Hausbesetzer, obdachlose Familien oder Einwanderer aus Afrika und Asien. Sie sah Illegale und Dealer herumlungern. Als alles fertig war und andere Bewohner, diese jedoch anonym, die neuen Wohntürme in Besitz genommen hatten, geschützt durch elektronische Codes und Sprechanlagen, als es ihr schließlich selbst geglückt war, in einer Sozialwohnung aus den 20er Jahren unterzukommen, zwischen äußerem Boulevard und *Periphérique*, also am äußersten Rand ihres 14. Arrondissements, da hatte sich Anaiks Familie über alle Maßen vergrößert: Neue Zweige waren ihr in den Metrogängen, auf den rostigen Schienen des inneren Rings*, in den Schlafstädten, den Häuschen der Vororte gewachsen, in den Kranken-Pflege-Armen-Sterbehäusern für Alte in der Nähe von *Le Kremlin-Bicêtre* und *Nanterre*, unter den Prostituierten vom *Pigalle*, den Zigeunern an der *Porte de Vanves* und auf all den Wegen, die im Herzen der Städte anscheinend nirgendwohin führen und welche die Leute, die es eilig haben, nicht nehmen. (. . .)

Sie fanden heraus, daß viele Pariser die Vorstädte als eine unförmige Masse ansahen, eine Wüste mit zehn Millionen Einwohnern, ohne Aneinanderreihung grauer, undifferenzierter Bauten, ja, als ein kreisförmiges Purgatorium mit *Paris-Paradies* als Mittelpunkt. Die Vorstädte als etwas, das sich »rundherum« befindet. Ein trostloses Land. Ein Land für den Weltschmerz. Eine als Schüttgut hinterlassene Landschaft, ein wenig kaputt, in ständig neuer Zusammensetzung. Völlig neu zu gestalten. Sie erfuhren auch, daß es eine ganze Menge Leute gab, die sich mit nichts anderem beschäftigten, also mit der Umgestaltung der Vorstädte, daß dafür sogar eine Beobachtungsstelle vom *Centre de Création Industrielle* aus existierte, nämlich in *Beaubourg*, und sie kamen sich ziemlich mickrig vor.

Doch sie selbst, die beide in Paris zu Hause waren und somit seit Jahren die allmähliche Umwandlung ihres lebendigen Viertels in ein Schaukastenviertel, ein Museumsviertel miterlebt hatten, sie am Montparnasse, er in *Saint-Paul* unweit der *Rue Saint-Antoine*, hatten ein ganzes Heer von Handwerkern, Angestellten und kleinen Händlern von dannen ziehen sehen. Sie selbst waren eisern dort geblieben, hatten aber die einfachen und die alten Leute, die jungen Paare und somit auch die Kinder weggehen sehen, vertrieben durch Renovierung, Mieterhöhung und Wohnungsverkauf. Wohin waren sie gegangen? An den Stadtrand. In die Vorstädte. Paris war ein Großmarkt des Kommerzes und ein Disneyland der Kultur geworden. Wohin war das Leben gegangen? In die Vororte. Das »Rundherum« konnte einfach kein trostloses, leeres Land sein, sondern mußte voller Menschen und Leben sein. Echte Menschen und echtes Leben. Der einzige Weltschmerz, den sie kannten, war der, den sie um sich herum sahen, den sie in jedem Winkel ihrer Stadt spürten. Und wenn das Zentrum leer geworden war, wenn es selbst nur noch ein Scheinzentrum war, bedeutete das nicht, daß das eigentliche Zentrum fortan »rundherum« zu suchen war?

Also, es war Zeit, sich auf die Suche nach dem wahren Leben zu machen (. . .)

Neben dem Hotel zwei Straßenkehrer. Der eine, etwa 40 Jahre alt, ist in Asturien geboren. Er hat 16 Jahre lang in einer großen Druckerei im 20. Arrondissement gearbeitet. Diese wurde abgerissen, da ist er nach Neuilly-Plaisance ausgewandert, danach nach Aulnay und schließlich nach Sevran. Der andere ist Maghrebiner, er ist etwas jünger. Mit drei Jahren nach Frankreich gekommen, 1956. Sein Vater war Metallarbeiter in Vaujours – 5 km von hier. Er selbst hat in einer Farbenfabrik in Le Bourget gearbeitet. Aber die wurde auch abgerissen. Er wohnt in einer anderen Siedlung in Sevran, weiter südlich. Eine Dreizimmerwohnung, 2016 Francs im Monat: Wie soll man da zurechtkommen bei einem Lohn von plus/minus 5000 Francs? Er hat sich zusätzliche Arbeit gesucht. Kehrt er ab und zu nach Algerien zurück? Seit 1976 nicht mehr, es ist ihm zu teuer. Was ihm vorschwebt, wäre, in so einem Häuschen zu wohnen. In Sevran? Nein, woanders. Weder dem einen noch dem anderen gefällt es in Les Beaudottes. Sie wissen, wovon sie reden: Schließlich sind sie es ja, die die Spritzen auf sammeln. Dies hier ist ein Risiko-Viertel. Passen Sie auf, abends, beim Bahnhof, da kann immer 'was passieren. Viele Diebstähle. Aufgebrochene Autos, wegen den Autoradios. Aber wenn Sie wissen wollen, wie man in Les Beaudottes lebt, dann gehen Sie doch mal da gegenüber 'rein, sagen sie noch. Es ist das Sozialzentrum »Paul Bert«.

Dort werden wir herzlich begrüßt. Der Leiter ist 35, er organisierte vorher kulturelle Veranstaltungen im Gemeindezentrum von Sevran, wo er sich um Kurse zur beruflichen Qualifizierung für Jugendliche und zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen kümmerte. Das Centre Paul Bert ist ein großes Stadtteilzentrum, das 1984 gegründet wurde, das heißt, gleich als die ersten Einwohner nach Les Beaudottes kamen. Im Mittelpunkt seiner Aktivitäten stehen Arbeitsplatzprobleme, Probleme von »Menschen

in Schwierigkeiten«. Wohlgermerkt, es handelt sich nicht darum, Jugendlichen Stellen zu beschaffen, sondern darum, ihnen beim Aufstellen eines beruflichen und eines privaten Lebensplanes behilflich zu sein. So ist für die Zeit nach der Sommerpause beispielsweise ein Informatikkurs vorgesehen – es geht darum, über die berufliche Ausbildung hinaus eine im wesentlichen spielerische Aktivität zu fördern, um so den einzelnen aufzuwerten – Fotos, Videofilme – und sie vor dem Teufelskreis zu bewahren, der hin zu Drogen und Straffälligkeit führt. Das Zentrum führt eine Alphabetisierungskampagne durch, an der an vier Tagen pro Woche nachmittags 30 bis 40 Frauen teilnehmen, dazu einmal wöchentlich abends 40 Männer und Frauen. Und Abendkurse für 80 bis 100 Teilnehmer. Wer sind sie? Asiaten, Maghrebiner, Afrikaner – Malier, Mauritanier, Senegalesen –, Mauritier, Inder, Polen . . . Ein *baby-college* vermittelt 160 Kindern von sechs bis neun Jahren erste Englischkenntnisse. Dazu kommen noch die Kurse Gymnastik für Jugendliche und Senioren, Yoga, Tanz-Ballett, Theater, Musikunterricht . . .

Der Leiter des Zentrums wohnt nicht in Sevran, sondern in Joinville le Pont: Er braucht Distanz zu seiner Arbeit. Und die Drogen? Davon werde immer zuerst gesprochen, meint er. Aber so schlimm sei es gar nicht. Das eigentliche Problem seien die Entlassungen: 1987 habe allein Westinghouse 300 von 800 Stellen abgebaut.

Mit der letzten Nummer der Monatszeitschrift *DIALOGUE SEVRAN*, die die Stadt herausgibt, gehen sie wieder hinaus. Die Stadt wird immer noch kommunistisch regiert. 1989 Wiederwahl mit 51,62 % der Stimmen für die Liste der Linken. Bei einer Wahlbeteiligung von 57 %. Und vor allem 24,10 % für die Front National. Das ging gerade noch einmal gut. Aber das Centre Paul Bert kann weiterarbeiten.

(. . .) Im letzten Zug nach Paris um Mitternacht – der Wagen ist noch voll besetzt – herrscht eine große Stille aus Müdigkeit und Abwesenheit. Wer immer in



Noisy-le-grand, Satellitenstadt bei Paris

Foto: L. Schmidt / JOKER

solchen Augenblicken ein wenig lauter spricht, verstärkt das Gefühl von bleierner Schwere um so mehr. So etwas ist peinlich, ungehörig, fast obszön. Und in solchen Augenblicken stellt man sich dann Hinweisschilder vor wie diese:

Die Unterhaltung zwischen den Fahrgästen geschieht auf eigene Gefahr.

Die SNCF lehnt jegliche Verantwortung ab.

Während der Zug hält, ist das Sprechen verboten.

Achtung: Ein Fahrgast kommt selten allein.

Gib Deinem Nachbarn keine Chance.

Sprechen Sie nicht: Es kann Sie den Verstand kosten.

Ruhe!

In dichten Pulks, fast im Laufschrift und vollkommen schweigend, verlassen die Menschen den Bahnhof Les Beaudottes, in dem die trostlose Einsamkeit wieder einkehrt. Mehrere Trupps stürzen nacheinander die Treppen hinauf, dem Vorauseilenden an der Spitze dicht auf den

Fersen. Keiner trödelt hinterher, zusammen finden sie sich auf einem breiten verlassenem Vorplatz wieder. Mit gesenktem Kopf geht es weiter in die Stadt, nichts als das Geräusch der eiligen Schritte, und die Trupps lösen sich erst im letzten Augenblick auf. Die Nacht von Les Beaudottes ist still und trist.

Letzte Meldung. Die chinesischen Studenten demonstrieren auf dem Tienanmen-Platz. Wird China ins Chaos abgleiten? Staatspräsident Mitterrand erklärte heute, es müsse noch viel getan werden, um die inakzeptable Armut in Frankreich zu bekämpfen.

Freitag, 19. Mai. Erholsame Nacht. Reichhaltiges Frühstück für dynamische Führungskräfte; Selbstbedienung am Frühstücksbuffet mit Müsli und Orangensaft. Und immer wieder die großartige, sengende Sonne über dem gelb gewordenen Gras, und die grau-rosa Masse von Beau Sevran. Auf der noch unfertigen, leeren Esplanade sind die Dämonen der Nacht verschwunden. Der Frühling verzaubert den Beton.

Sie gehen nach Südwesten, in Richtung Stadtmitte von Sevran. Hinter der modernen Wohnsiedlung sieht man durch die Bäume hindurch Wohnblocks von früher. Fußgängerwege schlängeln sich zwischen beschnittenen Büschen hindurch. Einige Frauen, schwer beladen mit Einkaufstaschen, Afrikanerinnen im Boubou, und zwei junge, abgespannt aussehende Mütter, die Kinderwagen vor sich herschieben, und Hunde, immer wieder Hunde. Auf den Balkons werden Dinge unter Wagenplanen gelagert, irgendwo im vierten Stock zwei Einkaufswagen vom Supermarkt, bis zum Rand gefüllt, aber womit?

Dann eine mehrere Hektar große, landwirtschaftlich genutzte Fläche. In deren Mitte ein Hügel, auf dem sich Maschinen und Lkws zu schaffen machen, und weiter weg versperren die hohen Umrisse gigantischer Wohnblöcke die Sicht, etwas verschwommen im Dunst der Hitze, die bereits die Luft flirren läßt und ihnen leicht fantastische Konturen verleiht: Wehrtürme riesiger Panzerkreuzer oder von Science-fiction-Festungen, ausgestanzt, versetzt, mit Zinnen bewehrt, Ruinen irgendeiner verlassenen galaktischen Raumstation, Bollwerke, Schiffsbugs, Kommandobrücken, Antennen, Raketen. Ungewisse, verschwimmende Erscheinungen einer jener unsichtbaren Städte, von denen (laut Italo Calvino) Marco Polo dem Großen Khan erzählte:

»Vier Aluminiumtürme erhoben sich über ihren Mauern, mit sieben abgedeckten Zugbrücken, welche sich über den Graben spannen, dessen Wasser vier Kanäle von grüner Farbe speist, die durch die Stadt fließen und sie in neun Viertel teilen, ein jedes mit 300 Häusern und 700 Kaminen . . .«

Sie folgen den Schülern, die einen Pfad hinter einem rostigen Zaun einschlagen (Betreten verboten, bissiger Hund) und jetzt über einen Feldweg laufen, der an einem Wäldchen von jungen Weiden entlangführt. In einiger Entfernung wird der Parc Monceaux angelegt; bei soviel ausgehobener Erde ist es schwierig festzustellen, was ein natür-

licher Hügel war und was von den Ausschachtungen herrührt, die hier unternommen werden, um die RER vorbeizuführen. Wahrscheinlich ist es das letzte Jahr, in dem dieses Feld bestellt wird, und es ist überhaupt das letzte Feld des letzten Bauernhofes von Sevran. Paris ist 11 km Vogelfluglinie von hier entfernt.

Zuvor sind sie über den menschenleeren Sportplatz gegangen, wo alles, was nur ein bißchen aus dem Boden herausragt, mit Aufklebern vollgeklebt ist (die Aschenbahn ist allerdings tadellos, und die weißen Linien sind ganz frisch), dann an den Schulen vorbeigekommen und zwei jungen Mischlingen mit Tennisschlägern begegnet. Zu ihrer Linken haben sie kleine, schmucke Gebäude mit zwei oder drei Stockwerken hinter sich gelassen, ganz neue, ineinander verschachtelte Häuschen aus Hohlblocksteinen mit winzigen Gärten und einer Garage für jeden.

Hier entsteht die Siedlung La Roseaie (dt.: Rosengarten)

67 Wohnungen mit der Möglichkeit zum Eigentumserwerb

Rosen gab es tatsächlich dort. Einen Sonnenschirm in einem Gärtchen. Und aus einem Fenster drang argentinische Bandoneon-Musik.

Auf der anderen Seite der Felder liegt der Bauernhof von Montceaux, ein großer verlassener Hof, ein Schuppen, von dem nur noch das Gerüst steht, wie ein Kirchenschiff aus verrostetem Metall und mit eingestürztem Chor, offen zur Ebene, zu den sie in der Ferne begrenzenden Häusern, zum Himmel hin. Wer mag hier wohnen und arbeiten? Der riesige Hund, der nicht angekettet ist, jagt sie davon. Und der arabische Lebensmittelhändler gegenüber weiß auch nicht Bescheid.

Rathausplatz. Viele alte Einfamilienhäuschen, in denen die städtischen Ämter untergebracht sind und den Eindruck von reger sozialer Aktivität vermitteln.

Sevran, die Stadt mit den meisten Grünflächen, 160 qm pro Einwohner

Es ist zwölf Uhr vorbei, die Kinder kommen aus der Schule, von ihren Lehrern geleitet, ziehen Scharen vorbei, und François betont immer wieder, er habe nirgends auf der Welt so fröhliche Kinder gesehen. Und so schöne. Nicht mal in Kuba, einem Land, wo jeder Körper Spontaneität und natürliche Anmut ausstrahlt, wo die Kinder aber in Reih und Glied marschieren und eine Schuluniform tragen. Manch einer findet so etwas durchaus angebracht und nett, die Uniformen. Und die Kinder von Shanghai, arme Kinder, aber kleine Könige, die zur Salzsäule erstarrten, ihr Lächeln verloren und mit verkrampftem Gesicht unverständliche Parolen daherstammelten, unverständlich für jeden und vor allem für sie selbst, für einen vorbeikommenden Journalisten. Die Kinder von Sevran haben keine Uniform, vielleicht sind sie das buntgemischteste Völkchen der Welt. Sie stammeln keine Parolen daher. Sie sind wunderbar verschieden und ungezwungen. Auf natürliche Art frei. Hoffentlich geht es so weiter. Könnten sie doch nur so bleiben, wenn sie mal über 15 sind. Doch das ist eine andere Geschichte.

Übersetzung: *Silvia Hissen/
Wolfgang Geiger*

Erläuterungen

RATP: (Régie autonome des transports Parisiens) Pariser Metro-Unternehmen

Das Phantom der Oper: Populärroman von Gaston Leroux, mehrfach verfilmt.

La Grange Batelière: Heute unterirdischer Nebenfluß der Seine.

RER: (Réseau express régional) sww. S-Bahn.

SNCF: (Société nationale des chemins de fer) frz. Eisenbahn.

»innerer Ring«: ehem. Eisenbahnlinie auf dem Stadtgebiet von Paris, heute z. T. noch für den Güterverkehr genutzt.

HELENA STEJSKALOVÁ

Prag – mit Samt und ohne Samt

Die letzte Woche war Prag endlich wieder klar zu sehen. Ein unglaublich warmer Wind blies durch das Moldautal. Vom Seminargarten aus, unter dem Strahovkloster, kann man den Blick auf eine der schönsten Städte Europas genießen. Rechts die majestätische Burg mit dem Veitsdom, unten die melancholischen rostfarbenen Kleinseitner Dächer und Giebel unter dem Schutz der massiven barocken Kuppel der Nikolauskirche, auf der anderen Talseite die Alt- und Neustadt – die Karl IV, *pater patriae*, 1348 gründete – mit ihren mehr als hundert Türmen, Türmchen und Spitzen. Es kamen in unserer Zeit noch einige hinzu – die Hochhäuser rechts, aber vor allem der verabscheute Riese, der alles sieht und von überall gesehen wird, der Fernsehturm, im Volksmund auch *Jakeš's Finger* genannt. Die Stadt summt ununterbrochen, die Autos, klein wie Ameisen, wetteifern auf dem Smetana-Ufer ungeduldig mit den gemächlicheren Käfern, den Straßenbahnen. – Als ob nichts geschehen wäre. Die Präsidentenfahne weht über dem Hradschin, obwohl der Präsident seinen Gesundheitsurlaub an einem unbekanntem Ort verbringt und die Zeitungen mutmaßen, wo er wohl sein könnte. Von hier oben gesehen ist Prag immer noch *Mater urbium*. Aber dort unten? Was haben die Veränderungen uns gebracht? Geht es uns heute besser als unter den Kommunisten? Ist das hier wirklich das, wovon wir träumten – oder stecken wir nur tiefer in immer gleichen Alltagsorgen und es ist eigentlich egal, wer oben auf der Burg sitzt?

Irgendwo zwischen den Dächern brodelte das Leben, irgendwo zwischen den Frauen und Männern, Regierungen und Gewerkschaften, Preisen und Freunden wird das Schicksal gewoben. Und die Stadt – wie weit determiniert sie das Schicksal des Einzelnen? Der Wenzelsplatz ist in außergewöhnlichen Zeiten Zeuge und Akteur umwälzender (?) Ereignisse, die meiste Zeit dient er jedoch

den alltäglichen Wegen nach Brot, Frauen und Gesang. Und doch, auch heute, jetzt und hier wird aus den kleinen Schicksalen der Menschen, Häuser, Gassen, Plätze, Durchgänge und Bäume die Geschichte gemacht. In der Zeit zwischen dem Kommunismus und der Demokratie, zwischen dem »wir wissen, was wir nicht wollen« und dem »wir wissen, was wir wollen« liegt das gegenwärtige »wir wissen nicht, was wir wollen«.

Wir kommen aus dem Staunen immer noch nicht heraus. Was hat sich eigentlich verändert? Ein Jahr nach der »samtenen Revolution« habe ich zum Beispiel weniger Freunde. Früher hatten wir Zeit für gemütliche Plauderstunden zu Hause oder in den Cafés, für Spaziergänge, Ausflüge und gemeinsame Ausstellungsbesuche, heute statt dessen Hektik, Streß und ständiger Termin- druck. Die meisten Freunde haben nämlich die Stelle gewechselt.

Sacha ist jetzt Sekretär und quasi »geistiger Begleiter« des Präsidenten. Er bereitet seine Auslandsreisen vor, trägt hinter dem immerzu Eilenden dessen Mantel und Tasche, steht ständig im Zentrum des Geschehens, verliert jedoch den Überblick. Täglich ist der ehemalige freischaffende Autor mehr als 16 Stunden mitten in katastrophalen Problemen, für deren Lösung es schon gestern zu spät war. Wenn wir uns zufällig treffen, tauschen wir in der Eile ein paar Worte. Ich bin gespannt, wie es bei ihnen oben zugeht, aber er ist noch gespannter, was wir hier unten machen.

Tomás arbeitete als Nachtwächter, und bei seinen kleinen Zeichnungen von Pfauenfedern und Mädchenbrüsten träumte er – wovon eigentlich? Sicher nicht davon, daß er Chefredakteur der ersten tschechoslowakischen erotischen Monatsschrift LEO (Leichte erotische Erfrischung) sein wird. Heute wird der schüchterne Amateurgrafiker von Mädchen umschwärmt und läßt sich fotografieren, wie er, von Modellen oben ohne umringt, Gewinner eines Kuponwettbewerbs seiner Zeitschrift verlost.

Die Kunsthistorikerin Ivonka, mit der ich so oft in den Cafés über moderne

Kunst diskutierte, flattert jetzt von Termin zu Termin. Sie lehrt an der Kunstakademie, richtet Ausstellungen aus, für die sie Sponsoren aufreiben muß, und neuerdings ist sie außerdem in der Präsidentenkanzlei fest angestellt. Was sagen wohl ihre zwei kleinen Kinder dazu?

Auch andere Freunde lehren an mindestens einer Fakultät. Wollen sie die verpaßten Jahre nachholen, oder fühlen sie sich verpflichtet, das im inneren Exil Einstudierte weiterzugeben?

Vlasta studierte Jura und arbeitete die ganzen Jahre eifrig im Kulturbereich, während er zu Hause zwei adoptierte Söhne und seine kleine Tochter versorgte und Schallplatten mit indischer Musik sammelte. Er war nie in der Partei und hoffte, daß er auch nie eine Funktion übernehmen müßte. Nach dem November 1989 gelang er mit einem Schlag auf die Liste der »perspektiven Kader«. Heute ist er Chef. Er ist davon wenig entzückt. Er hat keine Zeit mehr für seine Familie und nicht einmal für seine fernöstlichen Hobbys.

Und die Stadt – hat mich Prag immer noch lieb, oder sind ihr jetzt Touristen, Schieber und verschiedene Profitmacher lieber? An einigen Tagen scheint es mir der Fall zu sein. Sie können nämlich in den Kaffeehäusern plaudern. Für uns hat sich der Preis bei stehengebliebenen Gehältern mehr als verdoppelt. Sie können sich das Essen in Weinstuben leisten. Uns treibt der Blick auf die Speisekarte in das nächste Buffet. Kürzlich habe ich über den neuen, dreimal so hohen Eintrittspreis in einer Galerie den Kopf geschüttelt. Für eine vierköpfige Familie wird es schon ein großes Problem sein, die Kunst zu genießen. Die Kassiererin sagte jedoch: »Aber es kommen doch genug Ausländer, für die ist es sehr billig.« Wie schnell doch die Marktwirtschaft mit ihren Angebot- und Nachfragegesetzen funktioniert! Wird sich so etwas nicht rächen, oder ist es nur die Zeit des Übergangs?

Auf der Karlsbrücke drängen sich die Menschen, Touristen und Geschäftemacher. Die vietnamesischen und jugoslawischen Porträtisten, die Verkäufer von

HANSER
HANSER
HANSER
HANSER
HANSER

Ein Bekenntnis zum neuen Osteuropa



Jens Reich, einer der wenigen nicht-kompromittierten Intellektuellen der DDR, nennt die Probleme beim Namen, die auf das zusammenwachsende Deutschland zukommen. Er mahnt die in 40 DDR-Jahren gewonnenen Beziehungen und Erfahrungen mit Osteuropa nicht abzuschütteln, sondern sie in das geeinte Deutschland einzubringen. Daraus ergeben sich zukunftsweisende politische Programme, die weit über das persönliche Bekenntnis hinausgehen.

280 Seiten, Gebunden, DM 29,80

kleinen Grafiken, Halbedelsteinen und verschiedenem Talmi sind nur arme Händler im Vergleich zu der Mafia mit den Offiziersmützen, Orden, Uniformen (und Waffen?) aus Gott weiß welchen Magazinen der sowjetischen Armee. Die Brücke, das touristische Symbol Prags, wo es schon immer ein paar Grafiker und Straßenmusikanten gab (es ist sehr angenehm, die sonnigen Tage in der Gesellschaft der würdevollen Statuen, plaudernd, lesend oder musizierend zu verbringen), verwandelte sich schon bald nach der Wende in einen Jahrmarkt. Die Prager macht dieses Souvenirtreiben leicht nervös. Das Abendblatt schreibt zwar ab und zu etwas von einer Handelsinspektion, die fährt aber an den Wochenenden vermutlich aufs Land. Auch in der engen winkligen Karlsgasse, die den Fußgänger mit ihren Ziergiebeln, Kirchenabsiden und malerischen Häuserfronten wie eine Ouvertüre auf den allbekannten, aber immer neuen Hradschin-anblick, der sich am Kreuzherrenplatz

öffnet, vorbereitet, geht es heute bunt zu. Popcorn im *American Tourist Service* mit kaschierten Antikssäulen unter einem gotischen Gewölbe, Waffelstände, an jeder Ecke eine »Kunstgalerie«, die die kauflustigen Touristen mit Kitsch versorgt – und siehe – eins der zwei Buchantiquariate wird gerade aufgelöst. Was kommt wohl an seine Stelle? Ein Büro für die Pferderennenwettannahme, wie unlängst gegenüber dem jüdischen Friedhof aufgetaucht, ein Videogeschäft oder nur weitere Antiquitäten?

Neulich nahm ich im Kleinseitner Gemeindehaus an einem Treffen der Bürger mit der Kommunalvertretung teil. Der Saal war im Vergleich zur »Vornovemberzeit« berstend voll. Es wurde bekannt, daß aus dem Quartier eine Drogerie, eine Galanterie, eine Reinigung und ein Schuhgeschäft verschwunden sind, ohne Ersatz zu schaffen. Die Alteingesessenen, die schon vor der Revolution gegen die Pläne, die Kleinseite in ein ausländisches Hotelzentrum zu verwandeln, öf-

Prag 1991

Foto: Wolfgang Klotz



fentlich protestierten (und tatsächlich damals auch das Einfrieren dieses Projekts erreicht hatten), wollen sich damit nicht abfinden. Es werden gemeinsam Möglichkeiten des Wohnraumschutzes, des Ausbaus der Geschäfte, die auch die Einwohner, nicht nur die Touristen versorgen sollten, gesucht. Ob wir uns gegen die Geldmafia durchsetzen? Es wird ihr hoffentlich nicht alles so leicht durchgehen wie früher. Es ist schon viel gewonnen, daß in der Vertretung die Kleinseitner Bürgerinnen und Bürger sitzen und nicht die alten Berufspolitiker. Erfrischend war der Auftritt des örtlichen Polizeichefs (auch das wäre früher undenkbar gewesen, mit der Polizei diskutierte man nicht). Er schilderte seine vergebliche Mühe, die engen Gassen für den Durchgangsverkehr und die Touristenbusse zu sperren und forderte die Einwohner sogar auf, sich aus Protest auf die Straße zu legen. Er werde sie nicht vertreiben, er werde sie vor dem Überfahren bewahren.

Die Öffnung, die sich so jäh auftat, hat Erscheinungen mit sich gebracht, die uns irritieren. Sind diese Straßen und Unterführungen, voll von Kamelotten (auch minderjährigen), die Hunderte von Tages- und Wochenzeitungen und pornographischen Magazinen verkaufen, wirklich Straßen und Unterführungen Prags? – Es gibt zirka 800 neue Verlage. Wir haben unsere erste Peepshow, Strip-tease war vor kurzem auch im tschechischen Fernsehprogramm zu sehen. Fast keine Reklame verzichtet auf Nackte, und kleine Schüler blättern in den öffentlich ausgestellten Penthouse-Magazinen und tschechischen Imitationen von Hard-Pornos. Moralisten empören sich, Lehrer verfassen Petitionen. Für manche ist es vermutlich schon die viel gepriesene Rückkehr nach Europa. Wird der Boom andauern? Kenner wissen, daß es der einzige Luxus bleibt, den man sich gönnt, wenn alle anderen Genüsse zu teuer werden. – Und das wird bald zutreffen.

Die Preisliberalisierung hat uns eingeholt. Noch vor nicht allzu langer Zeit habe ich meine Freunde im Ausland bedauert, daß sie mit dem Preisvergleich so

viel Zeit verlieren. Das Wenige, was ich brauchte, kaufte ich immer so schnell wie möglich. (Auch das mangelnde Angebot hat manchmal etwas für sich. Es entfällt die Qual der Wahl.) Die Lobgesänge auf die Konkurrenz als einzige Triebkraft der Entwicklung haben es mir noch nicht angetan. Und jetzt komme ich mir wie im Ausland vor. Ich weiß bereits, welche Geschäfte ich auf meinem Heimweg meiden muß. Die freigegebenen Preise haben eigentlich nur eine sehr zweifelhafte Rechtsgrundlage, denn es gibt noch ein Handelsmonopol, und die Hersteller mußten sich etwas einfallen lassen, wenn sie nicht auf vollen Lagern sitzenbleiben wollten. Jetzt sieht man nicht nur in den Randbezirken, sondern auch direkt im Zentrum eine Schlange von Lkws. Die Ware ist manchmal sogar um ein Drittel billiger. Handelt es sich um eine endgültige Balkanisierung, oder ist es nur die Zeit des Übergangs? Jedenfalls ist das Geld ein fester Bestandteil unserer Gespräche geworden.

Die Mehrheit ist mit der gleichen Begeisterung wie im Jahre 1948 bereit, an den leichten Weg ins Paradies zu glauben. Nur die Vorzeichen haben sich geändert. – Auch solche Sätze kann man in den Zeitungen lesen. Und es brauchen keineswegs kommunistische zu sein. Während der Prager vor einem Jahr alles las, was er sah, hat er heute den Pressekonsum drastisch eingeschränkt. Und nicht nur, weil der Preis der Tagesblätter mindestens zweimal gestiegen ist. Von der Katerstimmung *nach* der Revolution haben wir schon oft gelesen. Kein Wunder also, wenn sie auch bei uns eintritt. Es wird die Erhöhung der Energiekosten, des Wassers und des öffentlichen Transports vorbereitet. Spätestens ab nächstes Jahr werden die Mieten drastisch steigen, die besonders in den alten Häusern bisher sehr niedrig waren (etwa ein Zehntel des Durchschnittseinkommens).

Alle beklagen sich: die Unternehmer, daß es immer noch keine rechtlichen Grundlagen und Garantien gibt, die Gewerkschaften, daß es noch keine richtigen Sozialprogramme gibt, obwohl die

Zahl der Arbeitslosen steigt. Die Öffentlichkeit klagt über die wachsende Kriminalität, die Polizei über die mangelhafte technische Ausrüstung. Alle sind unzufrieden, einschließlich der Künstler. Ein Folksänger reist mit einem Programm unter dem Motto »Bewahrt Euch Euren Künstler, Ihr wißt nicht, wann Ihr ihn wieder braucht«. Auch die Kunst ist Ware geworden, und als solche kommen ihr keine staatlichen Subventionen mehr zu. Mönche, die gerade um die Ecke biegen, sieht man plötzlich in Prager Gasen. Gleichzeitig irritiert einen die gähnende Leere in den Theatern. Und wenn jemand glaubte, daß er sich mit der Auf-führung von Havel's Stücken rettet, dann irrte er. Das Filmstudio Barrandov sucht einen ausländischen Partner – für neue tschechische Filme gibt es kein Geld mehr. Auch die Kinos sind leer. Sie unterliegen in der Konkurrenz mit den Video- und Satellitenprogrammen. Für die, die noch keine Satellitenschüssel haben, übernimmt seit Sommer das dritte Fernsehprogramm (der ehemalige sowjetische Fernsehkanal) CNN und verschiedene deutsche, österreichische und französische Programme direkt. Die Prager haben jetzt verschiedene Möglichkeiten der Zerstreung. Sie können Schaufensterbummeln, die Preise vergleichen, immer wieder ihre Verwunderung kundtun. Sie können sich die Versteigerung der staatlichen Geschäfte ansehen, wo die Summen innerhalb weniger Minuten in Millionenhöhe klettern. Oder sie können vor einem Riesenschirm stehenbleiben, wo der Wirtschaftsexperte Komárek gerade erklärt, daß wir noch keine Marktwirtschaft haben, das ganze nur eine Parodie auf die Marktwirtschaft sei. Hätte man die Franziskanermönche, die gerade um die Ecke biegen, früher gesehen, hätte man sofort an die Filmdreharbeiten gedacht. Heute sind sie echt. (1953 wurden sie »in die Produktion« geschickt.)

Und wie ist es mit den Büchern? Alles hat zwei Seiten. Früher erschien einmal im Monat ein gutes Buch, manehmal sogar zwei davon. Alle haben es dann gelesen, man konnte sehr schön mit Freunden darüber reden. Jetzt gibt es so viele

Neuerscheinungen, daß man sie überhaupt nicht verfolgen kann. Und die meisten haben sowieso keine Zeit für die Lektüre. Man kauft die Bücher für die Zeit »danach«.

Prag hat eigentlich immer Glück gehabt, obwohl es seinen Einwohnern des öfteren nicht so erschien. Mit dem Bau-boom, den die kaiserlichen Emporkömmlinge nach dem Dreißigjährigen Krieg einleiteten, als sie fast umsonst die konfisziierten Güter des böhmischen aufständischen Adels erworben hatten, kehrte der Barockstil in die Stadt ein. Viele ausländische Künstler ließen sich hier nieder, sogen den *genius loci* in sich auf, vermischten sich mit den Pragern und schufen hier eine eigenständige Variante dieses Stils, der noch heute das Stadtbild prägt. Im 19. Jahrhundert, als in den europäischen Metropolen die Bautätigkeit der Gründerzeit wütete, der die alte Bebauung zum Opfer gefallen war, lag Prag etwas abseits des Hauptgeschehens, so daß die Kleinseite und die Altstadt fast unversehrt blieben. Prag wußte sich schon damals seine Denkmalschützer zu erziehen. Das kommunistische Regime ließ zwar viele Häuser verfallen, wäre die Stadt jedoch unter einem anderen Regime imstande gewesen, der oft so gefühllosen Bauweise der 50er und der 60er Jahre zu trotzen? Jetzt ist auch im Westen ein Umdenken im Gange, und Prag konnte sich eine politische Wende leisten. Es gibt den Denkmalschützer im Herzen eines jeden richtigen Pragers.

Doch, die Stadt hat mich sicher noch lieb. Sie öffnet mir umsonst ihre Kirchen, Parks, die schönsten Straßenfluchten, bietet mir jeden Tag ihr zauberhaftes Panorama. Vermutlich weiß sie, daß der Kaffee und die verbrauchte Luft mir angesichts der Luftverschmutzung in ihren Straßen nicht guttäte, und daß für meinen Magen das makrobiotische Essen zu Haus viel besser sei. Danke, Prag, was wäre ich ohne Dich!

Die neue Teilung von Berlin

Irgendwie ist etwas schiefgegangen. Vor einem Jahr noch die schier nicht abreißende Kette der Premieren der neuen Metropole. Von der Öffnung am Potsdamer Platz über das Brandenburger Tor bis zum Übergang in Klein-Machnow wurde die neue, die vereinte Stadt gefeiert. Gewiß, das Personal änderte sich; erst die Regierenden Bürgermeister, der Bundeskanzler und der Ministerpräsident, dann die Bezirksbürgermeister. Die Menschen fluteten in die jeweils andere Stadthälfte, flanieren im gemeinsamen Stadtraum. Gewiß, es war keine Aufbruchsstimmung; aber Hochstimmung, Erwartung, Neugier herrschten doch. Dahin und ganz vergangen, diese Tage am Beginn einer Zukunft. Jetzt herrscht eine triste Gegenwart, in der alles unvorstellbar anders geworden ist. Wer in dieser Zeit westdeutsche Städte besucht, den trifft schockartig das unveränderte, scheinbar reibungslose, gelassene Stadtleben; der wird inne, wie aggressiv, unwirtschaftlich, gedrängt und bedroht inzwischen das Leben im neuen Berlin geworden ist.

»Wir müssen die endlich wiedergefundene Normalität als Chance betrachten.« Das ist ein Schlüsselsatz in der Vereinbarung der CDU-SPD-Koalition. Ein trüber, tonloser, ein symptomatischer Satz. Ein letzter Abglanz jener Premieren? Er ist in einem Abschnitt zu lesen, der mit »Besinnung auf die eigene Kraft« überschrieben wurde. Da wird vage davon gesprochen, Berlin stehe vor einem »Neuanfang«. Allerdings, nur in verhüllten Formulierungen wird an den Überlebenswille der Stadt während der Blockadezeit erinnert; schließlich, wer wollte es wagen, explizit die Vereinigung der Stadt mit der Blockade zu vergleichen? Außer einer vagen Beschwörung des traditionellen Muts der Berliner fällt jedenfalls den Politikern zum Thema »eigene Kraft« wenig ein. Im Gegenteil, nur wenn die westdeutschen Länder und Gemeinden »ihrer nationalen Verantwort-

tung gerecht werden«, wenn also die Subventionen fließen, glauben sich die Koalitionäre auf die »eigene Kraft« verlassen zu können. Nur ein Fall politischen Formeldekens, nur die übliche Phantasielosigkeit von Parteipolitikern? Kaum. Derlei schale Appelle an den Überlebensmut hört man allenthalben. Die Stimmung ist schlecht in Berlin. Ein panikartiger Pragmatismus, eine Art kränklicher Unruhe beherrscht seit Monaten die Stadt.

Vor allem in West-Berlin erneuern sich alte Verlassensängste. Wieder ist das Gefühl der Bedrohung da. Aber zum ersten Mal kommt die Bedrohung nicht aus der Weltpolitik, vom roten Außenfeind, vom kommunistischen, das heißt *politischen* Osten. Sie kommt aus der »endlich wiedergewonnenen Normalität«, aus der Stadt selbst, aus dem Osten als *soziale* Realität. Dem West-Berliner geht es gewissermaßen so wie dem namenlosen Tier in Kafkas Erzählung »Der Bau«. Es hat alle erdenklichen Konstruktionen entwickelt, um einen sicheren Bau zu graben, bis es dann entdecken muß, daß die Gefahr aus dem Inneren der Sicherungssysteme kommt. Die hochsteigende Hysterie in dieser Stadt hat ihren Grund. Vor einem Jahr noch war West-Berlin ein vorgeschobener Teil der westdeutschen Gesellschaft. Subventionen, alliierte Garantien und die Mauer sicherten den Status. Mit der Vereinigung ist die Stadt gewissermaßen an den östlichen Rand, in die Nähe der polnischen Grenze verschoben worden. Es ist eine Stadt im Osten, umgeben von öffentlicher Armut, von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Existenzangst. Die Realität ist aus ihren Systemgrenzen entlassen worden und präsentiert sich in rohen Gegensätzen, in Gegensätzen von einer Art, wie sie noch niemand gekannt hat. Der *Ostverschiebung* der Stadt folgte aber keine Umorientierung in der Politik und der Bevölkerung. Die politischen Programme und Formeln fingieren die Fort-

setzung des westlichen status quo und versprechen die »möglichst rasche« Anpassung des Ostens an den Westen. Nur die flottierende Angst nimmt wahr, daß eher das Gegenteil droht.

Das Ergebnis der Abgeordnetenhauswahl am 2. Dezember spricht eine klare Sprache. Bei der Wahlbeteiligung allein übertraf West-Berlin Ost-Berlin um ganze zehn Prozent – bei einem vergleichsweise unspektakulären Wahlkampf. Für die West-Berliner vor allem stand also etwas zur Wahl. Während die Sozialdemokraten in Ost-Berlin zulegten, brachen sie in West-Berlin völlig ein. Schon dieses dramatisch geteilte Wahlverhalten in der vereinten Stadt legt den Schluß nahe, daß es nicht um Parteiprogramme ging. Die CDU hat kaum mehr Perspektiven als der Wutausbruch eines Taxi-Fahrers im Stau: Ausländerfeindschaft, Angst vor der wachsenden Kriminalität und natürlich die Empörung über den Stau selbst. Mit anderen Worten: die CDU redete in alten vertrauten Feindbildern über die neue unvertraute Realität. Sie konnte das erfolgreich tun, weil es in der damaligen rot-grünen Koalition niemanden gab, der Kraft, Mut und Weitblick hatte, um Klartext zu reden. Niemand machte den Berlinern klar, daß sich unwiderruflich alles mit der Aufhebung der Ost-West-Teilung geändert hat; daß die Straßen überfüllt bleiben werden, daß Immigrantenströme sich nicht aufhalten lassen und daß die öffentliche Ordnung unter immer neuen Belastungen stehen wird.

Nach der Wahl einigten sich Sieger und Verlierer, die ALTERNATIVE LISTE mit eingeschlossen, sehr schnell darauf, daß es die Straßenkämpfe und die Räumungen der besetzten Häuser in der Mainzer Straße in Ost-Berlin gewesen waren, die zur Flucht in die CDU führte. Das ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Das kurze Spiel mit dem Bürgerkrieg in Friedrichshain war gewiß ein Weckruf. Aber nicht so sehr die bedrohte Ordnung trat da in die Öffentlichkeit, sondern die bedrohliche Realität. Das Abenteuer Spiel à la Kreuzberg mit den Streetfightern und ihren Haßkappen verstörte weniger als die

verstörten Anwohner selbst, deren existentielle Verzweiflung plötzlich durch die Medien ging. Schockartig wurde der Stadtteil Friedrichshain zum Synonym für eine denkbare Zukunft Berlins. Das mußte den West-Berliner alarmieren, dessen städtisches Ideal etwa im Bezirk Steglitz, im Standard einer saturierten westdeutschen Provinz also, verwirklicht ist. Es war eine Wahl West-Berlins gegen Ost-Berlin, Steglitz gegen Friedrichshain, eine Wahl gegen die Verrostung der Stadt.

Der These von der Angstwahl ist in der Öffentlichkeit kaum widersprochen worden. Ein derartiges Wahlergebnis legt jedenfalls nahe, es als Indiz für die innere Verfassung der Stadt zu lesen – und das ist Anlaß genug für die allergrößte Beunruhigung, ganz unabhängig von den parteipolitischen Orientierungen. Genaugenommen haben die West-Berliner sich so verhalten, wie die DDR-Bürger bei der Wahl am 18. März 1990: Sie haben sich mit der Wahl an Bonn gewandt. Die Wahl war ein lobbyistischer Appell. Nur zu logisch, daß die Spitzenkandidaten von CDU und SPD, Diepgen und Momper, gleich zur Aufnahme der Koalitionsverhandlungen in Bonn antichambrierten, um über die Fortsetzung der Berlinsubventionen und die sechs Milliarden Mark Finanzhilfe für Ost-Berlin zu verhandeln. Auch die hundert Seiten der Koalitionsvereinbarung sind genaugenommen ein lobbyistisches Dokument. Haushaltsansätze und politische Konzepte stehen unter dem generellen Vorbehalt der finanzpolitischen Entscheidungen in Bonn. Keine Rede also von einem »Neuanfang« bei Besinnung auf die »eigene Kraft«, weder bei der Politik noch bei der Bevölkerung.

Nun gibt es keinerlei Zweifel, daß das drohende chronische Defizit der öffentlichen Haushalte in Berlin und Umland den größten Schrecken auslösen muß und alle Regeln bisheriger Politik durchbricht. Es drohen ja nicht nur Subventionsabbau in West-Berlin und niederschmetternd geringe Steuereinnahmen in Ost-Berlin und Brandenburg. Die öffentlichen Haushalte stehen unter ei-

Frühe Texte der Moderne

Herausgegeben von Jörg Drews, Hartmut Geerken und Klaus Ramm

Raymond
Queneau
Striche,
Zeichen
und
Buchstaben



Frühe Texte der Moderne
edition text + kritik

Raymond Queneau

Striche, Zeichen und Buchstaben

Aus dem Französischen
übersetzt und herausgege-
ben von Eugen Helmlé

263 Seiten, DM 48,--
ISBN 3-88377-363-8

Der Band versammelt Werk-
stattberichte, Essays zur
Weltliteratur, Stimmungsbil-
der aus Krieg und Nach-
krieg, Piktogramme und
skeptische Untersuchungen
der »Schprache«.

Raymond Queneau

Une histoire modèle / Eine Modellgeschichte

Französisch / Deutsch
Übersetzt und herausgege-
ben von Eugen Helmlé

151 Seiten, DM 27,--
ISBN 3-88377-211-9

Verlag edition text + kritik GmbH
Levelingstraße 6a, 8000 München 80

Paul van Ostaijen Besetzte Stadt

Frühe Texte der Moderne
edition text + kritik



Paul van Ostaijen

Besetzte Stadt

Niederländisch / Deutsch
Übersetzt und herausge-
geben von Hansjürgen
Bulkowski

etwa 320 Seiten, ca. DM 45,--
ISBN 3-88377-380-8

Unter dem Eindruck von
Expressionismus und
Dadaismus formte Ostaijen
das Erlebnis der deutschen
Besetzung Antwerpens zu
einer Metapher für den kul-
turellen und politischen
Umbruch Europas, für die
desintegrierte Gesellschaft
der Moderne. Wortfrag-
mente, Satzketten, lyrischer
Tonfall, Slogans, Reklame,
Film – die über die Seiten
verstreuten, montierten,
arrangierten Buchstaben,
Wörter, Wortgruppen schaf-
fen in wilder und freier
Rhythmisierung den spezifi-
schen Raum dieser mit-
reißenden, aber auch
furchterregenden Großstadt-
dichtung.

nem noch immer unabschätzbaren Finanzierungsdruck durch völlig neuartige Probleme: Zusammenbruch der Infrastruktur, Sanierungsbedarf in der Umwelt und allen sonstigen Ausstattungen städtischer Zivilisation, Finanzierung des Verwaltungsneuaufbaus und des *Abbaus* einer Verwaltung, in der bekanntlich doppelt so viele Angestellte beschäftigt waren wie im Westen, ganz abgesehen von der heraufziehenden Massenarmut. Berliner Politik wird, so könnte man schließen, auf lange Zeit hin keine andere Alternative haben als die, eine Politik der Geldbeschaffung zu sein. Das ist jedenfalls die *raison d'être* der Großen Koalition, und selbst die Alternativen sehen sich selbst nicht als Alternative, sondern sind offenkundig froh, nicht in der Verantwortung zu stehen.

Aber ist das Verschwinden der Politik im Lobbyismus wirklich so plausibel? Gibt es nicht neben dem uferlosen Meer ungeahnter Probleme nicht auch eine historische Herausforderung? Neben dem alle Gedanken verschluckenden Defizit nicht auch wirklich den »Neuanfang«? Oder: Soll die neue Metropole aus dem Geist des Defizits entstehen? Die alte und die neue Regierung versuchen jedenfalls, den Anspruch Berlins, Regierungssitz zu sein, aus dem Defizit zu begründen. Die zentrale These im Koalitionspapier lautet: die »möglichst rasche Herstellung gleicher Lebensverhältnisse nach dem Standard der westlichen Bezirke«. Ein obligatorischer Satz, der kaum etwas mehr ist als ein Pfeifen im dunklen Wald. Als zentrale Aussage in einem Regierungsprogramm ist dieser Satz eine Lebenslüge, Ausdruck für die innere Bereitschaft, sich etwas vorzumachen. Und diese Lebenslüge wird auch dadurch nicht wahr, weil die Berliner Öffentlichkeit sie schluckt oder gar selbst praktiziert. Gleichzeitig reden die Politiker aller Parteien ganz selbstverständlich, fast affirmativ davon, daß sich im Osten der Stadt »sozialer Sprengstoff« anhäufe, daß große »soziale Verwerfungen« drohen. Jetzt schon liegt auf den Haushalten der einzelnen Ressorts eine zehnprozentige Ausgabensperre. Das heißt: zehn

Prozent fehlen schon mal bei der »Beibehaltung des westlichen Standards«. In den Städtischen Bädern einiger Bezirke ist deswegen schon die Badetemperatur gesenkt worden. Kleine symbolische Anfänge des großen Fröstelns.

Was also ist schiefgegangen? Woher kommt der krude, dimensionslose, ideenlose Realismus in der Politik, in der Öffentlichkeit, in der Bevölkerung? Die Stadt scheint nicht vor einer Zukunft zu stehen, sondern rettungslos den Problemen der Gegenwart verfallen zu sein. Nicht Analyse ist angesagt, sondern Vergegenwärtigung der Realität.

Berlin 1991 ist eine getrennte Stadt. Die Mauer und die sonstigen Apparaturen der Trennung sind aufgehoben, die Trennung selbst ist übergegangen in das Verhalten und das Bewußtsein der Menschen selbst. *Das geborstene Gehäuse* - diesen Titel fand der Bürgerrechtler Jens Reich für die DDR. Aber auch das Gehäuse West-Berlins ist geborsten. Beide, Ost-Berliner und West-Berliner, scheinen diesen Tatbestand einander vorzuwerfen. Sie machen keineswegs den Eindruck, daß sie glücklich sind, im gemeinsamen Stadtraum zu leben; geschweige denn, daß sie versuchen, gemeinsam zu leben. Im Westen ist das Reden über den »Ossie« und seine merkwürdigen ethnologischen Merkmale aggressiver, verachtungsvoller geworden. Die »Ossies« stehen unter dem Generalverdacht der Stasi. Halten sie zusammen gegen die Westler, sind sie schon eine »Seilschaft«. Die »Ossies« reden ihrerseits von den »Besserwessies«, von »Kolonisation«, von »Siegergebärden«. Kommt ihr realsozialistisches Leben zur Sprache, geben sie zu, daß sie »aus heutiger Sicht« es auch anders sehen. »Nach Maßgabe der Verhältnisse« hätten sie sich so und nicht anders verhalten müssen. Und manchmal, ganz tonlos heißt es: »So schlecht hatten wir es doch nicht.«

Die Trennung nimmt zu. Die Protagonisten der demokratischen Revolution gibt es nun nicht mehr zu entdecken. Sie selbst haben sich ohnehin in ihre Dissidentenszene, in ihren »Prenzelberg« zurückgezogen. Der Westler versucht nicht

mehr Ost-Berlin kennenzulernen. Er weiß inzwischen, daß dort die Gastronomie nach wie vor schlecht oder teuer ist. Warum sollte er in einer *einfachen* alltäglichen Art sich im Osten bewegen? Er träfe dann doch nur auf die gedämpfte, sprachlose Verzweiflung, auf Menschen, deren Existenz bedroht ist, die aber offenbar keine Sprache haben, um für ihre Lage zu werben. Es würde genügen, einmal im Osten den alltäglichen Einkauf zu machen, um mit Schrecken festzustellen, daß die Ost-Berliner sich wie Immigranten im eigenen Land bewegen. Aber wenn der Westler in den Osten geht, dann, um Institutionen »abzuwickeln«, um zu »evaluieren«, um zu schulen, um Geschäfte zu machen. Und für den Ostler ist es ausgemacht, daß kein Westler einen »Ossie« als Vorgesetzten dulden würde. Im Gegenteil, er erlebt, daß die Stadt, die er in der Herbstrevolution beinahe in Besitz genommen hatte, Stück für Stück ihm weggenommen wird. Gerade das urbane »Futter«, die Kneipen, die kleinen Läden, die Cafés werden jetzt durch die Treuhandanstalt meistbietend vergeben. Meistbietend ist natürlich der Westler. Aber gerade diese »Objekte« des Mittelstandes wären praktisch die einzige Chance für den »Ossie«, seine Kräfte in der freien Marktwirtschaft zu erproben.

Ein kaum beachteter, aber gleichwohl symbolischer Vorgang! Das einzige wirkliche italienische Restaurant in der ehemaligen DDR, das »Fioretta« in Köpenick, durchgekämpft und gehalten von der zähen Leidenschaft seiner Besitzerin, wird nun an einen Westler verkauft werden. Kein Wunder, daß sich im Osten die Meinung breitmacht, daß man nur als Konsument und Objekt der Sozialhilfe in Frage komme. »Besinnung auf die eigene Kraft«? Wie sollte bei zunehmender Entfremdung die Idee einer gemeinsamen Kraft entstehen? Da sind gemeinsame Ideen verlangt. Das sehnsuchtsvolle Hungerleiden nach dem Regierungssitz reicht nicht aus. Genaugenommen herrscht nur eine Idee: die Idee der Anpassung; der Anpassung des Ostens an den Westen und die Idee der Anpas-

sung an die neue Lage. Die Vereinigung der Stadt schafft eine bedrohliche Dissoziation in Täter und Opfer der Vereinigung.

Zweite Annäherung: In welcher Stadt lebt das vereinte Berlin? Die Frage mag absurd klingen. Aber vereint ist die Stadt im Grunde nur im Stau, nur deswegen, weil die direkteste Nord-Süd-Verbindung durch die Ost-Berliner Innenstadt führt. Aber beispielsweise das künftige innerstädtische Zentrum, der innerstädtische Salon, einst »Gendarmenmarkt«, jetzt »Platz der Akademie« genannt, ist nach wie vor unentdeckt. Da herrscht Totentanz – und das in einer Stadt, der es wahrscheinlich an schönen Plätzen mangelt. Die vereinte Stadt ist noch nicht bezogen worden, nur die beiden Stadthälften werden bewohnt. Es gibt einfach noch kein *gemeinsam erlebtes* Stadtzentrum, wie es auch kein *gemeinsam erlebtes* Stadtbild gibt. Die Mauer hatte die durch Bomben, Nachkriegszeit, Hauptstadtattitüden und Verkehrsplanungen ruinierte Stadt eingefaßt. Jetzt stoßen die Sedimente geteilter Stadtplanungen, die Produkte von Stadtideen, die hüben und drüben sich über das ruinierte historische Stadtbild hermachten, roh aufeinander. Man betrachte nur einmal die Innenstadt: das sind die Hochhausbunker der SED-Funktionäre entlang der Magistrale der Leipziger Straße, da ist die Kitschreproduktion des historischen Nikolaiviertels, da sind die diffusen Stadträume, die die monströsen Anstrengungen der »Hauptstadt der DDR« geschaffen haben, da sind die postmodernen Stadtrekonstruktionen durch die IBA, die den Rücken dem historischen Zentrum zukehren, da ist der Verfall im ehemaligen jüdischen Scheunenviertel, da ist Idylle der Stadtsanierung in Kreuzberg. Und zwischen diesen städtebaulichen Verwerfungen die innerstädtischen Brachen und Peripherien, in denen sich die fliegenden Händler aus dem neu aufgetauchten Mitteleuropa versammeln. Eine solche Stadt bindet nicht. Sie läßt frösteln.

Hauptstadt der Depression also? In der Tat: Berlin droht zu einer lamentie-

renden, verarmten Metropole im Osten Deutschlands zu werden, die zutiefst verunsichert ist. Die den Städtern die Identifikation verwehrt, ihre Identität erschüttert. Anders ausgedrückt: Berlin ist auf dem Wege, zum Symbol der mißlingenden Vereinigung Deutschlands zu werden, zum Symbol eines Anschlusses, der das soziale Leben, die Sicherheit aller in der Gesellschaft gefährdet. Wo also anfangen, wenn schon das allmächtige Defizit keine Spielräume mehr läßt?

Nüchtern besehen: Berlin steht noch *vor* der Vereinigung. Und die bedeutet mehr als die »Angleichung der Lebensverhältnisse«. Und: Berlin muß sich eine Idee erarbeiten, erträumen, wie die Stadt eigentlich aussehen muß, in der man in Zukunft auch gerne leben möchte. Beides gehört zusammen. Dazu bedarf es einer radikalen Wendung der Sichtweise. Mit den (unlösbaren) Problemen, die Angleichung des Ostens an den Westen, d. h. die Angleichung der Verwaltung, der Schulen, der Infrastruktur, der öffentlichen Einrichtungen etc. etc. zu finanzieren, darf nicht die historische Herausforderung verdeckt und verspielt

werden. Wenn es allein darum gehen soll, die staatlichen Institutionen und Wirtschaftsformen auf den Osten zu übertragen, dann müssen der Abbruch oder Zusammenbruch und der Neuaufbau *zugleich* finanziert werden. Dann müssen die Ost-Berliner oder Brandenburger lange warten, bis sie den westlichen »Standard« erreichen. Und zwar müssen sie warten unter der Bedingung wachsender sozialer Unsicherheit, bedroht durch Arbeitslosigkeit und steigende Mieten zum Beispiel. Vor allem aber: sie sind bloß Objekt dieser Angleichung. Es fragt sich aber, ob dieser radikale Umsturz der realsozialistischen Gesellschaft mit administrativen Mitteln tatsächlich praktikierbar ist. Aufbau eines neuen Schulwesens mit alten Lehrern und Schülern, die noch vor einem Jahr im Sozialismus lebten – ohne Experimente, ohne Partizipation der Betroffenen? »Abwicklung« der Universitäten, Zentralinstitute, Fachhochschulen ohne demokratische Auseinandersetzung und neue Ideen einer Universität? Sanierung der Betriebe ohne Arbeiterdemokratie? Neuaufbau der Verwaltung ohne Verwal-

Müllcontainer in Brandenburg

Foto: K. Prauße / JOKER



tungsreform? Neuordnung des Gesundheitswesens ohne Konzepte einer sozialen Medizin? Das westliche Angebot des staatlichen Neuaufbaus macht im Grunde nur Sinn, wenn es im Osten als Chance der Demokratie, der Umgestaltung, des großen gesellschaftlichen Experiments praktiziert werden kann. Für den Westen wiederum könnte sich daraus ein reformerischer Impuls ergeben, den er dringender nötig hat. Das jedenfalls ist die historische Herausforderung. Hinzu kommt, daß sich durch die neue Lage mit der Vereinigung und mit der Ostverschiebung der Stadt die Grundlagen der Politik radikal gewandelt haben. Die immer mehr in die Stadt sickernden Flüchtlinge aus dem Osten machen die Stadt multikulturell. Aber die alten Konzepte der Ausländerintegration, auch freundliche Visionen einer multikulturellen Gesellschaft tragen nicht mehr. Die sozialen Probleme im Osten der Stadt übersteigen die klassischen Potentiale der Konfliktbewältigung und -dämpfung, die der Sozialstaat garantierte. Auch hier gibt es keine Konzepte der staatlichen (sozialstaatlichen) Lösung mehr. Nur eine lebenskräftige Demokratie, in der sich die Leute auf die Regeln der Auseinandersetzungen verständigen, könnte auf die neue Lage reagieren.

Die hier skizzierte demokratische Herausforderung steht der historischen Realität näher als der lobbyistische Pragmatismus. Gleichwohl gelten solche Überlegungen als illusionär. Gewiß, die panikartige und administrative Vereinigungspolitik im letzten Jahr hat die demokratischen Potentiale im Osten, hat die Minderheit der Bürgerrechtler gelähmt, vereinzelt in die Verzweiflung getrieben. Die besten Momente des Anfangs sind vor lauter »historischen Stunden« verspielt worden. Aber andererseits: Aufbau eines demokratischen Schulwesens, einer öffentlichen Verwaltung, einer rechtsstaatlichen Justiz mit Menschen, die aus Existenzangst sich schulen lassen, sich anpassen, nach dem Munde reden; die gedemütigt sind, die ihre Vergangenheit, mithin einen guten Teil ihrer Identität zu verachten gelernt

haben – da muß gefragt werden, wie demokratisch, öffentlich, rechtsstaatlich werden dann diese Institutionen arbeiten? Wird damit nicht ein Milieu geschaffen, in dem Mitläufer, autoritäre Charakter und Strukturen, Seilschaften blendend gedeihen? Die Frage der Demokratie wird auf die Tagesordnung kommen. Aber so, wie es aussieht, erst nachdem die Politik der Angleichung, die Politik der Vereinigung vom Westen her gründlich gescheitert ist, d. h. erst nachdem sie einen Berg unlösbarer Probleme und die Zündung des »sozialen Sprengstoffes« zustande gebracht haben wird. In dem Falle wäre Berlin wiederum die Avantgarde der deutschen Vereinigung.

Demokratie braucht den realen Ort der Entfaltung. Sie bezieht sich auf die Realität *vor Ort*. Ein Berlin, das nicht den Traum seiner Zukunft erweckt, das nicht Gegenstand der Liebe und Hoffnung seiner Stadtbewohner ist, wird auch das demokratische Engagement für das Zusammenleben der Städter ersticken. Demokratie und Architektur, auf diese Formel läßt sich das zukünftige Schicksal Berlins bringen. Ein Gemeinwesen, das in der Misere sich nicht zu bedeutsamen Bauten der *res publica* aufzuschwingen vermag, kann kaum auf die »eigene Kraft« vertrauen. Was Berlin braucht, sind auch symbolische Handlungen. Die Erneuerung und Rekonstruktion der historischen Stadtmitte wäre ein solches Symbol. Das drohende Defizit schließt so etwas nicht aus, sondern verlangt gerade solche Initiativen (die Finanzierung wäre dann eine wirkliche Herausforderung an die Phantasie der Stadtverwaltung). Es ist löblich, daß der neue Senat in einer seiner ersten Handlungen die Sozialhilfe angehoben hat. Aber auch die Anstrengungen der *res publica* für das Bild der Stadt sind ebenso wichtig für den sozialen Frieden. – »Wo aber Gefahr ist / wächst das Rettende auch«, schrieb Hölderlin. Er nahm sicherlich an, daß die Rettung voraussetzt, die Gefahr auch sehen zu wollen. Was er sicherlich *nicht* meinte: Hoffnung fürs Antichambrieren in Bonn zu erwecken.

Das hungrige Leningrad träumt von vergangenem Glanz

Das ehemalige Petersburg, architektonisches Schmuckstück und zweite Stadt der Union, müht sich mit der Lebensmittelknappheit ab. Sein reformerischer Bürgermeister ruft zur internationalen Zusammenarbeit auf, um die Stadt zu retten und deren Bürger zu ernähren. Die Herzenstraße hat schon den Namen gewechselt und auf Entscheidung des neuen, von den »Demokraten« beherrschten Gemeinderats ihre vorrevolutionäre Bezeichnung wiedergefunden. Dafür hat die Dzerjinskistraße, benannt nach dem Gründer der zum KGB gewordenen Teheka, den ihren vorläufig behalten, vermutlich weil einige Kompromisse notwendig bleiben. An der Ecke also der neuen Bolchaya Morskaya und der Dzerjinskistraße hat sich vor einem *Produkti*-Laden die übliche Warteschlange formiert. Einzig Wurst ist heute zu kaufen, und die hundert Frauen, die sich am Tresen drängen, strecken der Verkäuferin, unfreundlich wie immer, ein Stück weißes Papier entgegen. Diese schneidet mit der Schere den Monatsabschnitt »Wurst« ab, spießt ihn über die anderen auf eine lange, hohe Nadel, wiegt rasch die anderthalb Monatskilo ab und verpackt das Ganze in tristes Papier. Kein einziges Wort, bei der Rationierung ist bereits Routine eingekehrt. Jenem *Produkti*-Laden genau gegenüber, an der anderen Straßenecke, stellt ein *Beriozka*-Laden, der nur harte Währung als Zahlungsform annimmt, in seinen Regalen alle verschwundenen und in Rußland teilweise vergessenen Produkte aus: Wodka, Kaviar, ausländische Alkoholika oder Weine, auch armenischen Cognac. Sogar Schuhe, Handschuhe, Tücher oder die berühmten, schon lange aus den Läden verschwundenen sowjetischen Uhren.

Es ist 16.30 Uhr, auf diesem hohen Breitengrad ist die Nacht bereits angebrochen, ein gewöhnlicher Tag geht zu Ende. Mitten im Stadtzentrum, zwei Schritte vom Platz des Winterpalais, wo

vor 73 Jahren alles anfang, mischen sich Rationierungskarten und Devisen zu einem Kaleidoskop dessen, was die sowjetische Wirtschaft geworden ist. Etwas weiter unten auf der Straße findet vor der Niederlassung der »Bank für Außenwirtschaftsbeziehungen« tagtäglich dasselbe Ritual zur selben Zeit statt: die Ausreisekandidaten kommen, um auf der quasi offiziellen Warteliste für den Umtausch von Rubeln in Devisen ihre Anwesenheit zu »bestätigen«. Im Schnitt muß man eine Woche bis zehn Tage warten, ehe man die Schalter erreicht; und wie es hier häufig der Fall ist, hat sich die Schlange organisiert: in der Reihenfolge des Eintreffens werden Nummern ausgegeben, aber man muß jeden Tag aufs neue seine Anwesenheit bestätigen, Pech für die Abwesenden, die ihren Platz verlieren. So wird heute abend dank der Abtrünnigen aus der Nummer 251 die Nummer 174, und von da an ruft der freiwillige Organisator – selbst auch auf der Liste – Namen und Nummern der Reihe nach auf. Die Nummer 174 schreibt sich ihr neues Matrikel auf und wird morgen wiederkommen, in der Hoffnung, noch etwas weiter vorzurücken. Am Ende der Schlange die Möglichkeit, ganze 2000 Rubel – also 2000 Francs – zu tauschen, unabhängig von der Dauer der geplanten Auslandsreise.

Die sowjetischen Rituale der Warteschlange, der Lebensmittelkarten und des Mangels haben sich eingegraben in den Alltag der zweiten Stadt der UdSSR, dem zum Schaufenster der Lebensmittelkrise gewordenen architektonischen Schmuckstück. Die beherrschende Figur der lokalen und nationalen Politik, der Bürgermeister Anatoli Sobtschak, hat die heutige Situation mit der großen deutschen Blockade von 1941 verglichen, und eine 82jährige Leningraderin gibt ihm Nachhilfe, um sich daran erinnern zu können: »Unter der Blockade gab es allerdings auch die Bomben.«

Die Stadt, in der seit dem 1. Dezember alles Wesentliche rationiert wird, offenbart in allen Bereichen die Krise des Landes. In Leningrad ist die deutsche Lebensmittelhilfe zuerst eingetroffen. In Leningrad ist ein »reformerischer« Bürgermeister dazu übergegangen, die Möglichkeiten einer Realpolitik der Verwaltung zu testen, weit weg vom Kreml, der wiederum aus Moskau, das ebenfalls von den Reformern geführt wird, einen Sonderfall macht. Leningrad schickt sich an, Vorposten der Wirtschaftsreform zu werden, indem es sich insgesamt zur liberalen *Sonderwirtschaftszone* erklärt hat. Ebenso veranschaulichen die Spaltungen zwischen Reformern, Demokraten und anderen Radikalen in dieser Stadt am besten die Verwerfungen, die im Zuge der Demokratisierung das Land ergriffen haben.

Gegenüber der Isaak-Kathedrale wird der würdevolle Maria-Palast, der ehemals zu Ehren der Tochter von Alexander I. errichtet worden ist und heute den Sowjet der Stadt beherbergt, noch von zwei gutmütigen Milizangehörigen bewacht. Die im Rat mehrheitlichen »Radikalen« hatten lebhaft protestiert, als der Bürgermeister beschloß, wenigstens diesen Anschein eines geregelten Zutritts am Gebäudeeingang zu wahren. Der Festsaal im Erdgeschoß empfängt alle Bürger, die ihren gewählten Vertretern ein Anliegen, soziale Probleme oder Vorschläge vorzutragen haben. Der freundlichen Unordnung nach zu urteilen, die im Vorzimmer des Bürgermeisters herrscht, reichen die beiden Milizionäre nicht aus, um dem Andrang zu begegnen. Mit einem Bein in Moskau, wo er einer der großen Repräsentanten der Reformkräfte im Unionsparlament ist, mit dem anderen in Leningrad, das er seit dem letzten Frühjahr regiert, wechselt Anatoli Sobtschak ständig das politische Parkett, schüttelt Hände, eilt zu Versammlungen, geheimen Zusammenkünften und Fernsehauftritten.

Sobtschak, von Hause aus Jurist, bewohnt heute als Bürgermeister nach wie vor dieselbe kleine, weit vom Stadtzentrum entfernte Wohnung, in der er lebte,

als er noch einfacher Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität war. Eine Amtswohnung gilt hier sehr schnell als eines jener »Privilegien«, die mit der alten kommunistischen Nomenklatura in Zusammenhang gebracht werden.

Trotz seiner Neigung zur radikalen Polemik, die dazu beigetragen hat, ihn bekannt zu machen, wird Sobtschak, der Gorbatschow nahesteht, heute von der hitzigen Mehrheit im Stadtrat – der ihn doch selbst ernannt hat – des Autoritarismus beschuldigt. »Autoritarismus« rufen die einen, beispielsweise Andrei Boltanski, ein 35 Jahre alter Abgeordneter, der sich als »Sozialdemokrat« bezeichnet. »Lähmende Demokratur« antwortet Sobtschak. Als Haßobjekt der Moskauer Konservativen und Sündenbock der Leningrader Demokraten kann der Bürgermeister wenigstens auf seine lokale und nationale Popularität setzen.

Ein Schlüssel zum Ruhm ist das gewiß nicht, denn die Lawine von Problemen würde jede Kompetenz außer Gefecht setzen. Die vor sich hin dämmernde Stadt träumt von ihrem vergessenen Glanz inmitten der Beinahe-Ruinen ihrer Paläste mit dem verblichenen Gold. Die Einwohner kämpfen um ihr Überleben: Zur gleichen Zeit muß ein untergehendes Kulturerbe restauriert werden – ökonomisch notwendig wegen der Devisen, die ein intelligenter Tourismus eines Tages einbringen könnte –, und die Wirtschaft der Stadt muß inmitten des im Sterben liegenden sowjetischen Systems wieder angekurbelt werden, man muß unternehmerisch wirken, während man weiterhin von der Untätigkeit der Zentralmacht abhängt. Das Netz von Zwängen strickt eine wahre Zwangsjacke, aus der sich Leningrad mit Hilfe eines Aufrufs zur internationalen Zusammenarbeit befreien will. »Wir müssen die Stadt retten, vielleicht indem wir uns die internationale Hilfe für Venedig zum Vorbild nehmen«, sagt Jelena Kataeva, eine enge Mitarbeiterin des Bürgermeisters. »Wir wollen aber nicht die Steine retten und die Menschen verlieren.« Die Kultur retten und dringend die Maßnahmen ergreifen, die den Schiffbrüchigen des Sozialismus –

Rentnern, Waisen, Behinderten, Witwen – ein Überleben erlaubten: man wäre schon bei weniger entmutigt.

In einer Stadt, in der drei Viertel der Unternehmen eng mit der Militärindustrie verbunden sind, behauptet die neue, »radikale« Stadtverwaltung, auf unerwartete Verbündete gestoßen zu sein: angeblich wolle die Vereinigung der Industriebetriebe Leningrads, die vor allem die Leiter jenes in Moskau von den »Demokraten« verächtlich gemachten »militärisch-industriellen Komplexes« einschließt, die Herausforderung annehmen. »Es sind nicht unsere Feinde, sondern unsere Verbündeten«, heißt es im Rathaus im Ton freudiger Überraschung. Nun ja, da dieser berüchtigte »Komplex« traditionell die Eliten der Industrie angezogen hat, braucht man sich vielleicht nicht zu wundern, dort Befürworter eines überlegten Übergangs zur Marktwirtschaft zu treffen, umso eher, als der zerfallende Föderalstaat häufig nicht mehr die Mittel besitzt, die Entwicklung in diese Richtung zu garantieren. Nie um eine Provokation verlegen, hat Sobtschak jüngst betont, daß, wenn er Kompetenzen braucht, er sie eher bei diesen Managern fände als bei den »Demokraten«, die ihm im Sowjet der Stadt das Leben schwer machen.

Als Zeichen der Zeit und einer sich »realistisch« gebenden Verwaltung des Desasters wird Leningrad vermutlich Leningrad bleiben. Verschiedene Abgeordnete hatten die Namensänderung beantragt. Doch, wie Jelena Kataeva betont, »ob man es will oder nicht, der Name Leningrad gehört auch zu unserer Geschichte, schon aufgrund der Prüfungen des Kriegs.« Die Blockade von Petersburg, das hat man nie gehört. Allein »Kultur«-Dokumente sprechen heute von »Leningrad-Petersburg«. Für die neue Stadtverwaltung gibt es ohnehin Dringenderes. Jemand, der Sobtschak nahesteht, resümiert es so: »Im Moment haben wir nur ein Ziel: den Winter ohne Hunger und ohne Revolte durchzustehen.« (Übersetzung: Eva Groepler)

Den Beitrag entnahmen wir der LIBÉRATION vom 3. 1. 1991

PAUL ASSALL

Die sichtbare Unordnung der Dinge

Glasgow 200 Jahre nach dem Tod von Adam Smith

Vor dem geistigen Auge des Roman-schriftstellers«, schreibt der ungarische Schriftsteller György Konrád in einem Plädoyer für eine interkommunikative Architektur in Europa, »schwebt das Bild von einer Stadt, in der die Generationen auch nach ihrem Tod durch die von ihnen geschaffene Umgebung miteinander im Dialog bleiben, wo das Persönliche seine Rechte vom Normativen zurückerobert, wo die Menschen, statt die Auspuffgase des anderen zu inhalieren, sich lieber lohnenswerte Geruchserlebnisse zuteil werden lassen, angefangen vom Essensgeruch bis hin zum Duft der Rosen.«

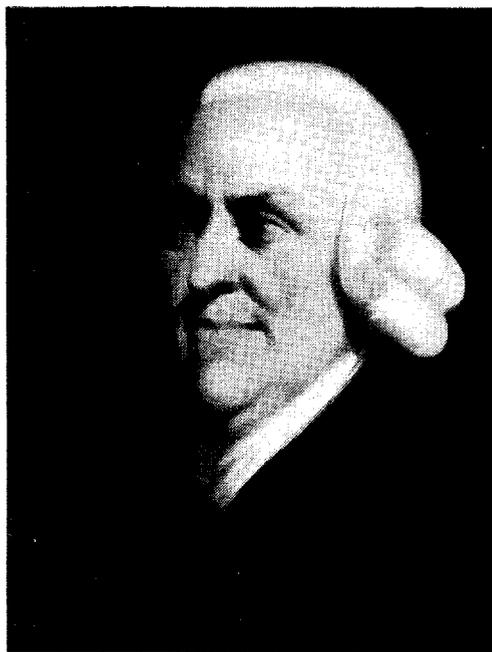
Konfrontiert man die Metropolen der Industriestaaten mit Konráds Vision von einer menschengerechten Stadt, in der nicht der scheckkartengerüstete Konsument die Herrschaft ausübt, sondern der Fußgänger, der sich selbst vergnügt, der keine Kontrakte abschließt, sondern Kontakte knüpft, der in keinen Zahlungs-, in keinem Verkehrsstrom isoliert ist, sondern den Dialog sucht, dann ist es zugegebenermaßen einfach, die schmerzliche Lücke zwischen Utopie und Wirklichkeit anzuprangern, wahrscheinlich läßt sich auch ohne Schwierigkeiten zwischen Konservativen und Sozialisten schnell Einigkeit herstellen, daß politischer Handlungsbedarf besteht, erklärt ist aber dann immer noch nicht, warum diese *ethische Lücke* überhaupt besteht.

Verdrängen wir die Möglichkeit der zumindest annäherungsweise Schließung dieser ethischen Differenz damit, daß wir ihre Existenz mit der Funktionsweise unseres Wirtschaftssystems rechtfertigen? Die moralfreie, aber freiheitlich soziale Marktwirtschaft uns die Legitimation gibt, die Freiheiten, die sich das System und die man sich in diesem System nimmt, als Gewähr für unsere Frei-

heit selbst zu sehen – mit dem Trost oder mit der Selbstbeschwichtigung, daß die Mißstände, die diese Freiheit produziert, in die Obhut der privaten Solidarität oder der staatlichen Sozialpolitik genommen werden?

Glasgow, eine der kapitalistischsten aller kapitalistischen Städte, die bis in unsere postmodernen Zeiten alle Entwicklungsphasen des Kapitalismus, alle Auf- und Abschwünge durchlaufen hat, kann über diese ethische Lücke Aufschluß geben – Glasgow, die Stadt am River Clyde, in der sich; im 16. und 17. Jahrhundert die puritanische Reformation durchsetzte und der Handel mit Lachs und Hering blühte; in der im 18. Jahrhundert die Tabakbarone märchenhafte Gewinne anhäuften; im 19. Jahrhundert die viktorianischen Kaufleute, Industriellen und Reeder von der Baumwoll-, Textil- und Schwerindustrie und von der »Clydeside«, der größten Werft der Welt damals, profitierten; die Stadt, die nach dem Zweiten Weltkrieg in eine langandauernde Agonie verfiel, die mit dem Makel der »britischen Hauptstadt der Depression« belastet war, die nur noch wegen ihrer Slums, den legendärberühmten *Gorbals*, für Aufsehen sorgte, wegen ihrer Arbeitslosigkeit, wegen ihres Images von Alkohol und Gewalt; die 1990 *Europäische Stadt der Kultur* war und die sich selber den Titel der »ersten postindustriellen Stadt Europas« verliehen hat.

Glasgow ist ein Ungeheuer; ein Ungeheuer, das lächelt. Das Ungeheuer – das sind die Vorstadtslums, von denen Glasgow umzingelt ist, die bis zu 30stöckigen Hochhäuser von Possilpark, Springburn, Blackhill, Ruchazie und Easterhouse, Hutchesontown und Castlemilk, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Gorbals ersetzen sollten, nach wenigen Jahren aber erneut zu Wohnghettos verrottet waren. Hier erreicht die Arbeitslosigkeit Spitzenwerte bis zu 70 Prozent (bei einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 20 Prozent, ein Drittel der 700 000 Einwohner Glasgows lebt von Sozialhilfe), hier im »Soweto Glasgows«, wo die Underdogs der monetari-



Adam Smith

Foto: AKG / Berlin

stischen Wirtschaftspolitik leben, wie sie Margret Thatcher jahrelang in Reinform betrieben hat, ist die Kindersterblichkeit erschreckend hoch, sterben an Lungenkrebs z. B. 40 Prozent mehr Menschen als im übrigen Schottland, beherrschen Alkohol und Rauschgift, eine hohe Kriminalitätsrate, Apathie und Hoffnungslosigkeit die Szene. Eine sichtbare Unordnung der Dinge.

Glasgows Lächeln dagegen – das sind die viktorianischen Häuser der Innenstadt, die viktorianischen Fassaden, die heute wieder, saniert und vom Ruß der industriellen Vergangenheit Glasgows befreit, in neuem ocker- oder rosabraunem, krabben- oder lachsrotem Glanz erstrahlen. Sechs Milliarden Mark hat die LABOUR-regierte Stadt in den vergangenen fünf Jahren in eine völlig neue Infrastruktur investiert, um Firmen aus dem Süden Englands und aus dem Ausland anzulocken. Mit einigem Erfolg, wenn auch die neuen High-Tech-Industrien und die internationalen Markenproduzenten des demonstrativen Konsums nur wenig zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Jedenfalls tummeln

sich heute hinter den Sandsteinfassaden der ehemaligen viktorianischen Kontore und Lagerhäuser der *Merchant City* zum Beispiel die jungen Heroen des narzißtischen Zeitalters, die *money-maker* aus dem Bank- und Börsen-, dem Medien- und Mode- und aus dem High-Standard-Konsum-Geschäft. Sie kaufen nicht in den *Barras* ein, Glasgows Ramsch- und Under-Class-Einkaufszentrum, wo das Fleisch von derb-stämmigen Metzgern noch im Auktions-Stil verkauft wird, auch nicht im St.-Enoch-Einkaufsglaspalast, wo der Middle-Class die Konsum-Ikonen der Werbewelt verkauft werden, ihr Einkaufs-Eldorado ist eher der *Prince's Square*, ein dreistöckiger Konsumtempel, Mackintoshs genialen Art-Deco-Linien nachempfunden, mit schwungvollen Treppen und verglasten Lifts, wo schottische Designer- und die internationalen Luxuswaren offeriert werden, mit denen die Upper Middle und Upper Class ihre »feinen Unterschiede« schafft, ihre Positionen in der gesellschaftlichen Hierarchie absteckt. Eine sichtbare Ordnung der Dinge.

Beide, sichtbare Unordnung und sichtbare Ordnung, das Ungeheuer und sein Lächeln, sind das Ergebnis einer Wirtschaftsethik und einer ökonomischen Kunstlehre, die sich den liberalen Prinzipien von Adam Smith verpflichtet fühlen, dem Begründer der klassischen politischen Ökonomie, dem Vater der modernen Wirtschaftswissenschaften, der – 1723 in Kirkcaldy geboren, am 17. Juli 1790 in Edinburgh gestorben – knapp 16 Jahre in Glasgow gelebt, gelernt und gelehrt hatte, zuletzt als Professor für Moralphilosophie an der Universität von Glasgow. Neben David Hume, dem skeptischen Ahnherrn der modernen Philosophie, James Watt, dem Erfinder der Dampfmaschine, Joseph Black, dem Mitbegründer der modernen Chemie, James Hutton, dem Begründer der modernen Geologie, Robert Adam, dem bedeutendsten Architekten seiner Zeit oder Adam Ferguson oder John Millar, den Schöpfern der modernen Soziologie, war in der Ökonomie Adam Smith die Größe der schottischen Aufklärung.

Die industrielle Entwicklung, der Kapitalismus, begann in Glasgow mit dem Aufschwung des Tabakhandels im 18. Jahrhundert, mit der großen Zeit der »Tabakbarone«. Die politische Union mit England 1707 hatte Glasgow den Handel mit den englischen Überseemärkten geöffnet, vor allem mit den amerikanischen Kolonien. Da die Schiffsroute von Virginia nach Glasgow 20 Tage weniger Zeit in Anspruch nahm als nach London, hatte die Stadt am Clyde Mitte des 18. Jahrhunderts praktisch eine Monopolstellung im Tabakhandel des Vereinigten Königreichs inne. Doch nicht nur Europas Tabakversessenheit brachte Glasgows Kaufleute zu Reichtum und Wohlstand, sie waren auch groß in den Sklavenhandel eingestiegen. Und sie verhöckerten Amerikas Siedlern die Güter des täglichen Bedarfs: Nägel und Schaufeln, Glas- und Lederwaren, Baumwolltextilien, Faden und Zwirn. Sie wußten den Freihandel auf den Weltmeeren zu ihren Gunsten zu nutzen.

Was für einen Aufschwung die Stadt in jenen Jahren nahm, kann allein an der Bevölkerungszahl abgelesen werden: 1701 hatte Glasgow 9 994 Einwohner, 1791 60 000. Glasgow war, zumindest nach dem Urteil von Daniel Defoe, der damals als Spion der englischen Regierung durch Schottland reiste, »die sauberste und schönste und am besten gebaute Stadt in ganz Großbritannien, London ausgenommen.« Defoe bewunderte die vier großen Hauptstraßen, die Gleichmäßigkeit der Steinhäuser mit ihren dorischen Säulen, ihren Pfeilern und Arkaden, unter denen die Kaufleute ihre Geschäfte hatten: ein Stadtbild der »Strenge und Schönheit«, »the face of trade«, »das Antlitz des Handels«. Der hatte freilich ganz verschiedene Gesichter, denn die Gesellschaftsstruktur der Stadt wies bereits sichtbare Klassenunterschiede auf, auch unter den Kaufleuten selbst.

Als am 9. März 1776 Adam Smith' Hauptwerk *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, *Eine Untersuchung des Wesens und der Ursachen des Wohlstands der Nationen*,

erschien, wurde es in Großbritannien sofort als Jahrhundertwerk begriffen, als eine Revolution zumindest des ökonomischen Denkens, als ein Werk des Umbruchs und des Aufbruchs. Seine Bedeutung liegt zunächst in der enzyklopädischen Fülle. Auf 900 Seiten, unterteilt in fünf Bücher, breitet Smith das ökonomische Wissen seiner Zeit aus. Eine Beschreibung, in die er seine Theorie einbettete.

Arbeit und Arbeitsteilung, die er an seinem berühmten Beispiel von der Nagelproduktion veranschaulichte, sind in Smith' ökonomischem Weltbild die Grundlagen für den Reichtum der Nationen – erwirtschaftet von den arbeitenden Menschen und nicht von der staatlichen Wirtschaftspolitik – initiiert. Analog seiner *Theorie der ethischen Gefühle* (*Theory of Moral Sentiments*), die er 1959 in London veröffentlicht hatte, ein Buch, das dem Zeitgeist des empfindsamen Jahrhunderts entsprach und ein großer Erfolg wurde, analog seinem Gleichgewichtsmodell der Gefühle, in dem die Leidenschaften gezügelt werden, indem sich Altruismus, Egoismus, Habsucht, Neid und Haß im aufgeklärten Eigeninteresse des nach moralischer Vervollkommnung strebenden Menschen im Gleichgewicht halten, entwickelte Smith im *Wealth of Nations* ein Gleichgewichtsmodell der ökonomischen Interessen.

Durch die *Invisible Hand*, durch die *Unsichtbare Hand* des Marktes werden in Smith' Modell die ökonomischen Interessen zum Ausgleich gebracht, und zwar so, daß sich bei unbeschränktem Wettbewerb, bei vollständiger Konkurrenz, auf den Märkten der natürliche Preis, der Gleichgewichtspreis einstellt, Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Die wirtschaftlichen Antriebsfedern der Menschen sind deren Eigennutz, deren Eigeninteressen: »Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen«, schreibt Smith, »sondern davon, daß sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigen-

liebe.« Diese Eigeninteressen sind es, die zum Gemeinwohl, zum Wohlstand der Nationen beitragen, dadurch, daß sie von der *Unsichtbaren Hand* durch das Medium Markt transformiert werden, von zerstörerischen Leidenschaften in aufbauende Tugenden umgewandelt werden. »Alle, die jemals vorgaben, ihre Geschäfte dienten dem Wohl der Allgemeinheit«, schreibt Smith weiter, »haben meines Wissens niemals etwas Gutes getan.«

Mit der Metamorphose der eigennützligen Interessen in das Allgemeinwohl, indem Smith nicht mehr länger von privaten Lastern sprach, wie noch Mandeville in seiner *Bienenfabel* zum Beispiel, indem er in seiner politischen Ökonomie nur noch die neutralen Begriffe »Interesse« oder »Vorteil« benutzte, brachte er die ethischen Konnotationen, die jahrhundertlang mit dem Erwerbs- und Gewinnstreben verbunden waren, endgültig zum Verschwinden. Indem er mit dem Terminus »Interesse« den Unterschied zwischen Gut und Böse aus der Theorie eliminierte, entmoralisierte Adam Smith die Ökonomie. Nachdem im Zuge der Reformation und der Aufklärung die Tätigkeit des Kaufmanns und Bankiers, dessen Erwerbs- und Gewinnstreben bereits philosophisch und politisch gerechtfertigt worden war, lieferte nun Adam Smith, so Albert O. Hirschmann in seiner Studie *Leidenschaften und Interessen – Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, in *The Wealth of Nations* die »ökonomische Rechtfertigung für die ungehinderte Verfolgung individueller Eigeninteressen«. Die Trennung von Moral und Ökonomie war vollzogen. Die Diskrepanz von Moral und Ökonomie, die »ethische Lücke«, erhielt ihre Legitimation.

Diese Entmoralisierung lag jedoch keinesfalls in Adam Smith' Absicht, sie vollzog sich erst in aller Schärfe im 19. und 20. Jahrhundert unter Berufung auf ihn, indem sein sozialphilosophischer Entwurf zum schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus ideologisiert wurde. Smith war kein Theoretiker des *Laissez Faire*, kein Vorläufer des *Manchester-Kapitalismus*. Im *Wealth of Nations*

finden sich genügend Passagen, in denen bereits die Konturen einer sozialen Marktwirtschaft aufscheinen. Man muß daher für ihn Einspruch dagegen erheben, daß sein *Wohlstand der Nationen* zum Gebetsbuch der industriellen Revolution, zum Kapitalismus gemacht wurde und vom Neokonservatismus heute gemacht wird.

Nachdem in Glasgow der Tabakhandel wegen der Unabhängigkeit der amerikanischen Kolonien zum Erliegen kam, brachten die Baumwoll-, die Textil- und die Schwerindustrie sowie der Schiffbau neuen Reichtum in die Stadt. Der viktorianische Unternehmer betrat in Glasgow, in ganz Großbritannien die Szene. Er und die nachfolgenden Kapitalistengenerationen vollzogen die Entmoralisierung der Ökonomie in der wirtschaftlichen Praxis. Die Folgen sind bekannt: Die Industriegesellschaft polarisierte sich, die Kapitalisten wurden immer reicher, das ausgebeutete Proletariat, da hatten Marx und Engels vollkommen recht, immer ärmer.

Heute haben die Industriestaaten zwar einen Wohlstand wie noch nie in ihrer Geschichte erreicht, doch ist dieser Wohlstand immer noch höchst ungleich verteilt. In den Industriestaaten hat sich eine Entwicklung zur Zweidrittelgesellschaft angebahnt, in der den vermögenden, gut verdienenden Schichten eine chronische Millionenarbeitslosigkeit gegenübersteht und immer mehr Menschen an die Peripherie der Gesellschaft gedrängt und ausgegrenzt werden – von Land zu Land in unterschiedlichem Ausmaß, je nachdem, wie eng die sozialstaatlichen Netze geknüpft sind.

Eine Entwicklung, die Adam Smith nicht angelastet werden darf, die auch seine »Jahrhundert-Leistung« nicht schmälert, die aber doch auf Schwachstellen seiner Theorie verweist. Smith, der auf die wohlstandsfördernden Mechanismen des Marktes und auf das Streben des Menschen nach Aufgeklärtheit setzte, hatte sowohl die menschliche Natur, als auch die Regulierungskraft des Marktes unterschätzt, aber auch die Sprengkraft der Industriellen Revolu-

tion, die er im *Wealth of Nations* kaum zur Kenntnis genommen hat, deren Dynamik damals aber auch noch nicht abzusehen war. Jedenfalls erkannte er nicht, daß sowohl dem Menschen als auch dem Markt und dem industriellen Wachstum selbstzerstörerische Kräfte innewohnen, die sich als stärker erweisen sollten als sein liberales Gleichgewichtsmodell, daß beispielsweise Macht auch Macht kaufen wird, um ihre Einzel- oder Gruppeninteressen auf Kosten des Allgemeinwohls durchzusetzen, der Mensch – das ist die Schwachstelle in Smiths *Theorie der ethischen Gefühle* – offenbar doch eher zum »rücksichtslosen« Egoismus als zum »aufgeklärten« Egoismus neigt, die *Unsichtbare Hand*, die im *Wealth of Nations* zum Gemeinwohl führt, im Dschungel der Realität doch nicht die Kraft zur sichtbaren Ordnung der Dinge aufbringt, sondern vielmehr zur sichtbaren Unordnung der Dinge beiträgt. Erst recht in der Welt von heute, in der Welt der Großkonzerne, der vermachteten Märkte, der Lobby- und Interessenverbände, in der Welt des Konsumfetischismus mit seinen manipulierten und sich eskalierenden Bedürfnissen, die das Wachstum antreiben, mit immer verheerenderen ökologischen Konsequenzen.

Zwei Alternativen zu Adam Smith' liberalem Konzept sind sowohl in der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie als auch in der politischen Praxis bisher aufgebieten worden, um die Einbrüche des kapitalistischen Systems zu beseitigen bzw. zu korrigieren: der sich auf Karl Marx berufende Staatssozialismus mit seiner planwirtschaftlichen Bürokratie und der Staatsinterventionismus von John Maynard Keynes. Beide haben sich zur Bewältigung der Probleme des Spätkapitalismus als untauglich erwiesen. Der Staatssozialismus hat moralisch wie funktionell abdanken müssen, der Keynesianismus scheiterte an der Komplexität und an der Vermachtung der modernen Industriegesellschaften. Was die Steuerung der Wirtschaft angeht, befinden sich die Regierungen also offenbar zwischen Markt und Plan in einer aus-

sichtslosen Situation. Die Steuerung der Ökonomie über den Markt und durch die *Unabhängige Hand* (Smiths trotz allem genialer Gedanke, letztlich das Grundgesetz der Marktwirtschaft, da die wirtschaftenden Individuen jeder Planungsbürokratie überlegen sind), ist konstitutiv für die Freiheit nicht nur für die Sphäre der Wirtschaft, sondern für die Demokratie insgesamt. Andererseits besteht die unbestreitbare Notwendigkeit der Planung, um die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu begrenzen. Zunächst also müßte das Spannungsverhältnis zwischen Markt und Plan neu austariert, die Frage »wieviel Markt ist möglich und wieviel Plan ist nötig« neu gestellt werden.

Eine Neuvermessung, die allerdings nur dann Sinn haben und effizient sein kann, wenn die Ent-Moralisierung der Ökonomie aufgehoben, die Ökonomie wieder re-moralisiert wird. Zu Geld und Macht müßte der Faktor Moral oder, anspruchsloser ausgedrückt: der Faktor »Solidarität« treten, damit die *ethische Lücke* zumindest sukzessive verringert werden kann. Anders werden die Gebrechen der modernen Industriestaaten, die Probleme der Beschäftigung, des Sozialstaats, des sozialen Wandels (man denke an die Arbeitszeitverkürzung oder an die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen), werden die Probleme der Ökologie und des Wohlstandgefälles zwischen Erster und Dritter und Vierter Welt nicht bewältigt werden können. Die ideologische Rede vom besten aller Wirtschaftssysteme, das auf die Stabilisierung der Status-Quo-Machtverhältnisse aus ist, muß durch die moralische Rede abgelöst werden – nicht im Sinne einer fundamentalistischen Gewißheit, keiner transzendenten und keiner säkularen, sondern im Sinne einer Sensibilität für die Probleme, die unsere Lebensgrundlagen gefährden und im Sinne eines Mit-Leidens, einer Solidarität mit denjenigen, die unter unserem Wirtschaftssystem leiden müssen.

Diese Sensibilisierung zu einer erhöhten Solidarität wird auf keinem staatssozialistischen Verordnungswege

in Gang gebracht werden können und auch nicht durch einen sozialstaatlichen Kompromiß von Staat, Gewerkschaft und Unternehmerverbänden, er muß vielmehr auf der Mentalitätsebene oder sagen wir ruhig zur Rehabilitation von Adam Smith: auf der Gefühlsebene stattfinden. Die Ent-Moralisierung der Ökonomie hat Jahrhunderte gedauert, für ihre Re-Moralisierung haben wir wahrscheinlich nicht mehr allzu viel Zeit. Erst wenn uns diese Re-Moralisierung der Ökonomie gelingt, werden wir uns jedenfalls dem Stadtbild annähern, werden wir uns vielleicht in der Stadt bewegen können, die dem ungarischen Schriftsteller György Konrad in seinem Plädoyer für eine interkommunikative Architektur in Europa vorschwebt.

BARBARA KLAIN

Der Warschauer Kulturpalast

Am 12. Juli 1951 notierte der Chefarchitekt Warschaus, Jozef Sigalin, in seinem Taschenkalender: »Vertraulich von H. M. vor der Rundfahrt mit WMM«. »WMM« steht für Wiaczeslaw Michajlowicz Molotow, der gerade Warschau besuchte, »HM« für Hilary Mine, den mächtigen Minister in der Bierut-Regierung. Die vertrauliche Nachricht betrifft einen Vorschlag Stalins, in Warschau einen Wolkenkratzer im Stil der Moskauer Hochhäuser zu bauen. Die Rundfahrt hat stattgefunden, ebenso das angekündigte Gespräch. Auf die Frage von Molotow: »Was würden Sie von einem Wolkenkratzer wie dem unseren in Moskau für Warschau halten?« antwortete Sigalin – »Warum nicht?« Drei Wochen später wurden Sigalin und der Stadtplaner Zygmunt Skibniewski von Premierminister Jedrychowski beauftragt, so schnell wie



Sala Kongresowa im Warschauer Kulturpalast

Foto: Stanislaw Klimek

möglich einen Standort für ein Gebäude in Stil und Größe der Moskauer Lomonosow Universität zu finden. Da es sich um ein Geschenk Stalins handelte, war die Sache von höchster Dringlichkeit. In drei Tagen sollte ein Vorschlag vorliegen.

Im Jahre 1951 war es nicht schwer, in Warschau ein leeres Grundstück von entsprechender Größe zu finden. Auch fünf Jahre nach dem Krieg war die Stadt immer noch ein Trümmermeer. Die Zerstörung Warschaus im Krieg war einzigartig. Im September 1939 fielen 10 % der Stadt den deutschen Bomben zum Opfer. Weitere 15 % wurden 1943, nach der Niederlage des Ghetto-Aufstands, dem Erdboden gleichgemacht. Der Warschauer Aufstand im Sommer 1944 hat die Stadt 15 % der Bausubstanz gekostet. Das ungeheure Zerstörungswerk wurde in den letzten drei Monaten 1944 von den »Sprengkommandos SS« vollendet, mit peinlicher Genauigkeit haben sie

das, was noch erhalten war, systematisch Block für Block in die Luft gesprengt. Insbesondere wurden Baudenkmäler, Kirchen und Bibliotheken zerstört. Als die Rote Armee am 17. Januar 1945 in Warschau einmarschierte, war die polnische Hauptstadt zu 80 % Schutt und Asche.

Man hat sich damals gefragt, ob es überhaupt möglich sei, diese von Hitler zu Tode verurteilte Stadt wieder aufzubauen. Die Zweifel wurden schnell zerstreut. Die Regierung Bieruts stellte dann auch den Wiederaufbau Warschaus ins Zentrum ihres Programms. Sie wollte auf diese Weise die Unterstützung der polnischen Gesellschaft, die ihr sehr skeptisch gegenüberstand, gewinnen. Auch brüderliche Hilfe seitens der Sowjetunion wurde versprochen: Auf Befehl Stalins sollten 50 % aller Wiederaufbaukosten von den Sowjetischen Republiken Ukraine, Weißrußland und Litauen getragen werden. (!) Ob die Kosten sich als zu hoch erwiesen haben oder die oben genannten Republiken wenig Begeisterung für Warschau aufbringen konnten, ist nicht klar. Eins ist sicher, dieses Versprechen wurde nie eingelöst, auch wenn die polnischen Stadtplaner lange Nächte darüber diskutierten, was für das versprochene Geld gebaut sein sollte: moderne Arbeiter-Siedlungen oder ein fortschrittliches Verkehrssystem? Das Ergebnis dieser Diskussionen haben sie sauber auf Russisch tippen lassen und in rotes Leder gebunden in den Kreml geschickt. Einer der Autoren dieser Vorschläge, Prof. Zygmunt Skibniewski, bemerkte 1989: »Die Antwort ist bis heute nicht gekommen.« Oder doch. Sie kam 1951 als das von Molotow angekündigte Geschenk Stalins für Warschau. Das Geschenk löste in Warschau einiges Unbehagen aus – in einer Stadt, die sich gerade mühsam aus den Ruinen erhob, einen riesigen Kulturpalast zu bauen – ein Koloß in der Wüste!

Die polnische Regierung hatte damals keine Illusionen über die mögliche Reaktion der polnischen Gesellschaft auf ein so deutliches Zeichen der sowjetischen Anwesenheit an der Weichsel. Und

last but not least hatte man noch das »Geschenk« des russischen Zaren in Erinnerung, eine riesige russisch-orthodoxe Kirche, die in den letzten Jahren der russischen Herrschaft 1912 in Warschau errichtet und gleich 1918 im unabhängigen Polen von Freiwilligen wieder abgetragen wurde. (Einer der freiwilligen Helfer bei den Abrißarbeiten war übrigens der junge Architekturstudent Zygmunt Skibniewski.) Gemischte Gefühle beiseite, das Geschenk Stalins wurde natürlich mit Dankbarkeit angenommen!

Die beiden polnischen Architekten haben ohne große Mühe ein repräsentatives Grundstück an der Kreuzung der Marszalkowska Straße und der Aleje Jerozolimskie gefunden. Die Schwierigkeit lag in den äußerst mageren Angaben zum Gebäude selbst. Alles, was ihnen zur Verfügung stand, war eine Nummer der Zeitschrift ARCHITEKTURA I STROITELSTWO mit Fotos und einigen Plänen der Moskauer Wolkenkratzer, leider ohne Maßstab. Sie mußten also rätseln über die Größe des versprochenen Geschenks. Vielleicht ist das ein Grund dafür, weswegen sie einen so großen Platz vorgese-

hen haben. Er erhielt später den Namen Stalinplatz und wurde mit seinen 50 ha Fläche der größte Platz Europas. Seine Ausmaße von 500 mal 700 Meter können sogar dem Roten Platz, der »nur« 160 x 400 Meter groß ist, Konkurrenz machen.

Dieser Platz im Zentrum der Stadt sollte noch ganzen Generationen polnischer Architekten Kopfschmerzen bereiten, aber verweilen wir zunächst einmal im Jahre 1951. Am 30. September 1951 kam eine Delegation der sowjetischen Architekten nach Warschau mit Lew Rudniew, Architekt der Lomonosow Universität in Moskau, der auch für das Warschauer Projekt die Leitung übernehmen sollte. Die fünfköpfige Delegation aus Moskau reiste nach Polen, um sich ein Bild über das Wesen der polnischen Architektur zu machen. Die Parole lautete: »Architektur soll sozialistisch im Inhalt und national in der Form sein.« Um ihr gerecht zu werden, machten sie sich auf den Weg und besichtigten das, was von der typisch polnischen Architektur nach dem Krieg noch erhalten war, hauptsächlich Krakau und seine Umgebung. Wenn man heute die architektoni-

Foyer im Kulturpalast

Foto: Stanislaw Klimek



schen Details des Kulturpalastes betrachtet, ist klar, warum sie so sehr an die Krakauer »Sukiennice« und an das Rathaus in Chelmino erinnern.

Lew Rudniew (1886–1956), ein Absolvent der Akademie der Schönen Künste in Petersburg, war bestens darin ausgebildet, mit historischen Architekturelementen zu arbeiten. Er hatte gerade im Sommer 1951 zwei große Projekte beendet: die Lomonosow Universität in Moskau und das Regierungsgebäude in Baku. Jetzt bereitete er sich mit großem Elan auf die neue Aufgabe vor, gleichermaßen ein sozialistisches und ein polnisches Gebäude zu bauen. Er selbst war von Polen und der polnischen Kultur so begeistert, daß er schnell die Sympathie der polnischen Kollegen gewann.

Für die Russen waren die Praktiken des *Sozialistischen Realismus* nicht neu, bei den polnischen Architekten stießen sie allerdings noch auf große Verwunderung. Das freie Ausleihen architektonischer Details und ihre Kombination in einem Projekt nannte man in Polen Eklektizismus. Sie wurden aber freundlich darüber belehrt, daß es sich beim Sozialistischen Realismus um das Fortschrittlichste handle. Außerdem gibt es auch in Polen das Sprichwort, daß man einem geschenkten Gaul nicht ins Maul schaut.

Zur Festlegung der Gesamthöhe des Gebäudes versammelten sich dann alle Architekten auf dem gegenüberliegenden Weichselufer und beobachteten einen Doppeldecker, der mit einem großen Luftballon über den Standort des zukünftigen Palastes flog. Sie konnten sich über Radio mit dem Pilot verständigen. Erste Höhe: 100 Meter, zweite 110, dritte 120, da sagte Rudniew: »Das ist genug, das ist gut für Warschau.« Aber die Polen, plötzlich von der Höhe begeistert und den Traum vom zukünftigen, modernen, großstädtischen Warschau vor Augen, wollten weiter gehen. 130, 140, . . . endlich bei 160 waren sich alle über die Höhe des Palastes einig. Das Gebäude mit dem Turm ist tatsächlich 160 m hoch, die Spitze 70 m, insgesamt 220 m.

Der Kulturpalast in Warschau ist in

geradezu »amerikanischem Tempo« entstanden. Bereits Mitte April 1952 wurde die Konzeption der polnischen Regierung vorgestellt. Am 18. April hat man die polnischen Architekten zu einer Diskussion in den Säulensaal im Regierungssitz eingeladen, an der auch die Regierungsvertreter und die Autoren des Projektes teilgenommen haben. Die Protokolle davon sind im Warschauer Archiv erhalten. Der blumige Stil der Diskussionsbeiträge und der allgemeine Enthusiasmus spiegeln auf eindrucksvolle Weise den Geist der Epoche wider. *Lew Rudniew*: »Wir sind zum Entschluß gekommen, daß das Ziel dieses Projektes die Schöpfung eines einmaligen Bildes der Schönheit ist. Das höchste Teil unseres Gebäudes, der Turm, geht in den Himmel über, so wie der Gesang von Ewa Bandrowska Turska, der von der Stille bis zu den höchsten kristallinen Tönen mühelos übergeht.« *Edmund Goltzamt*: »Diese Architektur ist polnisch und national, weil sie mit Freude von den Menschen begrüßt wird, weil sie ihrem Bestreben und ihren Wünschen entspricht.« *Szymon Syrkus*: »Das Gebäude ist nicht nur ein unvergleichlicher Stern, der uns auf dem Weg zur Umwandlung des alten königlichen, adligen, bürgerlichen, kapitalistischen Warschaus in eine sozialistische Stadt leiten wird. Das Bauwerk wird für uns eine dialektische Schule sozialistischer Bauweise sein. Es ist ein starker Antrieb für unsere Architektur, für unsere Kunst, für den Städtebau und für die Bautechnik in unserem Land.« *Edmund Goltzamt* schloß die Diskussion: »Ich möchte warnen vor einer unbedachten Haltung zum Detailreichtum. Wir müssen uns selbst prüfen und sehen, wieviel von unseren Bemerkungen von echter Sorge um die gesamte Komposition getragen wird und wieviel von den unbewußten konstruktivistischen und futuristischen Stimmungen inspiriert werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir jahrelang unsere Architektur nach dem Geschmack der Bourgeoisie und der Snobs ausgerichtet haben, Menschen, die sich dadurch auszeichnen, daß sie ihre Emotionalität, ihre Gefühle nicht zeigen.



Warschauer Kulturpalast

Foto: Stanislaw Klimek

Aber wir bauen nicht für sie. Wir bauen für das einfache Volk, das gerade die Macht an sich gerissen hat und Größe und Vollkommenheit als Ausdruck seiner Gefühle will . . . Wir stellen das Gebäude unter das Gericht des Volkes, das Volk wird zufrieden sein! Seine Stimme muß für uns die entscheidende sein.«

Von solchen Fanfaren begleitet, wurde die große Baustelle eröffnet. 5000 Arbeiter waren Tag und Nacht beschäftigt. Eine kleine Siedlung mit Fertig-Holzhäusern wurde errichtet, um dieser Armee ein Dach über den Kopf zu geben. (Die Siedlung existiert übrigens heute noch als sehr begehrtes Studentenwohnheim »Jelonki«.) Die Fortschritte am Bau wurden in zahlreichen Zeitungsartikeln, Filmen und Plakaten festgehalten; das Modell des Palastes wurde während den 1.-Mai-Demonstrationen auf einer Plattform durch die Stadt gezogen.* Wie geplant, wurde das Gebäude in einer Rekordzeit von zwei Jahren fertiggestellt. Die große Eröffnungsfeier fiel jedoch anders als geplant aus. Stalin war inzwischen 1953 gestorben. Am 22. Juli 1955 wurde der »Joseph Wissarionowicz Stalin Palast der Kultur und der Wissenschaft« von Bierut eröffnet.

Die Euphorie dauerte nicht lange an. Ein halbes Jahr später stirbt überraschend Bierut in Moskau. Das Jahr 1956 ist das Jahr der ersten schweren politischen Krise für die kommunistische Macht in Polen. Der polnische Oktober bedeutete zwar keine dauerhafte Rückkehr zu Freiheit und Demokratie, aber er brachte einen neuen Stil, vor allem in der Kulturpolitik. Als erste verschwand die Doktrin des *Sozialistischen Realismus*. Der Kulturpalast, der eben fertiggestellt wurde, bleibt als peinliche Erinnerung in Warschau, zu groß, um ihn übersehen zu können. Die Messing-Buchstaben in der Eingangshalle, die die ewige und unerschütterliche Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und Polen verkünden, blieben erhalten, nur der Name Stalins wurde entfernt. Den Stalinplatz taufte man 1956 in Defiladenplatz um. Erst im Jahr 1987 wird dieser Ort wieder zum Schauplatz einer Demonstration, an

der rund eine Million Menschen teilnahm. Anlaß war der Papstbesuch und die von ihm zelebrierte Messe. Für diesen Zweck wurde ein Altar errichtet, der die Silhouette vom ehemaligen Stalin-Palast als großartige Kulisse benutzte.

Zwischen 1956 und 1987 liegen noch 30 Jahre. Was geschah in dieser Zeit? Der 220 Meter hohe Turm dominierte das Stadtbild, wurde aber gleichzeitig wie durch ein ungeschriebenes Gesetz ignoriert. Man sah ihn, ohne ihn zu sehen. Die 38 Geschosse wurden zum großen Teil von verschiedenen anonymen Büros genutzt, die nur mit spezieller Erlaubnis besucht werden konnten. Die wenigen öffentlichen Institutionen, die sich im Erdgeschoß befanden, zwei Theater, drei Kinos, das »Museum der Technik« und der größte Versammlungssaal in Polen, der »Sala Kongresowa«, wurden vom Publikum benutzt, jedoch mit einer so phantastischen Gleichgültigkeit dem Gebäude gegenüber, daß man von einer allgemeinen Verdrängung sprechen kann. Und wie jede Verdrängung, hat auch diese ihre Folgen. In dem polnischen Register der psychischen Krankheiten gibt es eine mit dem Titel: »Die Krankheit der Spitze des Kulturpalastes«. Die Personen, die daran leiden, haben solche Angst, daß die enorme Spitze die kosmische Strahlung anzieht, daß sie sich in ihren Bewegungen durch Warschau gezwungen fühlen, immer einen großen Bogen um das Gebäude zu machen. Das klingt wie ein Witz, und es gibt auch genug Witze. Die berühmte Frage: »Wo ist der schönste Ort in Warschau? Auf der Spitze des Kulturpalastes. Warum? Weil man von dort keinen Blick auf den Palast hat.« Viele Schülergenerationen – auf ihrem obligatorischen Ausflug mit dem speziellen Aufzug, der ohne zu halten direkt ins 38. Stockwerk des Palastes fährt – amüsieren sich darüber.

Auch dieser Aufzug wäre eine Geschichte wert: Mit edlen Hölzern, Marmor, Kristallspiegeln und einem kleinen Stühlchen ausgestattet, auf dem eine Dame im blauen Kittel sitzt und ein schwarzes Bakelit-Telefon bedient, das noch heute neben den Ziffern auch russi-

sehe Buchstaben hat. Oder der ganze vierte Stock, von dem fast niemand in Warschau eine Vorstellung hat, besteht aus sieben größeren und kleineren Ballsälen mit wunderbaren Parkettmosaiken, Marmorsäulen und Kristall-Kronleuchtern. Selbst die Putzkolonne – zehn Frauen, die diese endlosen Flächen seit Jahrzehnten bohren und polieren – weiß nicht genau, welchem Zweck dieses kleine »Versailles« in Warschau dient.

In dem »Palast der Jugend«, der sich im nördlichen Flügel befindet, gibt es ein Schwimmbad aus weißem Marmor und goldenem Messing. Adolf Loos würde sich dieser Details nicht schämen. Das Architektenherz lacht bei diesem Anblick – leider ist das Becken leer. Kein Wasser ist darin, weil niemand weiß, wem es jetzt dienen soll. Früher war es ein Schwimmbad des exklusiven Jugendklubs. Heute, in der allgemeinen Verunsicherung, dient der Jugendklub als Ausstellungsraum italienischer Kacheln, genauso wie der feierliche, pompöse socrealistische Eingang als »Möbelparadies« (in deutscher Sprache) Karriere macht.

Um das Bild von 1989 zu vervollständigen, muß man sagen, daß der russische Hypnotiseur und Wundertäter Kaszpirowski in der »Sala Kongresowa« mit großem Erfolg auftritt. Im 21. Geschoß ist ein Büro eingerichtet, das die Räume vermietet. Der Quadratmeterpreis ist nicht allgemein bekannt, aber er wird bestimmt, wie bei jedem ernstesten Gespräch in Polen, in Dollar berechnet. Das letzte Lenin-Portrait, abgehängt und an die Wand gelehnt, wartet auf die weitere politische Entwicklung.

Der ehemalige Stalinplatz, bis vor kurzem der größte Platz in Europa und der leerste, ist jetzt zum größten Handelsplatz Osteuropas geworden. Heute blüht der private Handel zu Füßen des Kulturpalastes. Es gibt beinahe nichts, was dort nicht zu bekommen wäre. Auch eine Reihe gut prosperierender Institutionen, wie die »Bar unter dem Palast« oder der »Sexshop, three men«, haben sich etabliert. Hier treffen sich die Vertreter aller Länder, die 40 Jahre lang der

sozialistischen Gemeinschaft angehörten. In der gesamten Nachkriegsgeschichte sah man in Warschau noch nie so viele Russen, Rumänen, Tschechen, Ungarn, Litauer... Der freie Handel scheint die Völker an diesem Ort zusammenzubringen, besser als jede Ideologie.

In Warschau wundert sich heute niemand mehr über die Nachricht, daß der polnisch-amerikanische Millionär John Kowalczyk den ganzen Kulturpalast gekauft hat und ihn in ein internationales Geschäftszentrum mit einer Wertpapierbörse umfunktionieren will. Der Umbau soll 100 Millionen Dollar kosten, aber wie er aussehen soll, das kann man in Polen auch in Architektenkreisen nicht erfahren. Die Frage, wie das Gebäude, das seit 35 Jahren das Stadtbild von Warschau prägt, umgebaut wird, scheint niemanden in dieser Stadt besonders zu interessieren. Es gibt Gerüchte, daß es vollkommen »modernisiert« wird, daß die Spitze abgerissen wird, daß das ganze Gebäude endlich nicht mehr »russisches«, sondern »polnische – europäische« Dekorationen bekommt. Diese Gerüchte über den Kulturpalast passen sehr gut zu seiner skurrilen Geschichte, aber leider wird dabei in aller Öffentlichkeit eines der wenigen authentischen historischen Baudenkmäler in Warschau zerstört, und dazu noch ein Stück erstklassiger Architektur. In einer Stadt, wo die meisten Baudenkmäler eine Rekonstruktion der im Krieg zerstörten Bauten sind, kommt es zu dieser paradoxen Situation: Während die in den Jahren 1951–1954 gebaute Altstadt, oder das Königliche Schloß, Baujahr 1979, unter Denkmalschutz stehen, wird der Kulturpalast, das architektonisch konsequenteste Beispiel seiner Epoche, nicht als ein Baudenkmal anerkannt.

Der Zorn auf die Stalin-Ära ist verständlich, aber er kann doch nicht dazu führen, daß man ihre Bauten abreißt. Auch auf dem Weg zum Kapitalismus soll Denkmalschutz eine Möglichkeit sein, wertvolle, historische Substanz vor der Zerstörung zu retten.

* Das Holzmodell vom Kulturpalast wurde für einen Film verbrannt. Conceptual Art, oder Rache?

Wien – Ein letzter Hort des Ostens?

„Ausgehend von den Begriffen wie *Bewahren* und *Schonen*, soll die Frage nach dem Umgang mit dem *Vorhandenen* und den *Traditionen* gestellt werden, um Platz für *Neues* zu gewinnen.« (aus der Erklärung des EXPO-Kulturbetriebsrats der Stadt Wien vom Juni 1990)

Neulich, bei einem dieser Versuche, Ordnung zu schaffen, fand ich den Brief des inzwischen weit entfernten Freundes M. Wir müssen über unsere Reisen in den Osten gesprochen haben, denn er schreibt, sehr erstaunt, daß er dieses Phänomen des »Seele tanken« immer für seine individuelle Erfahrung gehalten habe. Gut, der Brief ist ungefähr zehn Jahre alt, und in einer politischen Diskussion hätten auch wir kaum gewagt, diese »Vorteile« des Ostens allzusehr hervorzuheben. Aber das langsamere Tempo, die Tage oder Wochen, in denen man von Zeitungssensationen verschont blieb, stundenlange intensive Gespräche beim Essen, das sich über den ganzen Abend hinzog, womöglich noch Spaziergänge durch unzersiedelte Landschaft oder Altstädte, die noch nicht präpariert waren, haben so manche meiner Bekannten bei ihrer Rückkehr in den Westen all die Lichter und Waren und Farben und Hektik als obszön aggressiv empfinden lassen. Wir waren links und leidlich antikapitalistisch, gut genährt, aber nicht reich, und hatten immer auch unsere Gegenargumente, wenn vom allgegenwärtigen Grau im Osten die Rede war.

Ich werde M. nach Wien einladen, im letzten Jahr war schon ein halbes Dutzend Freunde zur Erholung hier. Wien liegt so angenehm abseits von den deutschen Erregungen, man spürt den Nationalismus nicht, die Wiedervereinigung geht uns kaum etwas an, selbst wenn der Wiener Bürgermeister die deutsche Fahne am Rathaus hissen ließ, hielt sich die Aufregung in Grenzen. Natürlich ist es eine westliche – oder sagen wir doch

lieber: mitteleuropäische Metropole, in der jene Polen oder Ungarn, die schon vor Jahren über die Grenze kommen konnten, erleichtert aufgeatmet und den Glanz des Westens bewundert haben. Die sauberen Straßen, die vollen Geschäfte und die gepflegt renovierten Prachtbauten haben für sie die Freiheit symbolisiert. Den Besuchern aus London, New York oder Berlin ist immer auch aufgefallen, wieviel gemütlicher es hier zugeht: Kaffeehäuser mit den Kellnern im abgewetzten Smoking, kaum Bettler auf U-Bahn-Schächten, wenig Langhaarige.

Im Zentrum der Stadt, anstelle überdimensionaler Leuchtreklamen, die gotische Kirche, eine U-Bahn-Station mit unterirdischer Kapelle aus dem 13. Jahrhundert, eine Bank zwar, aber im wiederbelebten Jugendstil, der Platz für Fiaaker, und als Inbegriff des modernen Wiens der burleske Konsumtempel von Hans Hollein. Die Innenstadt ist ein Museum, aber doch wieder so reich an gut restaurierten Antiquitäten, daß man sich auch in einer realen Stadt wähen kann.

Arbeitslosigkeit und Inflation sind, gemessen am Weltstandard, gering, das soziale Netz ist relativ dicht, wenn auch bei näherem Hinsehen hoffnungslos rückständig, sobald man Kinder-Räume, Schulen oder Altenbetreuung kennenlernen. Es gibt zwar alle Krisen moderner Gesellschaften, aber es gelingt erstaunlicherweise fast immer, sie unter den Teppich zu kehren.

Macht das den Erholungswert aus? Wiens verzögerte Durchkapitalisierung, seine mangelnde Urbanität oder »a bisserl Sozialismus«, das die sozialen Gegensätze mildert? Es ist keine Stadt der Extreme und Brüche, nicht Ost, nicht West, vielleicht eine Haltestelle dazwischen. Es geht hier jedenfalls langweiliger, gemütlicher, weniger hektisch zu, als in Paris, London, Berlin.

Natürlich sind das alles oberflächliche Betrachtungen, so oberflächlich,

wie es 3-Tage-Besucher interessiert. Die »Menschlichkeit« in Leipzig oder Warschau, wo Kommunikation frei vom Terminkalender und Konkurrenzangst in Wellen der *longue durée* zu laufen schien, beschränkte sich auch auf die Wohnzimmer. Mit Planwirtschaft, Parteiverfahren und der Stupidität qualitativer Kriterien in der sozialistischen Arbeit wurden wir nur durch Erzählungen konfrontiert. Und niemand wird die Inkompetenzen österreichischer Politiker mit denen in Polen oder der DDR vergleichen wollen.

Am dritten Tag werde ich M. auch in die Außenbezirke führen, damit er nicht glaubt, die renovierte Innenstadt mit all ihrem überpinselten und aufs Tablett gestellten k.u.k.-Charme sei Wien. Am Stadtrand – falls wir nicht nur in die Heurigenviertel fahren – hat Wien die amerikanischen Errungenschaften aufgenommen, mit trostlosen Großsiedlungen zwischen Schnellstraßen und Einkaufszentren, die alles bieten, was das Konsumentenherz erfreut. Aber mein Gast wird auch in den Bezirken zwischen Ring und Gürtel wenige Großkaufhäuser und keine Wolkenkratzer finden, dafür über die Zinshäuser aus der Jahrhundertwende und die Gemeindebauten aus den 20er Jahren staunen – die erhalten sind, nicht nur weil Wien im Krieg weniger zerstört wurde als Dresden, Köln oder Berlin, sondern weil es in den 50er und 60er Jahren hier nicht soviel Geld gab, daß ganze Straßenzüge abgerissen und durch damals moderne Bauten ersetzt wurden.

Tradition und Fremdenverkehr haben den direkten Übergang vom monarchistischen Erbe zur Postmoderne befördert; als Fortsetzung seiner historistischen Gebäude am Ring wurden auch neue Betonklötze mit Stuck und Plastiken garniert, Reminiszenzen an die Vergangenheit, römisch, mittelalterlich oder im Jugendstil, werden neben den nun einmal notwendigen U-Bahn-Ausgängen dekorativ angedeutet. Die Eulen, Schnörkel oder runde bunte Ecken auf Funktionsbauten der 70er Jahre, scheinen mir die Pirouetten zwischen imperia-

lem Kitsch, nacktem Kapitalismus und repräsentativem Sozialismus, Moderne und Postmoderne recht genau auszudrücken. Jetzt erst wird debattiert, ob man in Wien auch Hochhäuser bauen soll, mit der erwartbaren östlichen Zuwanderung wird die stadtplanerische Verniedlichung der Raumnot weichen. Eine wichtige Modernisierung war die Hinwendung zum *fin de siècle*, Freud und Sozialdemokratie der 20er Jahre. Heutzutage wirbt Wien nicht mehr – oder nur mehr für Pauschaltouristen – mit Kaiser Franz Josef, Sissy und Lipizzanern, sondern mit dem Spruch »Wien ist anders«.

Man wird den Eigenheiten und darin schlummernden Möglichkeiten dieser nicht östlichen und nicht westlichen Hauptstadt des beliebtesten deutschen Ferienzweckes nicht gerecht, wenn man es, wie es hierzulande gern geschieht, nur an seinen künftigen Wirtschaftspartnern mißt. Die Kleinheit des Landes, der Konsens à la Parteibuchwirtschaft und Sozialpartnerschaft haben die einzige Millionenstadt des Landes an den östlichen Rand gespült. Zu den hübschesten Seiten der Zurückgebliebenheit gehört, um nur ein Detail zu erwähnen, daß Ärzte hier nicht im Branchenbuch, sondern im allgemeinen Telefonverzeichnis stehen, aber auch, daß noch ungebrochen zukunftsgläubig mit Maschinen und Chemie gesund gemacht wird. Seine tonnen schwere Geschichte, die 1938, als wir überfallen wurden, aufhört, stiftet die eigenständige Identität als einzig erbberechtigte mitteleuropäische Hauptstadt.

Wien hat, seit es darauf angewiesen war – also etwa seit dem Ende der Monarchie – sein Flair verkauft, und es ist viel Literatur entstanden beim Versuch, dieses Flair einzufangen oder zu beschreiben. Wohl weil das Irrationale, das Völkergemisch, katholische und südliche Mentalität schwerer auf den Begriff zu bringen sind, als die Lebensweise des protestantischen durchrationalisierten Großen Bruders im Norden, kann dieses – schon aus Absatzgründen immer wieder interessante – Spiel stets neu beginnen. Denn irgendwann und spätestens

mit dem EG-Beitritt wird die Identitäts-Diskussion auch in Österreich beginnen.

Fangen wir, um der Entgegensetzung von West-Vorteilen und Ost-Nachteilen zu entgehen, beim Wichtigsten an, beim Essen, um in einer der Bedeutung adäquaten Reihenfolge erst danach die marginale Gruppe zu beschreiben, die eine urbane Szenerie schaffen könnte. Kulinarisch ist Wien eine, wenn auch kalorienreiche, Raststätte zwischen *fast food* und ungarisch-böhmisch-slowakisch-serbisch-kroatischer Schlemmerei. Neben Pizza, Hamburger, Baguette stehen selbst dem eiligen Kunden Geselchtes oder Schnitzel im knusprigen Wachauer Laberl zur Verfügung, jedes Kaffeehaus oder Beisl serviert Gulyas- oder Leberknödelsuppe, die mehr als Pulver sind, die »Frankfurter« oder Klobassi am Würstelstand sind für Bockwurstgewohnte eine Delikatesse; die Chance, daß *human touch* in Form von redseligen Verkäufern dazu serviert wird, ist groß. Von den Restaurants mit ellenlangen Speisekarten, den Konditoreien mit den besten Torten der Welt wollen wir gar nicht reden, aber daß die Tiefkühlregale hier auch wohlschmeckende Germknödel, Apfelstrudel und Powidltascherln enthalten, gehört wohl zur erwähnten Mischkultur. Westlicher Wohlstand, funktionierende Telefone, Verkehrsverbindungen, und mindestens so wichtig wie die Kaffeehäuser sind die vielen kleinen Boutiquen, die Fiaker und Trachtengeschäfte, kleine Läden, die nicht von Türken oder Bios wieder eingeführt wurden, sondern sich erhalten haben, weil Großkaufhäuser und Supermärkte sich nicht so recht durchsetzen.

Für die Situierung zwischen West-Vorteilen und Ost-Nachteilen könnte sich die brisante Debatte um eine *civil society* eignen. Elemér Hankiss hat als Unterschied zwischen Ost und West drei fundamentale europäische Werte ausgemacht (E. Hankiss, *Wertewandel zwischen zwei Welten*, in: TRANSIT, Heft 1, 1990): den Individualismus, den Unternehmergeist und den Pluralismus. Das bunte Netzwerk, aus dem sich jene Infrastruktur bildet, die nicht nur Öffentlich-

keit und differenzierte Kulturen, sondern auch Initiativen für unternehmerische oder soziale Innovationen hervorbringt, wird nicht nur von östlichen Übergangsphilosophen als Kern der Demokratisierung gepriesen. Erst kürzlich hörte ich von einem jener ehemals linken ehemals westdeutschen Kulturkritiker, die jetzt der Ex-DDR westliche Mores lehren, daß es die Vielfalt der Lebensstile in der pluralen Gesellschaft ist, die nun in Potsdam verbreitet werden müßten. Man hat ihn hier nicht so ganz verstanden, denn auch in Wien funktionieren die traditionellen Strukturen noch so gut, daß sich kaum neue Initiativen einnisten konnten. Sagen wir, es besteht keine rasende Begeisterung für neue Ideen, und das Wichtigste zu ihrer Durchsetzung sind immer noch Beziehungen, deren Basis die Zugehörigkeit entweder zu den Roten oder den Schwarzen bildet, die ihre Pfründe sozialpartnerschaftlich aufteilen.

Teils klagend, teils lobend stellt die Intelligenzia immer wieder fest, daß all jene Entwicklungen, die seit den 60er Jahren das Gesicht der Bundesrepublik Deutschland verändert hatten, hier vornehmlich als Import und Imitation angekommen sind. Zu den originären Kulturkonflikten, die eigene Strukturen, ein gewisses Maß von Gegenöffentlichkeit und Szene hervorgebracht haben, gehörten das bis heute geschlossene Atomkraftwerk Zwentendorf, der Kampf um Hainburg, die ritualisierte Opernball-Demo und der auffallende Modernisierungsschub, den Bundespräsident Waldheim initiiert hat. Es ist immer wieder schwierig, deutschen Gästen zu erklären, wieso der aus der Anti-Waldheim-Bewegung hervorgegangene Kristallisationspunkt der Linken nach dem Vorbild der bundesdeutschen 60er Jahre »Republikanischer Club« genannt wurde.

Trotz der Liebheit sozialer Bewegungen gibt es alles, was am Ende des Jahrtausends zu einer modernen westlichen Großstadt gehört und als Buntheit, Pluralismus, Öffentlichkeit zu den *essentials* der *civil society* zählt: Drogenszene und Kriminalität, Discos, Kneipen, erstaunlich viele Filme in Originalsprache,

Kommunikationsnetze für verschiedene Milieus und Geldbörsen, eine Frauenbewegung, ein Schwulenzentrum, verprügelte Hausbesitzer, ein paar Kinderläden und eine Alternativschule, alles ein bißchen klein und überschaubar.

Urban, wenn dies ein Gegenbegriff zu Provinzialität sein soll, ist die Stadt nicht. Die Fortschritte in der politischen Kultur werden nach dem Muster eines aufgeklärten Kleinfürstentums von welt-offenen Beamten zugelassen oder eben nicht. Als Abnehmer für unangepaßte Musik- oder Theatergruppen kommen im wesentlichen die aufgeschlossenen Kulturreferenten und Gewerkschaften in Frage. Demokratie- und Selbstbestimmungsforderungen werden eher in Lateinamerika als am Wiener Stadtrand unterstützt. Die Diskussion um Staatsknete brauchte sich hier nicht zu entwickeln – es gab nie eine Alternative, etwa eine wenigstens teilweise unabhängige ökonomische Struktur, die unterstützt durch Privatunternehmen arbeitsloser Soziologen, Ablaßzahlungen wohlbestallter Linker oder Werbeaufträge der Schattenwirtschaftler in Frankfurt oder Berlin eigene Institutionen der Öffentlichkeit finanzieren konnte.

Der Gegensatz zwischen etablierter und kritischer Intelligenz, zwischen denen »drinnen« und freiwilligen oder unfreiwilligen Dissidenten, ist keine Kategorie, mit der sich die unterentwickelte politische Kultur erklären ließe. Auch ohne die Ausleseverfahren, wie sie im östlichen Wissenschaftsbetrieb üblich waren, gibt es hier auf jedem Fachgebiet bestenfalls zwei bis drei Spezialisten, die Konkurrenz und damit Profilierung – von der Erfindung neuer Theorien bis zur Geheimhaltung potentiell verwertbarer Ideen – treibt weniger Blüten. Wem das zu langweilig und versumpft ist, wer sich auf Freunderl- und Parteibuchwirtschaft nicht einlassen will, der geht nach Deutschland oder in die USA.

Die Zeitungen sind nicht nur schlecht, sondern auch von dem einen großen, inzwischen mit deutschem Geld noch mächtigeren Konzern abhängig, ein gewisser Pluralismus ist erst mit dem

Springer-Einkauf entstanden. Wohl aus Rücksicht auf die miese Qualität der Zeitungen werden wichtige Entscheidungen in Ministerien, wenn sie denn zu Papier gebracht werden, nur der »qualifizierten Öffentlichkeit« bekanntgegeben. Demokratiepolitische Erwägungen sind noch nicht so weit gediehen, daß es ein Medien-Kartellrecht gäbe, aber die Beziehungen der Bürgermeister und Minister zu einzelnen Organen sind gut, alles, was das Volk wissen soll, erscheint in der Presse. Das Land ist klein, privates Kapital mit seinen Partialinteressen nicht in deutschen Mengen vorhanden, die Auflagen sind zu niedrig, um die Werbewirtschaft als Träger einer kritischen öffentlichen Meinung einsetzen zu können; die Verlage sind so gut wie alle in Staatsbesitz oder subventioniert und entsprechend behäbig, wer sich für die große weite Welt interessiert, liest internationale Presse. Solange sich die Schwachstellen nur an den Universitäten, im Zustand der Museen und bei der Abwanderung kluger Köpfe zeigen, wird weiter gewurschtelt. Die internationale Bewunderung dafür, daß man es in Wien trotzdem immer wieder schafft, »in der Mitte durchzugehen«, ist berechtigt, und wenn trotz all der Inkompetenz fast alles einigermaßen funktioniert, so gehört das wohl zur »kulturspezifischen Weltkompetenz«, die Wien sich anlässlich seiner EXPO-Planungen bescheinigt.

Weltereignisse wie der Golfkrieg? »Gehma Schnitzel essen«, kommentiert eine Münchner Freundin, die nach fünf Jahren immer noch die Wiener Lebensweise zu durchschauen versucht. Es gibt das Häuflein Betroffener, die zu Demonstrationen aufrufen und den öffentlichen Disput fördern wollen. Die paar Hundert Kritiker, Grüne, Antikapitalisten kennen einander, sind oft seit Schulzeiten befreundet und im gleichen Bezirk, zumindest im gleichen Café zu Hause. Der einheimische intellektuelle Diskurs ist schon mangels Masse weniger hart und weniger differenziert; Auswärtige, und dazu gehören auch Vorarlberger, Kärntner oder Oberösterreicher, finden kaum Einlaß in die Wiener Szene. Das ist bei

der Größe der UNO-City mit Tausenden Angestellten schon eine Kunst, daß man sie in den Szenen kaum bemerkt.

Als Humus neuer Initiativen gäbe es auch hier die sich zunehmend ausbreitende Gruppe arbeitsloser Akademiker, jene »Projektniks«, die sich von Auftrag zu Auftrag hangeln, sie werden noch weitgehend genährt und befriedet. Das ist wohl einer der vielen Gründe, weshalb sich keine relevante, eigenständige Subkultur entwickelt hat. Geistige Arbeiten müssen auf keinem Markt sich konkurrenzlerisch bewähren, jeder erfindet das Rad neu und weiß wenig vom andern. Die kritischen Studien und Entwicklungs-Szenarien, die im Auftrag irgendeines Ministeriums geschrieben werden, kennt außer ihren Autoren kaum jemand, es gibt für diesen Vorgang des Verschweigens ein hübsches Wort – die Arbeiten werden »schubladiert«. Kultur hat hier noch einen Eigenwert, sie wird, außer für den Fremdenverkehr, nicht funktionalisiert, geschweige denn als soziokulturelle Investition betrachtet. Und

kann sich schwer entwickeln, weil es noch nicht üblich ist, Honorare zu zahlen. Die meisten Intellektuellen sind fest angestellt und wenig organisiert.

Bis auf eine kleine Minderheit von Autonomen ist es bisher keiner Randgruppe gelungen, *nicht* integriert zu werden. Es ist eines der Argumente, warum Kreisky trotz seiner kosmopolitischen und darum auch vielfach beschimpften Haltung als großer Österreicher gefeiert werden kann. Ihm wird nachgesagt, daß er für jeden prononcierten Ketzler, für Linksabweichler innerhalb und außerhalb der Partei eine Nische, ein Institut, einen Job fand. Opposition wurde eingebunden, der Konsens mit den Konservativen ohnehin durch das komplizierte Flechtwerk der Sozialpartnerschaft gewahrt. Auch das macht die sprichwörtlich scheinheilige Gemütlichkeit aus, die Menschen sind hier nicht offensiv verzweifelt, der ganze Habitus vom »Haß auf das System« bis zum Aufbau einer eigenen Szene mit ihren Eßgewohnheiten, Kleidungsregeln, Geschäft-

Café Dommayer, Wien

Foto: E. Leonhard



ten und Konsumgewohnheiten fehlt weitgehend. Verzweiflung, Kaputtsein, Brüche im Lebenslauf mag es genauso geben wie in Berlin oder Frankfurt, aber es ist nicht »in«, das zu zeigen. Besonderheit und Individualismus drücken sich zumindest nicht in dem Maße wie in anderen Großstädten am Haarschopf, in den Mundwinkeln oder an den Schuhen aus. Die Merkmale einer atomisierten, heterogenen Gesellschaft sind wenig sichtbar, das macht, je nach Betrachtungsweise, den Muff oder den Charme dieser Stadt aus. Die Diskussionen sind nicht nur weniger öffentlich und weniger hart, sie erinnern an jene italienischen Polizisten, die in elegant geschneiderter Uniform auf einem Podest mit tänzelnden Bewegungen den Verkehr regeln, der ohne sie vermutlich genauso gut laufen würde: die Rhetorik, die Formulierungen, der Gestus sind wichtig – nicht unbedingt der Inhalt. Wenn das Ganze noch leicht näselnd und im wienerschen Singsang vorgetragen wird, mag manch Germane, der die Sachlichkeit und Härte des Nordens satt hat, ins Schwärmen geraten, bevor er vor Ungeduld platzt.

Vielleicht liegt in der Zurückgebliebenheit der vorläufig noch nicht ganz so westlichen Lebensart sogar die Zukunft dieser Metropole, an der allmählich die Besucherströme vorbeigehen, seit Prag und Budapest in viel originellerer Weise eine k.u.k.-Atmosphäre mit westlichem Komfort zu kombinieren vermögen. Informelle Strukturen, die biedermeierliche Lebensweise, die maßgebliche Rolle des Staates in der Wirtschaft, in vieler Hinsicht östlich, aber nicht bankrott, westlich, aber nicht modern, das wäre eine Ausstellung wert, und Wien ist dabei, sich als Ganzes zu exhibitionieren. Es gäbe neben all dem, was schon in Vitrinen gestellt wurde, Klimt, Loos, Freud oder originalgetreu neugebaute Cafés, noch so vieles, das anderswo wegmodernisiert und bestenfalls postmodern reinstalliert wurde. Ob Begräbnisse oder Promotionsfeiern, Titel oder Bälle, anderswo mag man an einer Re-Zeremonialisierung basteln, wir haben das alles noch.

Wien als Ort, an dem auf deutsch Gedanken gedacht und besprochen werden können, die in Deutschland den neuen Grenzziehungen zum Opfer fallen. Es erlaubt jenen Schritt zurück, erzwingt sogar die Handlungshemmung, die sich das »Volk ohne Zeit« derzeit zu wünschen scheint – und wäre theoretisch geeignet als Ort der Reflexion – wenn man die internationalen Kontakte oder das nötige Kleingeld zum Reisen hat, um die Auseinandersetzungen woanders herzuziehen und woanders hinzutragen.

Wenig geplant, eher osmotisch, könnte diese Stadt das Vakuum füllen, das mit dem Tod des Feudalsozialismus und durch die Eile des Monopolkapitalismus entstanden ist. Aber noch ist die Welt hier zu heil, um in der Ungleichzeitigkeit eine Chance zu sehen, als neutrales, deutschsprachiges Land, das seit über hundert Jahren von Tschechen, Ungarn, Slowaken, Slowenen, Serben, Kroaten, Juden, Polen und Deutschen geprägt wurde. Ein Zentaurus, nicht ganz kapitalistisch, ein wenig sozialistisch, das Innenleben feudal, der nicht nur den Alterssitz für die neuen Freunde aus der EG, sondern vielleicht auch eine Nische in der »neuen Weltordnung« bewachen könnte. Die größere Chance aber ist doch – wenn nicht eines dieser österreichischen Wunder passiert –, alle Entwicklungen an Wien vorbeiführen.

Wien, so behauptet ein Stadtmagazin, ist die Hauptstadt der Postmoderne. Statt »anything goes« sagt man »is eh alles wurscht«, die Simulation war hier seit jeher zu Hause, sie heißt nur nicht so. Die einheimische Vokabel dafür ist: Schmä. Und der ist unübersetzbar, hintergründig, eine liebenswürdig klingende Form der Bösartigkeit, die Konflikte zu benennen und doch nicht auszutragen erlaubt, Idylle unterstreicht und doch nicht bestehen läßt.

Wenn jetzt noch die Bahn- und Flugverbindungen in die Länder der realen Konflikte verbessert werden, könnte ich bei meinen Gegenbesuchen Luft holen – und vielleicht auch noch in guten Buchhandlungen die aktuellen Diskussionen nachkaufen.

Gewerkschaften – immer noch im Umbruch?

HELMUT SCHAUER

Die Zukunft der Gewerkschaften

Neues auch im Westen?

Ungewöhnlich zahlreiche Beiträge sind in den letzten Monaten zur Gewerkschaftsdebatte erschienen. Diese Debatte, von den Gewerkschaften selbst nachhaltig gefördert, reagiert auf die Krise der »real befestigten Gewerkschaft« (G. Briefs), die sich in der tayloristisch-keynesianischen Ära als Typus herausgebildet hat und eine der erfolgreichsten »Regulationsinstanzen« wohlfahrtsstaatlicher Politik gewesen ist. Sie zielt auf eine moderne Gewerkschaftspolitik, die über die Verteidigung sozialstaatlicher Standards hinausreicht, die auf die akute Differenzierung und Fragmentierung der Interessenlagen eingeht, die sich der ökologischen Krise stellt und die sich kulturell so erweitert, daß sie den gestiegenen Selbstverwirklichungsansprüchen der Individuen entsprechen kann.

Die Debatte blieb bislang, wenn schon nicht auf den eher singulären Fall der Bundesrepublik, so doch auf die entwickelten kapitalistischen Industrieländer des Westens konzentriert; allenfalls kam noch die Dritte Welt und die Solidarität mit ihr in den Blick. Die Länder des Ostens dagegen haben in ihr so gut wie keine Rolle gespielt. Das lag sicherlich nicht nur am Fehlen unabhängiger Gewerkschaften dort, sondern vielmehr daran, daß die bolschewistischen Planwirtschaftssysteme für die Diskussion emanzipatorischer Zukunftsperspektiven längst schon bedeutungslos geworden waren. Ihr Zusammenbruch muß nun allerdings für die Zukunftsdebatte der Gewerkschaften einschneidende Folgen haben. Aber die westdeutsche Linke einschließlich der Gewerkschaften diskutiert den Umbruch im Osten bisher vorwiegend als ordnungspolitisches Phänomen. Die Diskussion drückt vor allem die Irritationen aus, die das Scheitern des sowjetischen Systems bei den etatistisch-systemorientierten Traditionsströmungen hervorruft. Es geht in ihr lediglich um Korrektur und Selbstversicherung von Standpunkten. Zugleich bleibt sie weitgehend in der Selbstbezüglichkeit neoliberaler Betroffenheit befangen. Die fällige sozialhistorische Aufarbeitung des Zusammenbruchs der bürokratisch-autoritären Planwirtschaften kommt nicht in Gang. Und so bleiben denn auch die Erwartungen, die an den Umbruch ge-

knüpft werden, oft beliebig und durch die jeweiligen Stimmungen geprägt.(. . .)

Der Umbruch, die neue Aktualität der sozialen Frage und die Rolle der Gewerkschaften

Der Druck der DDR-Probleme und die Hektik der deutschen Einigung verstellen in Deutschland vielfach den Blick für die tiefgreifenden Veränderungen, die der Umbruch in den europäischen Sozialkonflikten mit sich bringen wird. Über der gewerkschaftspolitischen Anstrengung, möglichst schnell die explodierende Arbeitslosigkeit und das Lohngefälle auf dem Gebiet der ehemaligen DDR abzubauen, könnte leicht vergessen werden, daß sich jenseits der Oder ein europäisches Territorium geöffnet hat, das auf unabsehbare Zeit durch extreme Unterbeschäftigung gekennzeichnet ist und mit einem starken Wohlstands- und Einkommensgefälle zu Westeuropa auf dieses nachhaltig zurückwirken wird.

Aus der beschränkten bundesdeutschen Optik mag zunächst noch die Perspektive einer wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung im Osten plausibel erscheinen. Doch selbst die Einigungspolitik der Bundesrepublik ist, trotz der hohen sozialstaatlichen Ausgangsbedingungen, auf denen ihre Attraktivität beruht, ebensowenig wohlfahrtsstaatlich orientiert wie die Politik der westlichen Industriestaaten gegenüber dem Osten überhaupt. Die vorherrschende neokonservative Politik bleibt auf die Logik technischer Steuerung reduziert, sie hat keine Sensibilität für die Probleme sozialer Kohärenz und wirkt deshalb nach innen wie nach außen destruktiv. Deshalb »passiert« ihr die hastig-blinde, chaotisierende Anschlußpolitik, die mit der deutschen Einigung einen neuen Schub der neokonservativen Aushöhlung des bundesdeutschen Sozialstaats zu verbinden droht. Deshalb wird die katastrophale Zuspitzung der osteuropäischen wirtschaftlichen und sozialen Notstände in den westlichen Industriestaaten auch nicht als ihr eigenes Problem gesehen, das energische Hilfe verlangt. Hier käme es ja angesichts der rapiden Verschlechterung der Versorgungslage darauf an, für die gewaltigen po-

litischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Transformationsprozesse hin zur gesellschaftlichen Selbstorganisation Zeit zu gewinnen, in der die despotischen Traditionen abgearbeitet werden können, die in der Sowjetunion weit hinter die Oktoberrevolution zurückreichen. (. . .)

Als Transmissionsriemen der Staatsparteien haben die Gewerkschaften des Ostens ausgedient. In den mittelosteuropäischen Ländern bilden sich nach mehr oder minder scharfen Brüchen mit der staatsgewerkschaftlichen Vergangenheit neue unabhängige Gewerkschaften auf der Basis freiwilliger Mitgliedschaft. Mit der Marktwirtschaft wird zugleich das Instrumentarium gewerkschaftlicher Interessenvertretung importiert, nicht selten mit Hilfe und Assistenz auch der westdeutschen Gewerkschaften. Welche Organisationstypen mit welchem gesellschaftlichen und politischen Status sich hier entwickeln werden, ist freilich noch kaum erkennbar. Erst jetzt, nach der Durchsetzung nationaler politischer Autonomie, setzt der soziale Transformationsprozeß ein, in dem sich auf der Basis marktwirtschaftlicher *mixed economy* die historischen Formationen der Regulation von Produktion und Konsum, der sozialen Gliederung und der politischen Herrschaft auskristallisieren werden, die den Bedingungen dieser Länder angemessen sind.

Ein ordnungspolitisch auf den Wandel der Wirtschaftsmechanismen verengtes Verständnis mag im Transformations-Prozeß allzu schnell und umstandslos den Weg zu liberaler politischer Freiheit sehen. Aber das liberale Modell der Selbstregulierung nach den Gesetzen des Marktes und der individuellen Freiheit wird kaum ausreichen, eine moderne Produktion und Ökonomie aufzubauen. Auch hier werden sich neue Modelle des Staatsinterventionismus herausbilden. Erst recht fehlen die sozialstrukturellen und kulturellen Voraussetzungen für den Liberalismus im westlichen Sinne. Denn auch die Bildungseliten, die meist an der Spitze der nationalen und ethnischen Volksbewegungen des Ostens stehen, repräsentieren durchaus keine »Bürgerliche Gesellschaft«. Wieweit sich die Gesellschaften des Ostens mit ihrer Entstaatlichung zu »zivilen Gesellschaften« ausdifferenzieren werden, die Rechtssicherheit und Menschenrechtsgarantien verbürgen können, ist durchaus offen.

Wenn die Entstaatlichung der Lohnarbeit und die Freisetzung privaten Konkurrenzstrebens nicht zur sozialen Fragmentierung führen sollen, bedarf es der sozialen Vermittlungsinstanzen, die in der Lage sind, differenzierte In-

teressen durchzusetzen und damit die Interessenbasis für eine pluralistische Massendemokratie erst zu sichern. Hier liegt die Chance der Gewerkschaften. Vorerst sind diese jedoch überall in die nationalen und ethnischen Volksbewegungen eingebunden. Das zeigt sich besonders am Beispiel der *SOLIDARNOSĆ*, die zum Ausgangskern für die nationale Reorganisation Polens unter katholischen Vorzeichen wurde. (. . .)

Die Neue Arbeiterbewegung in der Sowjetunion

Die Reformer in der Sowjetunion wissen, daß die ökonomische und soziale Krise ohne Unterstützung der industriellen Arbeiterschaft nicht zu lösen ist. In den Streiks, die durch die Verschärfung der Versorgungskrise in der letzten Zeit ausgelöst wurden, haben die sowjetischen Staatsgewerkschaften so gut wie keine Rolle gespielt. Sie gehören zu den abgewirtschafteten Institutionen des *Ancien Régime*, die, wie der KGB und der Komsomol, am meisten diskreditiert sind, und die den konservativen Widerstand gegen die Perestroika unterstützen. Umso bedeutsamer erscheint die »Neue Arbeiterbewegung«, die aus den Streiks der Bergarbeiter im Donez- und im Kusnetzbecken entstanden ist. Sie befindet sich in der ersten Aufbau- und Konsolidierungsphase zu einer kontinuierlichen Interessenvertretung. Erste unabhängige Gewerkschaften werden gegründet. Ähnlich wie bei *SOLIDARNOSĆ* handelt es sich um eine Bewegung, die sogleich auch politische Aufgaben und Verwaltungsfunktionen in Betrieben und Kommunen übernimmt.

Mit der Neuen Arbeiterbewegung hat die sowjetische Arbeiterschaft nach 70 Jahren der Entmündigung begonnen, sich selbst zu organisieren und als eigenständiger Faktor in die politische Arena zurückzukehren. Das blieb nicht ohne Konflikt mit der Gorbatschow-Administration, die sogleich auf erneute Einschränkung des Streikrechts drängte, aber schließlich nicht imstande war, die Sanktionen auch tatsächlich durchzusetzen, die sie den Bergarbeitern angedroht hatte, als diese für die Einhaltung der beim ersten Streik getroffenen Vereinbarungen erneut in den Ausstand traten. In einer Gesellschaft, in der über eine ganze Epoche hinweg grundlegende soziale Widersprüche generell gelehnet und Streiks blutig niedergeschlagen wurden und die heute von einer schweren Versorgungskrise geschüttelt wird, bleibt die volle Legitimierung des Streiks eine offene politische Frage.

Trotz der Entstehung der Neuen Arbeiter-

bewegung ist die Rolle der industriellen Arbeiterschaft im sowjetischen Reformprozeß keineswegs eindeutig. Denn auch konservative Strömungen wie die »Vereinigte Front der Werktätigen«, die von den offiziellen Gewerkschaften unterstützt werden, verfügen durchaus über einen gewissen Rückhalt in der Arbeiterschaft. Sowjetische Soziologen differenzieren das politische Potential der industriellen Arbeiter nach Generationen. Unter den ältesten Arbeitern scheinen konservative konfliktfeindliche Strömungen besonders stark vertreten zu sein. Sie sehen in der Perestroika die Ursache für die Verschärfung der Krise, für die inflationäre Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, für Korruption und Schiebertum, für zunehmende Prostitution, Drogenprobleme usw. Sogar die Streiks scheint man hier diesen Verfallsphänomenen zuzuordnen. Tatsächlich haben die moralischen Probleme, die Verantwortungslosigkeit der Bürokratie, die kriminellen und mafiösen Strukturen, die Schattenwirtschaft usw. erheblichen Einfluß auf die Wirtschaftsreform und die Resonanz, die sie bei den Arbeitern findet. Werden die marktwirtschaftlichen Reformen lediglich technokratisch, nach der Logik ökonomischer Steuerungsmechanismen, implementiert, dann werden sie vor allem der »Halbwelt-Bourgeoisie« zugute kommen, wie das schon bei der Legalisierung des Devisenhandels der Fall ist. Dann kann es auch zur erneuten Stärkung der konservativ-moralischen und anti-meritokratischen Strömungen kommen. Die Schwierigkeiten, mit denen die Reformen zu kämpfen haben, sind nicht technischer, sondern grundsätzlicher Art. Sie setzen auf die Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, auf Effizienz, funktionale Rationalität, leistungsbestimmte Einkommen usw. und geraten damit latent in Widerspruch zu jenen Traditionen der sowjetischen Kultur, die auf Gemeinschaftswerten und sozialer Gleichheit aufbauen. (. . .)

In der jüngeren Generation und den qualifizierten Kerngruppen der Werktätigen scheint die Reform- und auch die Konfliktbereitschaft relativ hoch zu sein. Während für die Entstaatlichung der Wirtschaft und des Produktivvermögens ein breiter Konsens besteht, sind die Meinungen zur Privatisierung unterschiedlich. Entscheidend für die künftige Arbeitsverfassung und die soziale und politische Stellung der Arbeiter bleibt sicherlich, wieweit sie ihre Apathie überwinden und als eigenständige politische Kraft in den Transformationsprozeß eingzugreifen vermögen. Denn zumindest nicht weniger bedeutsam als die Neuordnung des Produktionsvermögens wird die Frage sein, ob und wie es gelingt, die eingeleiteten, aber bisher

kaum eingelösten »produktions-demokratischen« Reformen in den Betrieben mit Leben zu füllen und damit zu einem aufgeklärten und sozialen Regime zu kommen.

Es bleibt zu sehr einem auf die Staatsgewerkschaften fixierten Institutionalismus oder auch westlich-korporatistischen Vorstellungen verhaftet, wenn den osteuropäischen Gewerkschaften nun der Rückzug ihrer Aktivität auf die reine unmittelbare Interessenvertretung empfohlen wird. Die Gefahr ist groß, daß die soziale Marktwirtschaft in Osteuropa die Form ständestaatlicher Systeme annimmt – mit stark autokratischen Zügen und mit »regulierten«, in ihrer Handlungsfreiheit erneut eingeschränkten und politisch kooperationspflichtigen Gewerkschaften. Daß diese Tendenzen nicht von der Hand zu weisen sind, zeigt sich im Verfall der *SOLIDARNOŚĆ* und den Konflikten, die daraus entstehen. In ihnen drücken sich bereits die eminenten sozialen Spannungen aus, die durch markliberale Reformen ausgelöst werden, von denen nicht zuletzt das Management des alten Systems (Privatisierung) und die Gewinner der Schattenwirtschaft profitieren.

Als reine Interessenorganisationen werden sich die osteuropäischen Gewerkschaften gewiß nicht konsolidieren, geschweige denn eine eigenständige Rolle im sozialen und politischen Leben gewinnen können. Bloße Interessenorientierungen beziehen sich auf das egoistische Nutzenkalkül der einzelnen Individuen. Sie führen selbst bei der Verfolgung gemeinsamer Interessen über ein instrumentelles und daher für den Einzelnen beliebiges Engagement nicht hinaus. Die moralische Krise in Osteuropa mündet aber gerade in einen allgemeinen Utilitarismus, der freilich umso hochgespannter ist, wie er durch akuten Not- und Elendsdruck aufgeladen wird. Die utilitaristische Erbschaft des staatssozialistischen Heroismus bildet die Basis für die neoliberalen Reformen, die für die Masse der Abhängigen, zunächst jedenfalls, nur noch weitere materielle Einschränkungen bringen und sie erneut in die Rolle der dulden- und hoffnungslosen Opfer drängen. Gewerkschaften, die ihrerseits utilitaristisch orientiert blieben, müßte schon die moralische Sensibilität für den sozialen Protest und damit auch das Medium zur eigenständigen Beurteilung ökonomischer Sachverhalte fehlen.

Der Staatssozialismus hat aber auch eine Wüste an sozialer Phantasie, er hat die Selbstblockierung der Utopie zurückgelassen, die nun dahin zu führen scheint, daß die Osteuropäer nochmals für die stalinistische Isolierung von liberal-emanzipatorischen Traditionen bezahlen müssen, indem sie selbst zwanghaft verlä-



Streik bei der Ost-Post

Foto: dpa

gern, was ihnen angetan wurde. Die Idee der sozialen Befreiung scheint im Osten fast zum Überwintern verdammt und womöglich auf die fatale Erwartung des Scheiterns der neoliberalen Reformen verwiesen.

Die Gewerkschaften nach dem Scheitern des Etatismus

Die Krise der Utopie trifft bekanntlich nicht nur den Osten. Es hätte gewiß nicht des Desasters des östlichen Staatssozialismus bedurft, um die Vorstellungen von sozialem Fortschritt zu problematisieren, die für die Arbeiterbewegung der Industrialisierungs-Epoche bestimmend waren. Auch der wohlfahrtsstaatliche Etatismus und seine Gewerkschaften sind an die Grenzen gestoßen, die durch die Eigenlogik ihres Projekts gesetzt sind. Aber der Verfall des Etatismus bedeutet nun auch das Ende des Schismas, das Ende der Aufspaltung der Arbeiterbewegung in zwei feindliche Blöcke, zwischen denen jene Spielarten der Utopie erdrückt wurden, die ihre radikaldemokratischen Emanzipationsgehalte verkörperten und festzuhalten suchten. Die Idee der sozialen Befreiung ist unter dem Scherbenhaufen begraben, den der Zerfall des Etatismus hinterläßt, ein Scherbenhaufen, unter dem sie aber auch Luft zum Aufatmen gewonnen hat.

Das Scheitern der beiden feindlichen Strömungen des Etatismus, der die europäische Linie in diesem Jahrhundert weitgehend beherrscht hat, bedeutet heute die »Entstaatlichung sozialistischer Traditionen«. Das betrifft zunächst die linke Opposition, die den Etatismus in Form der syndikalistischen, libertär-anarchistischen, rätekommunistischen, spontanen Strömungen usw. stets begleitet hat. Wenn schon die Studentenrevolte der 60er Jahre in ihrer aktivistischen Frühphase auf diese Stränge besonders zurückgegriffen hat, dann entsprach das nicht allein einem antiautoritär übersteigerten Subjektivismus, sondern auch den gesteigerten individuellen Freiheitsansprüchen der Kulturrevolte. Die Entstaatlichung betrifft aber auch die Rolle und die Funktionen der Gewerkschaften. In allen Spielarten des Etatismus, wie immer sich die praktischen Beziehungen differenzieren mochten, waren sie der Partei als Agentur der Emanzipation nachgeordnet. Das entsprach unter anderem dem Vorrang, den zentralistisch-planwirtschaftliche Vorstellungen im etatistischen Denken hatten. In diesem Modell war die Frage der ethisch-politischen Steuerung der Wirtschaft immer schon entschieden, nämlich Angelegenheit staatlicher Politik. Daß darin ein Trug-

schluß steckt, hat nicht nur das Scheitern der zentralistischen Planwirtschaften, sondern auch das Versagen des Staatsinterventionismus vor der ökologischen Krise aufgedeckt. Wenn sich heute das Problem der ethischen Steuerung und der Kontrolle einer bis in die entlegensten Lebensäußerungen ausdifferenzierten Ökonomie buchstäblich »von Grund auf« stellt, dann ist damit auch die Frage nach der gesellschaftlichen Basisorganisation aufgeworfen, die diese Aufgabe wahrnehmen könnte. (. . .)

Es ist diese Problematik, um die die Zukunftsdebatte der westdeutschen Gewerkschaften kreist. Hier geht es im Kern um die Erneuerung, um die Aktualisierung von Traditionen, die in der etatistisch-wohlfahrtsstaatlichen Ära verschüttet wurden.

Die frühen Berufsgewerkschaften haben nicht nur die Berufsinteressen ihrer Mitglieder vertreten. Ihr Zusammenhalt resultierte vielmehr daraus, daß sie die Ehre und Würde des Berufs repräsentierten, die dieser aus seinem Beitrag zur Wohlfahrt des Gemeinwesens gewann. Noch im körperlichen Leistungsbewußtsein der Arbeiter (»unserer Hände Arbeit schafft den Reichtum der Gesellschaft«) schwang dieser Stolz auf den zweifelsfrei wohlfahrtsstiftenden Sinn der Arbeit mit. Die instrumentelle Entwertung der Arbeit, die Gleichgültigkeit gegenüber dem Sinn der Produktion, konnte sich erst mit dem fordistischen Regulationstyp durchsetzen und hat sich schließlich mit dessen ökologisch-kultureller Problematisierung bis zu zynischen Einfärbungen gesteigert. (. . .)

Mit der Entschärfung des materiellen Elendsdrucks für die Arbeitnehmerrunde in den entwickelten Industrieländern einerseits, mit der Zuspitzung der ökologischen Bedrohungen und der Verelendung der Dritten Welt andererseits erweist sich diese instrumentelle, auf ökonomische Interessen verengte Arbeitshaltung zunehmend als unzureichend. Solidarische Moral und damit zugleich autonome Gewerkschaftspolitik sind auf dieser Basis nicht mehr begründbar.

Moral, Ehre und Würde der Arbeit lassen sich aber letztlich nur in dem Maße wiedergewinnen, wie die arbeitenden Individuen selbst an der Entscheidung über Ziele und Zwecke der Produktion beteiligt sind. Einzelne Gewerkschaften beginnen heute ihren Interessennexus auf die Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen hin zu erweitern. Sie entsprechen damit nicht zuletzt Selbstverwirklichungsinteressen der »modernen Arbeitnehmer« (Ulrich Beck), suchen damit also zugleich eine Antwort

auf ihre Organisationsdefizite. Zugleich beginnen sie damit aber auch, aus der asymmetrischen, autoritären Arbeitsverfassung der fordistischen Ära auszubrechen. Es geht darum, ein neues Modell der Demokratisierung des Arbeitslebens zu entwickeln, das die Arbeitnehmer aus der erzwungenen Verantwortungslosigkeit herausführt und sie an ökonomischen Entscheidungen so beteiligt, daß ihre ökologische und soziale Langzeitverträglichkeit gesichert wird. (. . .)

In den westdeutschen Gewerkschaften hat die Zukunftsdiskussion diesen Horizont geöffnet, wenn er auch zunächst noch eher durch Absichtserklärungen abgesteckt wird. Der Umbruch im Osten und die Folgen, die sich für die westeuropäischen und vor allem für die deutschen Gewerkschaften abzeichnen, lassen diese Reorientierungsansätze nicht hinfällig erscheinen, sie lassen vielmehr eine Verstärkung des Problemdrucks erwarten und legen eine beschleunigte Realisierung der gewerkschaftlichen Reform nahe. Zwar empfehlen wohlmeinende Beobachter den Gewerkschaften, nicht erst seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems, sich von ihren gesellschaftspolitischen Traditionen und Programmen, überhaupt von universalistischen politischen Ansprüchen und Zielen endgültig zu verabschieden und sich auf einen gewerkschaftlichen Pragmatismus zurückzuziehen. Und sicherlich kann es nach der Säkularisierung der sozialutopischen Großtheorien nun nicht um das eilige Auffinden einer neuen ordnungspolitischen »Konstruktionsformel« (Dieter Senghaas) gehen, gleichgültig, ob diese nun gegen deren Intentionen in der kritisch-theoretischen Tradition gesucht oder als Neuformel gefunden werden soll. Aber die postmodernen Theoretiker, die den Rückzug auf den Pragmatismus reiner Interessenvertretung empfehlen, ignorieren beharrlich, daß die Gewerkschaften ihre fundamentalen Orientierungsbedürfnisse nun erst recht nicht länger aus einer jenseitig vorgegebenen Utopie, sondern nur noch aus der eigenen Selbstaufklärung befriedigen können. (. . .)

Für die Gewerkschaften wird in der nächsten Zeit viel davon abhängen, ob sie ihr politisches und kulturelles Mandat verlieren oder erneuern können. Erneuerung hieße, daß sie alle Chancen wahrnehmen, sich als lebensweltlich verankerte Schutz- und Gestaltungsmacht eine Rolle im politischen Gefüge zu verschaffen, indem sie auf allen Ebenen darauf hinarbeiten, die politisch wirksame Reflexion ökonomischer Entscheidungen zu erzwingen. Die Schwächung der Gewerkschaften, Arbeitnehmerinteressen in die politische Demokratie einzubrin-

gen, hat diese ebenfalls geschwächt. Das zeigt sich wiederum besonders scharf in den USA, wo der Niedergang der Gewerkschaften mit dem eminenten Rückgang der Wahlbeteiligung einhergeht. Die Gewerkschaften haben aber auch die Chance, gegen die funktionale Auszehrung der Parteiendemokratie zur Stärkung der zivilen, demokratischen Substanz beizutragen, indem sie gegen die autoritären Herrschaftsstrukturen der Kapitalverfügung auf ihre Demokratisierung hinarbeiten. (. . .)

Soziale Konflikte im neuen Europa

Noch ist eine Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Osten nicht in Sicht. In der Sowjetunion lebt ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Die schlechte Versorgungslage, die durch die Wirtschaftsreformen zunächst eher noch gesteigert wird, kann schnell zur dramatischen Zuspitzung der Notstände, der kriegsähnlichen Zustände und der Völkerwanderungen führen und damit soziale und politische Explosionen auslösen, die Westeuropa umso eher erreichen werden, je mehr sozialer Sprengstoff sich in ihnen entlädt. Selbst wenn die soziale und politische Stabilisierung im Osten ohne weitere schwere Erschütterungen in absehbarer Zeit gelänge, zeichnet sich für das neue Europa langfristig ein soziales Szenario mit hochexplosiven sozialen Spannungen ab. Diese Erwartung ist jedenfalls für den bei der gegenwärtigen politischen Konstellation anzunehmenden Fall gerechtfertigt, daß sich die wirtschaftliche und soziale Verflechtung zwischen Ost- und Westeuropa nach dem bekannten Schema zwischen armen, wenig entwickelten Ländern und den reichen, industriellen Metropolen entwickelt.

Kommt es im Osten zu günstigen Bedingungen für private Kapitalinvestitionen aus dem westlichen Ausland, dann verspricht das den industriellen Metropolen Westeuropas womöglich eine Periode der Prosperität, in der sie ihre hochentwickelten Produktions- und Konsumtechnologien exportieren können. In den osteuropäischen Ländern würde das die Tendenz zu massiver Unterbeschäftigung verstärken, die auch durch die Billiglohn-Produkte nicht zu beheben wäre, mit denen die Osteuropäer auf die westeuropäischen Märkte drängen werden. Um die Größenordnungen zu verdeutlichen, um die es hier geht: Wir haben im Osten ein Arbeitskräftepotential um die 200 Millionen, so daß bei einer nicht auszuschließenden Unterbeschäftigung von einem Drittel »ein Volk« von 60–70 Millionen ohne Arbeit wäre. Allein die deutschstämmigen, jüdischen und

Roma-Minderheiten, die sich heute in der Sowjetunion und in Osteuropa bedroht sehen und auf die Wanderung machen, umfassen annähernd 10 Millionen. Ob diese Massen bei einer weiteren Dramatisierung der sozialen Krise in Osteuropa durch die derzeit vom Westen eingeleitete Wiederaufrichtung des Eisernen Vorhangs aufzuhalten sein werden, ist zweifelhaft. Gleichzeitig setzt sich die Bevölkerungsexplosion in den armen Ländern in wachsenden Einwanderungsdruck auf die Südgrenzen Europas um. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sich der Zuzugsdruck Arbeitsuchender auf die industriellen Metropolen bis zu dem Punkt auflädt, wo er weder durch rechtliche Barrieren noch durch polizeiliche Abwehrmaßnahmen zu stoppen ist. Die europäischen Grenzen nähern sich dem »Modell« der mexikanisch-nordamerikanischen Grenze an, um die Nacht für Nacht ein zäher »Einwanderungskrieg« geführt wird. (. . .)

Das neue Europa wird kaum den Sieg des Sozialstaats, sondern vielmehr einen weiteren Schub zu seiner Aushöhlung bringen. Es ist anzunehmen, daß sich die Ungleichgewichte und Abstufungen, die wegen der Überlegenheit der westlichen Industriezonen die gesamteuropäische Arbeitsteilung prägen werden, in den westlichen Gesellschaften selbst in die verstärkte Polarisierung ihrer Sozialstrukturen und in die zusätzliche Vertiefung ihrer Arbeitsmarktsegregation umsetzen. Grob skizziert

hätte das zur Folge: Gewinner werden vor allem die Stammebelegschaften der modernen exportorientierten Großunternehmen mit oligopolistischer Marktmacht und hohem Qualifikationsniveau sein. Ihre Prosperität fördert auch den weiteren Ausbau des privaten Dienstleistungssektors. Die Schicht der Erwerbstätigen, die sich private Dienste kaufen können, wächst, und damit auch die Klasse der Diensthilfen, die sich überwiegend aus den gering qualifizierten Einwanderergruppen rekrutiert. Die Segregation der Arbeitsmärkte verknüpft sich verstärkt mit ethnischen Kriterien. Die bisherige Arbeitsmarktpolitik – Abschottung der Arbeitsmärkte nach außen, Gleichstellung der ausländischen Arbeitnehmer im Inneren – bricht bei anhaltenden Einwanderungsströmungen auch insofern zusammen, als einzelne ethnische Gruppen zunehmend ganze Nischen und Segmente des Arbeitsmarktes besetzen und mit ihren Traditionen ausfüllen. Rassistische Spannungen nehmen bedrohlich zu, auch die »Kultur der Arbeitsbeziehungen« wird sich weiterhin polarisieren: Während in den qualifizierten Segmenten Langzeitkriterien an Gewicht gewinnen, kommt es an der Arbeitsmarktperipherie zur Ausbreitung prekärer und kurzzeitiger *bad jobs*, bei denen die arbeitsrechtlichen Konditionen unterlaufen werden.

Verwirklichen sich diese Tendenzen, dann werden sie die strukturellen Defizite verstär-

Küche der Kolchose „Der Weg des V. I. Lenin“ in der Kuban-Region bei Krasnodar

Foto: H. Lohmeyer / JOKER



ken, durch die die gewerkschaftliche Organisationsmacht gleichsam von ihren Polen her erodiert, weil hier die traditionelle gewerkschaftliche Interessenpolitik nicht mehr hinreichend greift. Das gilt auf der einen Seite für den wachsenden, nach wie vor gewerkschaftlich schlecht organisierten und besetzten Angestelltenbereich der Privatwirtschaft. Hier, vor allem bei den qualifizierten Gruppen der »Know-how- und Leistungsträger«, werden die Hauptgewinner einer möglichen Prosperität zu finden sein. Ihre Position erlaubt es ihnen, sich mit ihrer Interessenorientierung weiter von einer Gewerkschaftspolitik zu entfernen, die sich großflächig auf materielle Fragen richtet. Auf der anderen Seite der Arbeitshierarchie wird sich mit dem Zuwachs der privaten Dienste nicht nur der Sektor ausweiten, der gewerkschaftlich und arbeitsrechtlich unkontrolliert bleibt. In den Dienstleistungssektoren, in denen weniger berufliche als extrafunktionale Qualifikationen abgefordert werden, herrscht – zumal bei dem hohen Arbeitskraftangebot, das hier durch steigende Frauenerwerbstätigkeit und Einwanderung zu erwarten ist – auch das niedrigste Niveau der Einkommens- und Arbeitsbedingungen, das gewerkschaftlich und arbeitsrechtlich gerade noch erfaßt wird. Überall nehmen die Notstände bei den sozialen Diensten katastrophal zu.

Schon in den letzten Jahren haben die heftigsten Interessenkonflikte gerade in diesen Bereichen stattgefunden: Streiks des Krankenhauspersonals und im Einzelhandel in der Bundesrepublik, der Krankenschwestern in Frankreich und in den öffentlichen Diensten in Italien (hier jeweils spontan ohne die Gewerkschaften), des Putzpersonals am Madrider Flughafen, des Kindertagesstätten-Personals in Berlin. Diese Arbeitskämpfe betreffen in hohem Maße Frauen und Einwanderergruppen, sie erhalten ihre Brisanz aus der eklatanten Benachteiligung dieser Gruppen, bleiben aber für die Masse der Arbeitnehmer bedeutungslos und dementsprechend politisch isoliert. Hier zeichnet sich also eine Fragmentierung des sozialen Konflikts ab, die mit der schleichenden Aushöhlung der Gewerkschaftsmacht in ihren klassischen industriellen Kampfbereichen einhergeht. Diese Tendenzen, die schon den politischen Bedeutungsverlust der Gewerkschaften in der neokonservativen Phase mitverursacht haben, können die Industriegewerkschaften künftig verstärkt in die Rolle von Interessenverbänden privilegierter Gruppen drängen.

Die Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozeß

Eine Probe auf die sozialen Probleme der künftigen europäischen Integration wird mit dem Exempel der deutschen Einigung gemacht. Die Gewerkschaften sind hier wie nirgends sonst mit den Problemen konfrontiert, die sich aus der sozialökonomischen und kulturellen Transformation des Ostens und der geforderten Anhebung seines Wohlstandsniveaus ergeben. (. . .)

Die deutschen Gewerkschaften müssen allen voran das größte Interesse an der sozialen und ökonomischen Stabilisierung des Ostens und am Aufbau starker, politisch handlungsfähiger Gewerkschaften dort haben. Ihre eigene Kraft wird durch die deutsche Einigung auf harte Proben gestellt. Mit der überhasteten Währungsunion hat die marktideologisch verblendete, in tagespolitischer Hektik und Kurzsichtigkeit erstickende politische Klasse der Bundesrepublik nicht nur ihr Unverständnis für geschichtliche Prozesse nachgewiesen und eine horrende Hypothek für die innerdeutsche Zukunft aufgenommen. Sie hat mit dem rücksichtslosen, alle Konventionen verletzenden Abbruch sämtlicher osteuropäischer Wirtschaftsbeziehungen der DDR zugleich einen kolonialistischen Akt begangen, der Osteuropa zum Hinterland der deutschen Einigung degradiert, dort zusätzliche Destabilisierungen bewirkt und der erst recht soziale Spannungen im Verhältnis der osteuropäischen Staaten zu Deutschland aufzubauen droht. Die Währungsunion ist auch eine Niederlage für die Gewerkschaften, die dieser Politik wenig entgegenzusetzen hatten, an ihren Folgen aber schwer zu tragen haben werden. (. . .)

Der bundesdeutsche Sozialstaat hat die Krise der 80er Jahre vergleichsweise gut überstanden. Erst jetzt werden die destruktiven Langzeitfolgen der neokonservativen Politik in der Wohnungsnot, im Pflegenotstand, in der Krise des öffentlichen Verkehrs sichtbar. Durch die überhastete Einigungspolitik wird die sozialstaatliche Substanz der Bundesrepublik massiv in Frage gestellt. Das vereinigte Deutschland wird sozial gespalten bleiben, politisch und kulturell werden sich Strukturelemente kolonialistischer Herrschaft herausbilden. Die horrenden wirtschaftlichen Belastungen, denen die Bundesrepublik durch die Einigung und die globalen Krisenherde ausgesetzt ist, werden zweifellos zur Verschärfung der Verteilungskonflikte führen. (. . .)

Die Gewerkschaften haben bisher nur am Rande mit ihren tarifpolitischen Aktivitäten in

der DDR in den Einigungsprozeß eingreifen können. Sie sind vorwiegend mit ihrer eigenen organisatorischen Rekonstruktion im Osten beschäftigt. (...) Wann sonst, wenn nicht jetzt, stünde die Repolitisierung der Gewerkschaften dringlicher auf der Tagesordnung, die sie in ihrer Zukunftsdebatte angesagt haben. Über die künftige Wirtschaftsstruktur auf dem Gebiet der DDR und ihre Integration in das gesamtdeutsche Wirtschaftsgefüge findet so gut wie keine öffentliche Diskussion statt. Ohne ernsthafte zukunftsgerichtete Überprüfung werden Konzepte der Verkehrs-, der Städtebau-, der Wohnungsbau-, der Gesundheits- und der Bildungspolitik auf das Gebiet der DDR übertragen, die bereits gescheitert und ohne tragfähige Perspektive sind. Verspielt wird aber auch die Chance, mit dem Einigungsprozeß zugleich Initiativen zur Konversion der Rüstungsindustrien und Modelle für eine sozialökologische Industriekultur zu entwickeln, die international ausstrahlen könnten.

Auf allen diesen Feldern liegen Aufgaben für die Reorganisation des öffentlichen Dialogs, die zugleich Chancen für die Revitalisierung der gewerkschaftlichen Politik bieten, wenn sie von dieser wahrgenommen werden. Die postmoderne Idylle der Bundesrepublik, in der sich schließlich auch ein Teil der kritischen Aktivbürger eingerichtet hatte, geht ihrem Ende entgegen. Es bleibt zu hoffen, daß sich mit der kommenden Zuspitzung der ökologischen und der sozialen Bedrohung auch die Barrieren zwischen traditionellen und neuen sozialen Bewegungen weiter abbauen werden. Die Gewerkschaften haben jedenfalls keine Wahl: Würden sie sich unter dem Druck massiv anwachsender sozialer Probleme auf den Nexus der ökonomischen Interessenvertretung zurückziehen, müßten sie auf der anderen Seite die Option auf stärkere Präsenz und Verankerung bei den qualifizierten moderneren Arbeitnehmerschichten verlieren, deren Ansprüche bei gesicherten materiellen Bedingungen auf eine mündige selbstverantwortliche Arbeit in einer zivilen, vielfältigen Lebenskultur zielen. Die Politisierung der Arbeit ist unabweislich. Die Gewerkschaften können sich die Kraft zur Bekämpfung sozialer Not nur soweit sichern, wie sie ungeteilt an der Erneuerung ihrer moralischen Kompetenz arbeiten.

Eine ausführliche Fassung dieses Artikels (mit umfangreicher Literaturübersicht) erschien in: *Helmut König / Bodo von Greiff / Helmut Schauer (Hg.), Sozialphilosophie der industriellen Arbeit, LEVIATHAN, Sonderheft 11/1990, Westdeutscher Verlag.*

JOHANO STRASSER

Solidarität und Differenz

Wohin gehen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik?

Als Franz Steinkühler vor nunmehr fast drei Jahren in einem Gespräch behauptete, »daß sich in den Gewerkschaften zur Zeit ein beachtlicher Umdenkungsprozeß vollzieht, der von der Öffentlichkeit bislang kaum zur Kenntnis genommen wurde«,¹ da klang das für jene Minderheit der Intellektuellen, die sich überhaupt noch ernsthaft mit den Gewerkschaften befaßten, eher wie der verzweifelte Versuch, den als zopfig und geistig immobil abgestempelten Gewerkschaften ein modernes Image zu geben, denn als eine sachlich begründete Aussage über den Zustand der deutschen Gewerkschaften. Es war die Zeit, da führende Gewerkschafter in der Kontroverse mit Oskar Lafontaine um die richtige Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit reihenweise hinter ihre eigenen besseren Einsichten zurückfielen und so den ohnehin verbreiteten Eindruck verstärkten, daß die deutschen Gewerkschaften in Tradition erstarbt, lernunfähig, rechthaberisch und intolerant seien.

Inzwischen haben sich die Wogen dieser Auseinandersetzung längst geglättet, und der von Steinkühler angesprochene Umdenkungsprozeß ist tatsächlich, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, weitergegangen. Jenseits aller Schlußfolgerungen hat sich bei vielen führenden Gewerkschaftern die Einsicht durchgesetzt, daß die Kritiker der traditionellen Gewerkschaftspolitik möglicherweise mehr zur Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften beizutragen haben als jene nibelungentreuen Haupt- und Ehrenamtlichen, die aus jedem Kritiker gleich einen Gewerkschaftsfeind machen. Denn – soviel hat man auch in den Gewerkschaftsvorständen begriffen – Organisationen, die sich vor lauter trutziger Geschlossenheit nicht rechtzeitig an veränderte Bedingungen anpassen, gehen zugrunde.

»Die Ausgangsbedingungen für gewerkschaftliche Interessenvertretungspolitik sind trotz guter gesamtwirtschaftlicher Rahmendaten zu Beginn der 90er Jahre nicht günstig.« Mit diesem Satz eröffnet Ilse Brusis, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Vorstandsvorsitzende der Hans-Böckler-Stiftung und Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, ihr Vorwort zu einem Gutachten, das den Versuch unternimmt, die veränderten Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit in der Bun-

desrepublik und die daraus resultierenden Gefahren und Chancen für die gewerkschaftliche Interessenvertretung darzulegen. Schon ein Blick auf die Liste der Autoren dieses Bandes macht deutlich, daß es sich hier wohl nicht um eines jener Gefälligkeitsgutachten handeln kann, mit denen Regierungen und Verbände sich – nicht selten zum eigenen Schaden – vorgefaßte Positionen bestätigen lassen. Elmar Altvater, Heinrich Epskamp, Rainer Erd, Ute Gerhard, Hans-Joachim Giegel, Rolf G. Heinze, Josef Hilbert, Jürgen Hoffmann, Reiner Hoffmann, Peter Kühne, Dietrich Lange, Claus Leggewie, Ulrich Mückenberger, Klaus Novy, Jürgen Prott, Sibylle Raasch, Eberhard Schmidt, Adelheid von Saldern, Rainer Zoll – das sind Namen, die erwarten lassen, daß in dieser Arbeit auch die für das herrschende gewerkschaftliche Selbstverständnis eher unangenehmen Tatsachen zur Sprache kommen, daß insbesondere auch die Erfahrungen und Wertgesichtspunkte der »neuen sozialen Bewegungen«, also der Ökologie-, der Alternativ- und der Frauenbewegung in die Diskussion um Programm und Strategie der Gewerkschaften Eingang finden.

Der Leser, der mit solchen Erwartungen an die Lektüre dieses Bandes geht, wird nicht enttäuscht. Probleme, die bisher in den gewerkschaftlichen Diskursen allenfalls eine untergeordnete Rolle spielten, wie der neue Individualisierungsschub, die Pluralisierung der Lebensstile, die Veränderungen im Geschlechterverhältnis und die veränderte Rolle der Kultur in unserer Gesellschaft stehen hier gleichrangig neben den ökonomischen und sozialen Problemen, und die Antworten, die gegeben werden, sind alles andere als traditionell. Eine Gewerkschaftsbewegung, die mit den hier zusammengetragenen Erkenntnissen produktiv umgehen will, die die Provokationen aushalten soll, die darin enthalten sind, wird allerdings zunächst jene Selbstblockierung aufbrechen müssen, die mit den alten Kommunikations- und Organisationsformen verbunden sind. Es ist daher nur folgerichtig, wenn Ilse Brusis in ihrem Vorwort vor allem die Schlußfolgerungen für den Arbeitsstil der Gewerkschaften hervorhebt: »Kulturelle Aktivitäten, Individualität und Kreativität, Protest und Widerspruch müssen gefördert werden. Dazu gehört, daß Gewerkschaften zum Ort der auch bei uns vielzitierten Streitkultur werden, wo unterschiedliche Meinungen zu wichtigen gesellschaftlichen und politischen Fragen pointiert, aber sachlich argumentativ ausgegossen werden können. Gerade bei neuen Arbeitnehmergruppen und vor allem bei jungen Menschen – das zukünftige Mitgliederpotential

der Gewerkschaften – zählen Kommunikation und kulturelle Initiativen mehr als Tradition und verordnete Beschlüsse.«²

Die Tatsache, daß ein Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB sich so eindeutig mit den Ergebnissen dieser kritischen Gewerkschaftsstudie identifiziert, ist sicherlich erfreulich. Aber daraus zu schließen, daß nunmehr die deutsche Gewerkschaftsbewegung entschlossen die längst fällige Reform ihrer Organisation, ihrer Arbeitsmethoden und ihrer Programmatik in Angriff nähme, wäre etwas vorschnell. Denn erstens ist der DGB als Dachorganisation etwas anderes als die (mächtigeren) Einzelgewerkschaften, und zweitens sind gerade an den Stellen der gewerkschaftlichen Organisation, wo über Form und Inhalt der täglichen Arbeit entschieden wird, vorwiegend Vertreter jener Traditionsbataillone der Arbeiterbewegung anzutreffen, die sich mit den neuen Herausforderungen an gewerkschaftliche Arbeit sehr schwer tun.

Wenn es einem ohnehin in den Kram paßt, so kann man sich als deutscher Gewerkschafter unter Hinweis auf die relativ stabilen Mitgliederzahlen leicht bei dem Gedanken beruhigen, daß es eine Krise der Gewerkschaften, wie sie in den USA schon lange, in Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden in jüngerer Zeit zu beobachten ist, in der Bundesrepublik nicht gibt. In der Tat scheint es – zumindest vorerst – so zu sein, wie etwa Andrei S. Markovits erst kürzlich in den GEWERKSCHAFTLICHEN MONATSHEFTEN (1/89) feststellte, daß die deutschen Gewerkschaften aus Gründen ihrer Organisations- und Arbeitsweise (ähnlich wie die schwedischen, österreichischen und norwegischen) mit gewissen modernen produktionstechnischen Veränderungen besser fertig werden als andere. Freilich wäre es verhängnisvoll, wenn solche Momentaufnahmen die deutschen Gewerkschaften dazu verführten, sich hinter einem Wall bewährter Prinzipien zu verbarrikadieren.

Denn, wie Jürgen Hoffmann, einer der Herausgeber des Gutachtens, schon vor einigen Jahren dargelegt hat, ist der relative Erfolg der deutschen Gewerkschaften seit 1975 – also in den Jahren, in denen die Gewerkschaften in Großbritannien, Frankreich und Italien in immer größere Schwierigkeiten gerieten – vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß in einigen wichtigen Teilarbeitsmärkten eine relative Knappheit an Arbeitskräften bewahrt wurde, die sozialen Kosten der Krise durch die Aufsplitterung des Arbeitsmarktes also gewissermaßen organisationspolitisch externalisiert werden konnten. Besonders Walther Müller-

Jentsch hat in letzter Zeit immer wieder warnend darauf hingewiesen, daß sich die aus der »neuen Topographie der Arbeit« ergebenden Trends »der traditionellen gewerkschaftlichen Organisations- und Interessenpolitik allesamt abträglich« sind.³

Warnungen wie diese sind es denn wohl auch gewesen, die den DGB veranlaßt haben, der Frage nach den veränderten Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit zu Beginn der 90er Jahre und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die gewerkschaftliche Organisation und Arbeitsweise systematischer nachzugehen, als dies auf Tagungen und Kongressen (wie z. B. dem wichtigen Zukunftskongreß der IG-Metall im Jahre 1988) möglich ist.

Von drei Seiten her wird die traditionelle Gewerkschaftsstrategie seit einer Reihe von Jahren immer gründlicher in Frage gestellt: 1. durch die weltweit sich beschleunigenden technologischen und arbeitsorganisatorischen Umstrukturierungen, 2. durch die zunehmende Dringlichkeit ökologischer Probleme und 3. durch den Wandel der Einstellungen und Werthaltungen der Arbeitnehmer. Alle drei Prozesse tendieren dazu, die bisherige Form der kollektiven Organisation und der Interessenvertretung in den Gewerkschaften zu unterhöhlen und der traditionellen Tarifpolitik den Boden zu entziehen. Wie die zahlreichen Äußerungen führender Gewerkschafter zeigen, wie zunehmend auch aus den Debatten auf Gewerkschaftskongressen, wie vor allem aus der seit Jahren intensiv geführten Diskussion in Organen wie den GEWERKSCHAFTLICHEN MONATSSHEFTEN deutlich wird, wird die Gefahr durchaus klar gesehen. Unklar ist aber immer noch, wie die Gewerkschaften der Gefahr begegnen können.

Zunächst war es die noch recht globale und oft undifferenzierte Diskussion über die »post-industrielle« oder die »Dienstleistungsgesellschaft«, die Zweifel daran weckte, ob die Gewerkschaften mit ihrer traditionellen Fixierung auf industrielle Großbetriebe und die sich aus dem industriellen Normalarbeitsverhältnis ergebenden Interessen nicht über kurz oder lang durch neuere Entwicklungen überrollt werden würden. In den letzten Jahren ist der »Prozeß der industriellen Reorganisation« (Kern/Sabel), für den manche den Begriff der »dritten industriellen Revolution« (Müller-Jentsch) verwenden, genauer erforscht worden, so daß wir heute sehr viel besser erkennen können, wie durch die neuen technisch-ökonomischen Entwicklungstrends sich die Voraussetzungen für die Arbeit der Gewerkschaften verändern. Die Differenzierung der Konsumentenwünsche führt in den hochentwickelten Industriegesell-

schaften zum Abschied von der tayloristischen Massenfertigung; individuellere Gestaltung der Produkte, kleinere Stückzahlen, schnellerer Wechsel des Produktionsprogramms heißen die neuen Trends. Die Stichworte dafür lauten: Postfordismus oder Posttaylorismus.

In der Praxis bedeutet dies nicht nur eine administrative Dezentralisierung der Unternehmen, sondern auch einschneidend arbeitsorganisatorische Veränderungen wie die Integration von Entwicklung und Fertigung, flexible und hochvernetzte Fertigungsmethoden (mit Just-in-time-Logistik, flexibler Automation, Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes und Ausweitung der Produktionszeiten), Prozesse, die die Gewerkschaften zwingen, von den alten tarifpolitischen Pauschalregelungen Abschied zu nehmen und sie zugleich vor ganz neue Probleme bei der Organisation der Interessenvertretung und der Rekrutierung von Gewerkschaftsnachwuchs stellen.

Verstärkt werden die desintegrativen Wirkungen der produktionstechnischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen durch neuere Trends, die in der soziologischen Literatur unter Stichworten wie »neuer Individualismus«, »Pluralisierung der Lebensstile« oder auch »Wertwandel« abgehandelt werden. Für eine Organisation wie die Gewerkschaften, deren Arbeitsstil und organisatorisches Selbstverständnis traditionell von den Grundbegriffen des alten kulturellen Modells, also von Selbstverleugnung, Zweckrationalität, Leistung und Verantwortung für andere geprägt ist, ergeben sich immense Schwierigkeiten, wenn zunehmend auch an der eigenen Basis sich das neue kulturelle Modell durchsetzt, in dessen Zentrum »Selbstverwirklichung«, also »das Verhältnis des Individuums zu sich selbst« steht. Insbesondere bei jungen Arbeitnehmern fruchten die alten Appelle an Geschlossenheit und Solidarität nicht mehr, weil sie als abstrakt, von der eigenen Erfahrung abgelöst angesehen werden. Zwar haben Yankelovich (schon 1981) und Zoll (neuerdings auch für die Bundesrepublik) nachgewiesen, daß der »neue Individualismus« solidarischeres Verhalten keineswegs ausschließt. Aber es kann nicht länger administrativ abgerufen oder gar verordnet werden, sondern muß in einem komplizierten kommunikativen Prozeß sich aus jeweils eigener Erfahrung und Einsicht begründen.⁴ Oder anders ausgedrückt: »Die Gewerkschaften dürfen . . . das Wort »Solidarität« nicht so benutzen wie der Schäfer den Hütehund, nämlich zum Zurückscheuchen der Ausbrechenden.«⁵

Hans O. Hemmer hat das Problem, das sich für die Gewerkschaften aus der Differenzie-

rung der Produktionsstrukturen und dem »neuen Individualismus« ergibt, knapp und eindringlich so beschrieben: »Die Gretchenfrage für die Gewerkschaften heute lautet also: Wie ist Solidarität über die verstärkten Fragmentierungen im Arbeitsleben und in der Gesellschaft hinweg zu bewahren beziehungsweise herzustellen? Wie sieht der Tarifvertrag aus, der zweifellos weiterbestehende gemeinsame Interessen aller Arbeitnehmer festschreibt und gleichzeitig den Interessen von Gruppen oder gar Individuen Raum gibt? Wie muß das Sozialversicherungssystem gestaltet sein, das gleichzeitig gute Grundsicherungen für alle gewährleistet und individuelle Ausgestaltungen zuläßt, ohne daß die Trennung in Luxus- und Arme-Leute-Medizin und -Rente eintritt.«⁶

Es ist offensichtlich, daß gewerkschaftliche Tarif- und Sozialpolitik in Zukunft noch komplizierter werden wird, als sie es ohnehin schon ist. Diese Tendenz wird noch verstärkt durch die Notwendigkeit, ökologische Gesichtspunkte in die Arbeit der Gewerkschaften stärker als bisher zu integrieren. In Zukunft werden die Gewerkschaften in den Augen ihrer Mitglieder und erst recht in den Augen einer breiteren Öffentlichkeit nicht mehr überzeugend wirken, wenn sich ihr ökologisches Interesse auf Fragen des Arbeitsschutzes beschränkt. Sie werden sich, ob ihnen das paßt oder nicht – und die Rollenprobleme, die damit verbunden sind, sollten nicht unterschätzt werden – auch den Kopf des Unternehmers zerbrechen müssen, d. h. Produktpolitik betreiben und sich um die allgemeinen ökologischen Auswirkungen der Produktion kümmern müssen, wie das in Einzelfällen, z. B. in den Bemühungen um Rüstungskonversion, ja auch schon geschieht. Sie werden sich auf die veränderte Lage in der Arbeitswelt einlassen, von der Defensive in die Offensive übergehen müssen, um die neuen Möglichkeiten und Wirklichkeiten nach den Interessen der Arbeitnehmer und unter aktiver Beteiligung der Betroffenen zu gestalten. Das Lösungswort hierfür lautet: »arbeitsorientierte Gestaltungspolitik«, und wenn sie klug angepackt wird, versteht sie sich als Hilfe zur Selbsthilfe. Allerdings heißt auch hier das erste Gebot: Mit der Differenz leben lernen. Ohne »eine andere Gewerkschaftspolitik, die auch die Koexistenz von Interessengegensätzen ermöglicht«, ist auch hier, wie Frigga Haug zu recht betont, nichts zu erreichen.⁷

Die praktischen Vorschläge, die die Autoren des DGB-Gutachtens zur Veränderung und Erweiterung gewerkschaftlicher Tarif- und Gesellschaftspolitik machen, reichen von arbeitnehmerorientierter Flexibilisierung über eine

aktive Produktionspolitik bis hin zu bildungs- und kulturpolitischen sowie wohnungsbaupolitischen Initiativen. Ein Punkt verdient in diesem Zusammenhang besondere Beachtung: Eine komplexere, die Lebenssituation von Arbeitnehmern in ihrer ganzen Differenziertheit beachtende Gewerkschaftsstrategie kann ohne organisatorische Veränderungen in den Gewerkschaften selbst nicht gelingen. In den Worten des Gutachtens: »Vieles spricht dafür, daß die Reproduktionssphäre gegenüber der Produktionssphäre als Ort sozialer Identitätsbildung und Kommunikation an Bedeutung gewinnt. Wollen die Gewerkschaften vermeiden, daß sich die Erosion des traditionellen Normalarbeitstages und -verhältnisses und die daraus folgende Umwertung von Arbeit und Freizeit zu Lasten des gewerkschaftlichen Organisationsgrades auswirken, so müssen sie verstärkt Angebote im Bereich der lebensweltlichen Zusammenhänge entwickeln.«

Auch um die intensive Verständigung, die komplizierte Abstimmung individueller Interessen und Werthaltungen organisieren zu können, die mehr und mehr zur unerläßlichen Voraussetzung für Solidarität und gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit wird, muß die gegenwärtige Organisationsstruktur grundlegend verändert werden. Innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen wären Gruppen im Wohnbereich und Ortskartelle Treffpunkte, wo derartige Formen der Kommunikations- und Streitkultur sich entwickeln könnten. Ortsnahe, an den Lebenszusammenhängen der Mitglieder orientierte dezentrale Zusammenschlüsse dienen dabei nicht primär der Umsetzung von Beschlüssen, sondern der gegenseitigen Verständigung. Die Vermittlung betrieblicher und außerbetrieblicher Probleme und Aktivitäten, die Einmischung in die Kommunalpolitik, das Entwickeln kultureller Formen, die mit dem Lebenszusammenhang der Kolleginnen und Kollegen korrespondieren, stehen im Mittelpunkt einer solchen verständigungsorientierten, basisbezogenen Gewerkschaftsarbeit.

Freilich: So klar und einsichtig die Forderung ist, so eindeutig ist auch, daß die organisationspolitischen Entscheidungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren ziemlich genau in die entgegengesetzte Richtung wiesen. Seit 1968 hat sich die Zahl der DGB-Ortskartelle halbiert, und auch die neueste Organisationsreform läuft darauf hinaus, daß sich die Gewerkschaften immer weiter aus der Fläche zurückziehen, sich noch weiter zu hochzentralisierten Dienstleistungsunternehmen entwickeln. Solange die Gewerkschaft, besonders aus der Sicht der jüngeren Arbeitnehmer, nicht viel

mehr ist als ein »Haus mit Telefonen« (Bert Brecht), wird die von den Autoren des Gutachtens mit plausiblen Argumenten geforderte Veränderung und Erweiterung der gewerkschaftlichen Strategie und die Schaffung einer kommunikativen Gewerkschaftskultur nicht zustande kommen.

Ein solches organisationspolitisches Versagen würde sich über kurz oder lang für die deutschen Gewerkschaften wahrscheinlich verheerend auswirken, zumal durch die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und durch die deutsche Vereinigung sich zusätzlich Probleme aufürmen, die in diesem Gutachten nur am Rande (in einem Anhang aus aktuellem Anlaß) angesprochen werden. Was aber die Kernfrage nach der Verbindung von Solidarität und Individualität angeht, so wäre es sicher völlig verfehlt zu glauben, daß durch die Öffnung des Ostens und die dadurch bedingte Renaissance klassischer Probleme der Verteilung und der sozialen Sicherung sich eine Rückkehr zu traditionellen gewerkschaftlichen Strategien anböte. Den Autoren des Gutachtens ist nur zuzustimmen, wenn sie mit Bezug auf die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa warnend darauf hinweisen, daß das Scheitern des »realen Sozialismus« nicht zuletzt das Scheitern einer Politik ist, die »auf »Lager« und »Klasse«, auf »Großorganisationen«, »Zentralismus« und »Staat« setzte und darin die Gewähr für »Einheit«, »Effektivität« und für »gesellschaftliche Rationalität« sah.«

Eine der schwierigsten Fragen, die die Autoren des Gutachtens nur mit Blick auf den EG-Binnenmarkt diskutieren, die aber erst recht gegenüber Mittel- und Osteuropa von Bedeutung ist, ist die nach der Möglichkeit und den Konturen einer neuen Form von internationaler Solidarität der Gewerkschaften angesichts der Tatsache, daß wohl noch für eine längere Periode die sozialen Ausgangsbedingungen zwischen einzelnen Ländern und Regionen in Europa sehr unterschiedlich bleiben werden. Die Rede vom »einheitlichen Sozialraum Europa«, so richtig die Forderung auf lange Sicht ist, kann in der Tat leicht zur Beschwichtigungsformel werden, hinter der die tatsächlichen Differenzen verborgen werden. Selbst wenn es gelänge – was allerdings nahezu ausgeschlossen ist –, überall in Europa die Löhne und die Sozialleistungen auf das Niveau der Bundesrepublik-West zu heben, hätte dies auf absehbare Zeit doch nur zur Folge, daß die portugiesischen, griechischen, irischen (erst recht natürlich die polnischen!) Arbeiter um ihren einzigen »Standortvorteil« gebracht würden, nämlich die relativ geringeren Kosten ihrer Arbeit. Solidarität

wird also in der Praxis, zumindest für lange Zeit, bedeuten, daß man nach Möglichkeiten eines koordinierten Handelns unter den Bedingungen erheblicher Statusungleichheiten sucht und nicht ausschließlich auf die soziale und rechtliche Vereinheitlichung fixiert bleibt, wenn absehbar ist, daß diese zumindest für eine lange Übergangszeit die Entwicklungschancen in den ärmeren Regionen eher verschlechtern würde oder, was wahrscheinlicher ist, nicht in der Form der Angleichung nach oben, sondern allenfalls als »Sozialdumping« durchsetzbar ist.

Weniger denn je kann sich gewerkschaftliche Arbeit heute auf eine weitgehend identische Interessenlage aller Arbeitenden berufen. Zwar gehören die klassischen Verteilungsprobleme keineswegs der Vergangenheit an, und die Forderung nach sozialer und rechtlicher Angleichung ist durch die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa eher noch dringlicher geworden. Dennoch werden die Gewerkschaften, wenn sie ein wichtiger gesellschaftsgestaltender Faktor bleiben wollen, weit mehr als bisher lernen müssen, mit der Differenz zu leben. Über die alten pauschalen Modelle rechtlicher und sozialer Gleichbehandlung hinaus muß nach flexiblen Regelungen gesucht werden, die den Solidarschutz kollektiver Vereinbarungen mit der Möglichkeit individueller Entfaltung von Einzelnen und Gruppen verbinden, die sich von der Fiktion des »Normalarbeiters« lösen und die Tatsache, daß die technisch-ökonomische Dynamik heute eine soziale und ideologische Pluralisierung von ungekanntem Ausmaß erzeugt, normativ wenden und auch Arbeitnehmern das Recht zubilligen, sich im Rahmen weitmaschiger kollektiver Regelungen ihre je eigene Form der Lebensführung auszusuchen.

Anmerkungen:

1. Vgl. GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE 6/1988.
2. Jürgen Hoffmann u. a. (Hg.), Jenseits der Beschluslage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt, HBS-Forschung, Bd. 1, Köln 1989, S. 13.
3. Walther Müller-Jentsch, Flexibler Kapitalismus und kollektive Interessenvertretung. Gewerkschaften in der dritten industriellen Revolution, in: *Ders., Zukunft der Gewerkschaften. Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt/M. u. New York 1988, S. 11 f.
4. Vgl. D. Yankelovich, *New Rules. Searching for self-fulfillment in a world turned upside down*, New York 1981; Rainer Zoll, *Nicht so wie unsere Eltern, Ein neues kulturelles Modell*, Opladen 1989.
5. Peter Glotz, Problemfelder Produktion, Individualisierung und Kultur, in: *IG-Metall, Solidarität und Freiheit. Intern. Zukunftskongress 1988*, S. 367.
6. Hans O. Hemmer, Zustand gut – Aussichten trübe? Anmerkungen zur Lage der Gewerkschaften, in: GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE, 6/1988, S. 329.
7. Vgl. Frigga Haug, Meines Glückes Schmied, in: *CONSTRUCTIV*, 2 (Januar 1991), S. 25.

CLAUDIA MANCINA

Zur Politik der Differenz

Erwiderung auf Miriam Mafai

Der Angriff von Miriam Mafai verdient Beachtung, ihn einfach mit einem Achselzucken oder einem entnervten Seufzer zu übergehen, wäre töricht. Gewiß, ihr Text ist kein Beispiel großer Toleranz gegenüber abweichenden Vorstellungen und offenbart auch kein großes Bemühen, zu verstehen. Dennoch bekundet er eine Meinung, die unter Männern und Frauen zunehmend verbreitet ist. Zweifellos treffen die beispiellosen Errungenschaften der Frauen in der KPI – was Kultur und organisatorischen Einfluß angeht – auf eine Mauer von Widerstand, Unverständnis und oft auch Unduldsamkeit, die ein ernstes Problem zu werden droht. Wenn wir verhindern wollen, daß unsere Politik die größeren Widerstände nicht bei den Männern, sondern bei den Frauen findet, nicht in den konservativ ausgerichteten Parteikreisen, sondern bei denen, die sich für die Aufgeklärteren und Fortschrittlicheren halten, dann müssen wir die Einwände, die Miriam Mafai vorgebracht hat, sehr ernst nehmen.

In der alten KPI hat es keine Erneuerung gegeben, die nicht aufgrund einer Initiative oder zumindest mit Zustimmung des Zentrums durchgesetzt wurde. Und genau in dieser Weise wurde auch die Politik der Geschlechterdifferenz in dem Moment »akzeptiert«, als ein Generalsekretär das so entschied. So kam es, daß, paradoxerweise, die Macht des Zentrums zum Garanten einer autonomen Politik der Frauen wurde. Die alte Struktur der KPI lieferte jener Kraft eine Krücke, die sie am meisten in die Krise stürzte.

Das brachte ganz offensichtliche Vorteile mit sich: Die *Charta der Frauen* hätte wohl schwerlich einen solchen Erfolg gehabt, die Quoten von zuerst 33 % und dann 40 % in den Führungsgremien der Partei wären nicht akzeptiert worden; es wären auch nicht so viele Frauen in die Institutionen gewählt worden. Andererseits darf man auch nicht die Nachteile unterschätzen, die in dem Moment zutage traten, als die Partei sich entschied, ihre Form zu ändern, und als der »Demokratische Zentralismus« aus alter kommunistischer Tradition verschwand. Der bedeutendste Nachteil bestand

ohne Zweifel in der Schwierigkeit, sich eine organisatorische Struktur vorstellen zu können, die der Autonomie der Frauen angemessen wäre. Obwohl es allen Frauen klar war – und bereits seit langem so diskutiert wurde –, daß die alten Frauenkommissionen radikal geändert werden müßten (die Arbeitsgruppen *der* Partei *für* die Frauen waren), war es doch nicht möglich, innerhalb der alten Parteiform eine neue Organisationsform zu entwickeln.

Das Ende des Demokratischen Zentralismus, das auch das Ende der Vermittlung zwischen den verschiedenen Autonomiebestrebungen seitens der Partei in ihrer überkommenen Form darstellte, hat dieses Problem erneut ganz konkret und unabweisbar auf die Tagesordnung gebracht. In diesem Rahmen ist es möglich und notwendig geworden, neue Regeln und Strukturen auch für die Frauen zu entwickeln.

Jetzt werden die Differenzen in den politischen Positionen bei den Frauen sichtbar. Und dabei vor allem zwischen den Frauen, die sich auf die Geschlechterdifferenz beziehen, und denen, die diese Strategie ablehnen. Oder auch zwischen den Frauen, die ihr eigenes politisches Handeln vor allem in Beziehung zu anderen Frauen sehen, und solchen, die diesen Konnex so nicht sehen. Diese Differenzen dürfen nicht übergangen oder der Vermittlung durch den Demokratischen Zentralismus überlassen werden (in Wahrheit also der Kommandogewalt der Zentrale), sondern sie müssen auf einer politischen und organisatorischen Ebene vorgedacht und geregelt werden.

Ich glaube, diese politische Phase, in der wir uns jetzt gerade befinden, erklärt auch, warum bestimmte Kritiken solche Wucht und Bedeutung erlangen. Trotzdem sind sie nicht neu. Ihre Wurzeln reichen weit zurück; und ich würde es für einen Fehler halten, eine nur politische Antwort darauf zu geben. Wie immer, wenn es um Politik der Frauen geht, sind auch kulturelle und theoretische Fragen mit im Spiel, die je spezifisch betrachtet werden müssen.

1. Es ist nicht korrekt, ja, es macht auch keinen Sinn, die *Politik der Differenz*, wie sie

von den Frauen der KPI seit 1987 praktiziert wird, mit dem *Denken der Differenz* gleichzusetzen. Zwischen beiden besteht ganz offensichtlich eine Beziehung. Aber die muß man genau herausarbeiten, selbst wenn man sie kritisieren will. Die kommunistischen Frauen haben in diesen Jahren noch *vor* einer eigentlichen politischen Kultur das Recht aller Frauen hochgehalten, als *autonome* politische, individuelle und kollektive Subjekte anerkannt zu werden. In diesem Kampf haben sie sich stark von den Ideen einer Gruppe von Philosophinnen inspirieren lassen (Luce Irigaray und, in Italien, die Veroneser Gruppe »Diotima«), die das Denken der Geschlechterdifferenz in den Mittelpunkt ihrer Forschungen rückte. Zwei oder drei grundlegende Ideen haben sie von ihnen übernommen. Zunächst die Vorstellung, daß in einer Welt, die maßgeschneidert ist für den Mann, Rechtsgleichheit zur Befreiung der Frauen nicht ausreicht. Zweitens, daß die Freiheit der Frau eine Kultur und eine Sprache verlangt, in der die Frau nicht *das andere Geschlecht* ist: Natur, Körper und Materie weiblicherseits im Gegensatz zum Geist, Verstand und Wissen, das dem Mann zugeschrieben wurde. Über Jahrtausende waren die Frauen nicht nur der elementaren politischen Rechte beraubt, sondern auch des ganz grundlegenden Rechts, sich nicht durch den Gegensatz zum anderen, sondern *für sich* zu definieren, eine Voraussetzung für menschliche Freiheit überhaupt. Drittens, daß diese Arbeit durch die Frauen selbst geleistet werden muß, indem sie sich untereinander in Beziehung setzen. Anscheinend ist das eine ganz banale Idee, aber sie wirkt an jeder Stelle der Arbeit, des Denkens und der Politik subversiv. Diese Vorstellungen bilden den Kern des Denkens der Geschlechterdifferenz.

Auf dieser Grundlage haben die kommunistischen Frauen eine politische und kulturelle Praxis entwickelt, die (im Guten wie im Schlechten) höchst originell ist. Eine Erfahrung, die sich vor allem an der Tradition der kommunistischen Partei Italiens maß und versuchte, die feministischen Ideen in eine politische Linie zu übersetzen, d. h. sie mit einer Vorstellung von sozialer Umgestaltung in Einklang zu bringen. Konkret bedeutete das, die neue Politik der Differenz mit dem reichen emanzipatorischen Erbe der kommunistischen Tradition zu verbinden. Auf diesem Weg gab es autonome Konzepte, parallele Wege, oft auch Konflikte mit dem, was im engeren Sinne das *Denken der Differenz* genannt wird. Zuweilen wurde die Diskussion sehr scharf geführt.

Ich möchte ein konkretes Beispiel anführen:

Bei den Wahlen von 1987 brachten die Kommunistinnen den Vorschlag einer »Geschlechtervertretung« ein, um so eine große Zahl von Frauen ins Parlament zu bringen. Das sollte dem Ziel dienen, »den Institutionen die Geschlechterdifferenz einzuschreiben«, also eine parlamentarische Frauenmacht zu bilden, die neben den Demonstrationen auf der Straße und den Universitäten eine autonome Frauenpolitik verfolgen könnte. Der Vorschlag löste bei den Philosophinnen der Differenz aufgrund ihrer Überzeugung, die Geschlechterdifferenz könne nicht repräsentativ zum Ausdruck gebracht werden, Erstaunen und Kritik aus. Da nun die Frauen in der Tat keine Sozialpartei und auch keine Interessensgruppe sind, sei auch die Differenz repräsentativ nicht darstellbar. Jener Vorschlag gründet jedoch in einem Verständnis von politischer Kultur, in der Repräsentanz als Fähigkeit aufgefaßt wird, auf der Basis eines bestimmten politischen Projekts eine Gruppe als Subjekt zusammenzuschließen und ins Leben zu rufen. Im fraglichen Fall war das Projekt die *Charta der Frauen*. Der Vorstoß hatte den Sinn, deren Inhalte in die Institutionen zu bringen. Man hätte durchaus selbst auf Seiten der *Charta*-Unterstützerinnen dieses Unterfangen kritisieren können. Stattdessen bestritt man aber ganz prinzipiell die Legitimität einer Frauenpolitik in den Institutionen, indem den kommunistischen Frauen ein autonomer Raum der Politikgestaltung abgesprochen wurde. Seit jener Zeit waren die Beziehungen zwischen den kommunistischen Frauen und dem Feminismus der Differenz nicht mehr auf Rosen gebettet. Und anläßlich der durch Ochetto eingeleiteten Wende haben sie sich noch verschlechtert.

Ich habe diese wichtige und in vielen Punkten schmerzliche Geschichte angeführt, um zu zeigen, daß es nicht möglich und auch nicht gut ist, alles in einen Topf zu werfen. Die seitherige Politik der Frauen in der KPI kann gewiß kritisiert werden. Aber es ist kein Zeichen von Ernsthaftigkeit, in der Kritik den Begriff *Denken der Differenz* synonym zu verwenden: im engeren Sinne als philosophische Schule und im weiteren Sinne als politische Strömung unter den Frauen. Eine Politik kann man nicht mit einer philosophischen Schule verwechseln und ihr dann Obskurantismus, Essentialismus, metaphysisches Denken etc. vorwerfen.

2. Hier werde ich mich nicht mit der Philosophie der Differenz befassen, die eine Betrachtung jenseits aller politischen Zusammenhänge verdient. Nur eines möchte ich herausstreichen, und das ist nur scheinbar von zweitrangiger Bedeutung. Warum soll ein Denken, dessen Gegenstand in der Geschlechterdifferenz besteht,

totalisierend sein, während ein männliches Denken, dessen Gegenstand beispielsweise in der Existenz zum Tode, der Logik der wissenschaftlichen Forschung oder der Analyse des moralischen Urteilens besteht, eben dies nicht wäre? Warum richtet man an Luce Irigaray die Frage, wieso sie im Namen der Frauen spricht, während niemals irgend jemand von einem Philosophen darüber Rechenschaft verlangt hat, daß er im Namen, ich sage nicht der Menschen, sondern der *Menschheit* spricht? In Wahrheit gibt es in der uns eigenen Form des Denkens – natürlich eine historisch bedingte Form, aber eine, die sich durch einen sehr, sehr langen Zeitraum hindurch herausgebildet hat – nur die einzige Modalität, daß *ein Mann* so spricht, als spräche er im Namen *DES Menschen*. Welche Sondererlaubnis ist hier also für die Frau erforderlich? Stimmt es vielleicht nicht, daß die uns eigene Form des Denkens den Frauen nicht gestattet zu denken, es sei denn, sie dächten sich als Männer?

Einige Frauen haben sich das trotzdem gestattet, und es erstaunt nicht, wenn es ihnen schwerfällt (oder auch einigermaßen langweilig ist), im Namen der Menschheit zu sprechen: Sie beschränken sich darauf, in ihrem Namen oder auch dem der Frauen zu sprechen. Über ihre Ideen und ihre intellektuelle Formation wie

auch über die eventuelle Verworrenheit ihrer Sprache; sie sind nur vor sich selbst verantwortlich. Aber alle Frauen stehen etwas in ihrer Schuld, auch dann, wenn sie deren Ideen nicht teilen, denn sie haben unter Beweis gestellt, daß man im Namen der Frauen denken und philosophieren kann.

3. Miriam Mafai beklagt, daß von den kommunistischen Frauen keine Reformvorschläge kämen, sondern nur fundamentalistische Utopien. Für die KPI seien sie ein Surrogat des Leninismus und Operatismus, die von der Geschichte inzwischen überholt seien. Und für die Gründung einer neuen Linkspartei seien sie vollkommen fehl am Platze, denn die wolle ja gerade all das überwinden, was es an Ideologischem in einer so spezifischen kommunistischen Partei wie der italienischen gab.

Das ist ein gefährliches Argument, denn es bezieht sich in ungenauer und – nach meiner Ansicht – verfehlter Weise auf eine reale Frage. Es handelt sich jedoch um eine Frage, die nicht allein die Frauen betrifft, sondern die gesamte Linke. Und noch vielmehr eine Linke, die sich der Herausforderung stellt, ihr politisches Projekt und ihre Identität neu zu definieren. Wie kann die Beziehung zwischen der Wirksamkeit einer Politik und ihrer in den Grundzügen linken Ausrichtung aussehen? Oder, um die Be-

Foto: Martine Franck



griffe von Mafai zu verwenden, wie kann die Beziehung zwischen *Utopie* und *Reformismus* aussehen? Genau die Kluft zwischen diesen beiden Optionen stellt eine der größten Schwächen der linken Kultur dar, und zwar in allen ihren Varianten (sowohl der sozialdemokratischen wie auch der kommunistischen). Ich fürchte, eine Lösung durch das Beschneiden der utopischen Seite zu suchen, wird ebenso unfruchtbar sein wie das Kappen der reformistischen Seite. Die Utopie, wobei ich eher von Projekt sprechen möchte, ohne Reformismus wird zur puren Ideologie und Predigt; der Reformismus ohne Projekt wird reine Verwaltung und vergißt unterwegs auch noch die Reformen.

Um die von Projekten ausgehenden Anstöße zu leugnen, bezieht man sich mit einer gewissen Leichtfertigkeit auf die Aufklärung. Aber gerade die Aufklärung lehrt uns, wenn wir die Geschichte betrachten, daß der reformistische Impetus sich aus anscheinend ganz unpolitischen Ideen speist, und daß es nur wenige Ideen gibt, die, als sie das erste Mal gedacht wurden, nicht utopisch erschienen. Ist es utopisch zu glauben, die Zeitorganisation unseres Alltagslebens, die auf einer überholten Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern beruht, könne geändert werden? Die Antwort fällt schwer. Man versuche jedoch eine Antwort auf diese Frage: War es im 19. Jahrhundert utopisch, zu glauben, die Arbeiter müßten eine

Renten- und Krankenversicherung haben? Oder, um beim Thema der Zeitorganisation zu bleiben, konnte man zu Beginn der Industriel- len Revolution erstlich glauben, daß die Arbeitszeit gesetzlich begrenzt werden mußte?

Es bedarf neuer Ideen, um eine Reformpolitik in Gang zu setzen. Von vornherein kann man unmöglich alle Kompatibilitäten abschätzen. Im allgemeinen wird uns die Geschichte sagen, welche Ideen wirkungsvoll sind und welche nicht.

Damit will ich nicht bestreiten, daß es unter den Frauen fundamentalistische Tendenzen gibt. Ich halte diese Tendenzen in jeder politischen Gruppe für unvermeidlich, ganz besonders dann, wenn sie jung und von einer bisher nicht zum Ausdruck gekommenen Subjektivität getragen ist. Ich glaube nicht, daß hierin ein spezifischer Mangel der Frauen liegt, und noch viel weniger eine Zwangsläufigkeit der Idee der Geschlechterdifferenz, die ohne weiteres auch in nicht fundamentalistischer Weise konzipiert werden kann. Ich frage mich, warum man den Frauen nicht jene Differenzierung der Formen des Denkens und der Projekte – die einen sind besser, die anderen schlechter, die einen überzeugend, die anderen weniger – zugestehen will, die für alle anderen als normal erachtet wird. Wer, und aus welchem Grund, hat Angst vor Virginia Woolf?

Kultur

WALTER BENJAMIN

Mein Flügel ist zum Schwung bereit
ich kehrte gern zurück
denn blieb' ich auch lebendige Zeit
ich hätte wenig Glück.

Gerhard Scholem, Gruß vom Angelus

Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen, und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muß so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns er-

scheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.

aus: Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, IX. These, GS, Bd. 1.2, Frankfurt 1978

Nachruf auf die sowjetische Literatur. Ein fröhliches Begräbnis und neue Aussichten« ist der Titel eines gescheiten, frech provokativen Artikels des Autors und Kritikers Viktor Jerofejew, der seit seinem Erscheinen im Sommer 1990 (deutsch schon am 27. 1. 90 in der FAZ) die Gemüter der russischen Lesegesellschaft nicht mehr zur Ruhe kommen läßt. Ohne jeden Anflug von Trauer konstatiert da Jerofejew nämlich das Ende der sowjetischen Literatur, deren Hauptausprägungen der letzten Jahrzehnte – die offizielle, die Dorf-literatur und die liberale – »unter den Kanonaden von Glasnost und Perestrojka still ihren Geist aufgegeben« hätten, und hält ihr vergnügt die Grabrede.

Die Reaktionen in der spontanen Debatte, die der Artikel ausgelöst hat, reichen von erleichtert auflachender Zustimmung bei einigen ganz wenigen über bemüht seriöse Differenzierungsversuche der komplizierten Frage bei den meisten bis hin zu schreiender Empörung über den »infantilen Egoismus« dieses Autors und seinen »Barrikadentext«, den der Dorf-literat Viktor Astafjew etwa, mit einem Seitenhieb gegen die ökonomische Perestrojka, als die »Privatproduktion eines Kooperativliteraten« bezeichnet. Symptomatisch für die Reaktionen ist allein schon die Tatsache, daß sich fast alle durch den unehrerbietigen Stil des Textes verletzt fühlen, der nun allerdings an das Allerheiligste der russischen Literaturtradition rührt.

Ist doch der Literatur, die sich von ihren Anfängen in der Epoche zaristischer Selbstherrschaft bis in die allerjüngste Sowjetzeit kontinuierlich unter den Bedingungen von geistiger Unfreiheit und dem Druck der Zensur entwickeln mußte, in der russischen Geschichte eine schier überdimensionale Aufgabe zugefallen. Es war die Literatur, die, weil es nie eine entfaltete demokratische Öffentlichkeit gab – zumeist in verschlüsselter *äso-pischer* Sprache –, die Bürde aller politischen, sozialen und gesellschaftlichen Fragen des Landes zu transportieren hatte. Oft genug war die Literatur die einzige Form von Opposition; sie war Lebenshilfe und geistige Orientierung, Forum der Erbauung wie des Protests. Und der Schriftsteller mußte in Rußland immer »mehr als ein Dichter sein«. Er war moralische Instanz und Gewissen seines Landes, Priester und geistiger Wegweiser.

Diese bindende Tradition des gesellschaftlichen und moralischen Engagements ist auch in der Perestrojka-Epoche noch nicht gebrochen. Wir wissen, welche gewaltige Rolle in den tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen in der Sowjetunion die Literatur gespielt hat. Es waren die Werke der Dorfschriftsteller, die schon lange vor Beginn der Perestrojka die sozialistische Fortschrittsideologie radikal in Frage stellten und ein krasses Bild des katastrophalen moralischen Verfalls der Sowjetgesellschaft zeichneten. Es waren die Romane Anatolij Rybakows und Wladimir Dudinzews, die Dramen Michail Schatrows und Alexander Gelmans, die die stalinistische Vergangenheit mit ihren zerstörerischen Konsequenzen für die heutige Gesellschaft aufarbeiteten. Es waren die Bücher Tschingis Aitmatows, in denen die tiefsten Existenzfragen gestellt und das religiöse Denken als einziger moralischer Halt im geistigen Vakuum nach dem Bankrott der kommunistischen Ideologie rehabilitiert wurde.

Die politische und geistige Perestrojka ist nicht zuletzt das Ergebnis des Engagements der Schriftstellergeneration der *Schestidesjantniki*, der *Sechziger*, die im Tauwetter der Chruschtschow-Ära zu schreiben begannen, mit ihren aufklärerisch anklagenden Büchern das Umdenken vorbereiteten, und nun zumeist ganz konsequent ihre Rolle als Schriftsteller mit der des Publizisten oder Politikers vertauscht haben. Sie ringen nun mit Zeitungsartikeln, Reden und Auftritten um die unterschiedlichen Konzepte der Perestrojka oder sind gar Volksdeputierte oder Abgeordnete des Obersten Sowjet geworden.

Die meisten ihrer künstlerischen Werke jedoch, die noch in den ersten Jahren der Perestrojka als Sensation galten und hitzige Debatten in Gang setzten, haben inzwischen, angesichts der Flut von Dokumenten, Memoiren, Reportagen in Zeitungen und Zeitschriften zu allen Tabuthemen, Rost angesetzt, sind erstaunlich schnell veraltet. Ihre informative, publizistische Funktion hat diese Literatur erfüllt und an die Massenmedien abgegeben.

Denn natürlich lag die Substanz dieser wichtigen Bücher in ihren politischen, ideologischen und moralischen Inhalten. Sprachlich und künstlerisch bleibt diese Literatur, trotz der völligen Umkehrung ihrer Vorzeichen und Wertsetzungen, letztlich dem sozialistischen Realis-



Viktor Jerofejew

Foto: Adine Sagalyn / Fischer

mus mit seinem eindeutigen gesellschaftlichen Engagement, seiner sozialpädagogischen Aufgabenstellung, seinem moralischen Pathos und optimistischen Menschenbild verpflichtet. Und es ist dies eine Linie, die tief in der russischen literarischen Tradition verankert ist. Unter den völlig neuartigen Bedingungen des literarischen Lebens in dieser wilden, chaotischen Umbruchszeit der Perestrojka, deren einzige Erbsenschaft bisher Glasnost, die rückhaltlose Offenheit ist, werden nun die ersten Ansätze für eine neue Literatur erkennbar, die rigoros mit dieser Tradition bricht.

Küchenperiode

Drugaja, andere Prosa hat der Kritiker Tschuprinin diese Strömung genannt, die eine Vielzahl auch stilistisch ganz unterschiedlicher Autoren vereint, und überhaupt nur auf dem Hintergrund der dominierenden Hauptstromliteratur als ein einheitliches Phänomen zu definieren ist.

Diese *andere Prosa* – und natürlich gibt es in Drama und Lyrik parallele Entwicklungen – ist nun durchaus nicht etwa eine Frucht der jüngeren Perestrojkajahre. Die ersten Texte jener nächsten jüngeren Generation von Schriftstellern sind mitten in der Stagnationszeit der

Breschnew-Ära entstanden, hatten eben nur keinerlei Chance, veröffentlicht zu werden. »Jung wird ja bei uns ein Schriftsteller solange genannt, wie er nicht gedruckt wird«, formulierte Jewgenij Popow, ein Vertreter dieser Autorengeneration, bissig. Und so sind denn die meisten dieser Autoren inzwischen auch schon um die 50. Nur haben sie seit vielen Jahren nach anderen als den vom Schriftstellerverband monopolisierten Gesetzen des offiziellen literarischen Lebens gelebt, in ihrer eigenen Untergrundszene, mit Lesungen im Freundeskreis, Publikationen im maschinengeschriebenen Samisdat, gemeinsamen Happenings mit den Kollegen aus dem Underground der bildenden Künste. Vielleicht geht diese Zeit des nächtelangen Pläneschmiedens, Debattierens und Phantasierens bei Tee und Wodka in den legendären Moskauer Küchen einmal als die »Küchenperiode« einer neuen Epoche (Tschuprinin) in die Literaturgeschichte ein.

Ein erster Paukenschlag, mit dem diese ausgestoßene Literatur überraschend die Aufmerksamkeit auf sich zog, war der freie Almanach *Metropol*, ein dickes Konvolut von auf Zeichenpapier geklebten maschinengeschriebenen Seiten, mit dem eine Gruppe von Schriftstellern im Jahre 1979 ihre Unabhängigkeit und innere Freiheit von der Zensur und der Literaturbürokratie unter Beweis stellen wollte. Ohne jeden Zusatz oder Abstrich sollten die darin zusammengestellten, ganz unterschiedlichen Texte erscheinen, das war die einzige Bedingung des Herausgebers an den Schriftstellerverband, in dessen Vorstand man daraufhin hektisch zu rotieren begann. Dabei war dieser Sammelband alles andere als ein Manifest politischer Dissidenten. Er enthielt nur eben eine Art von Literatur, die von den herrschenden Literaturbürokraten in der darauffolgenden Kampagne als »pornographisch«, »unreif«, »vulgär«, »gemein« oder auch »zionistisch« ausgegrenzt wurde. Also erschien der inzwischen legendäre Sammelband dann doch nur im Westen und hatte für einige der Beteiligten bittere Konsequenzen. Zwar wurde man in der Breschnew-Ära wegen einer solchen Widerborstigkeit nicht mehr gleich ins Gefängnis gesteckt, aber die einen gingen in die Emigration, die anderen zogen sich wieder in den inoffiziellen Underground zurück und schrieben weiter für ihre engsten Freunde oder für die Schublade.

Und so bunt und vielfältig die Texte der 23 *Metropol*-Autoren waren, so unterschiedlich und reichhaltig ist auch die Literatur, die nun ganz allmählich auch für den russischen Leser zugänglich wird und für die sich die Bezeichnung *andere, alternative* Literatur eingebür-

gert hat. Mit diesem Begriff werden so grundverschiedene Autoren wie Sergej Kaledin, Tatjana Tolstaja, Wjatscheslaw Pjezuch, Ljudmila Petruschewskaja, Valerija Narbikowa, Jewgenij Popow, Viktor Jerofejew u. a. zusammengefaßt. Und trotz der breiten Öffnung der Gesellschaft haben sie es bis heute schwer, den Weg zum russischen Leser zu finden. Zu festgefügt durch die geheiligte Tradition ist der Erwartungshorizont der meisten Leser und Kritiker, für die Literatur der reine, erhabene Ausdruck der richtigen Gesinnung zu sein hat, oder doch zumindest der Protest gegen das Böse im Namen hoher Ideale.

Und während es eine politische Zensur nun für die Literatur nicht mehr gibt, ist das Fortbestehen einer Art von ästhetischer und moralischer Zensur in den Köpfen der etablierten Redakteure und Kritiker wie auch der Masse der Leser eine Tatsache. Zu ungewohnt ist nämlich das, was diese neue Prosa bietet.

Das sind zuerst einmal die Stoffe und Themen, die ganz andere, unerkannte und unerforschte Bereiche der Wirklichkeit zugänglich machen. Es sind die Randzonen der Gesellschaft, die Welt der *Outsider* und *Underdogs*, der Sonderlinge und Ausgeflippten, der Alkoholiker und Süchtigen, der Pechvögel und Deklassierten. Diese Literatur erobert sich bisher streng tabuisierte Zonen im Land einer puritanischen Moral: die Sexualität und die Niederungen des Körperlichen, die kreatürliche Natur des Menschen.

Und doch sind es weniger die Themen, die Anstoß erregen, als die Art des Umgangs damit. All diese dunklen Bereiche des Lebens werden ohne moralisierenden Ton, ohne jede Spur von Belehrung in ironisch distanzierter Grundhaltung als das Natürlichste von der Welt vorgeführt, über die sich die Autoren nie mit Wertungen oder dem erhobenen Zeigefinger erheben, sondern die sie ganz von innen heraus zu erfassen suchen. Die erschreckende, phantastische, absurde Realität wird als normale, unveränderliche Gegebenheit betrachtet und beschrieben wie das Wetter.

Und mit der Einführung dieser unausgeleuchteten Räume der Wirklichkeit finden auch neue Sprachschichten, Slang und Jugendjargon, Gangstersprache und Mutterflüche Eingang in die Literatur und bringen alle langgehüteten Reinheitsvorstellungen der Literatursprache ins Wanken.

Jenseits der Ideologie

Das Wesentlichste ist aber wohl die Abkehr von jeder Ideologie, die Absage an alle Formen der



Tatjana Tolstaja

Foto: Noel Matoff

gewohnten und geforderten »Parteilichkeit« der Literatur, die tiefreichende Skepsis gegenüber allen festgefühten ideologischen Systemen und vorgeprägten Denkmustern. Daraus folgt, daß die Autoren der *anderen Prosa* auch an der politisierten Kultur der Perestrojka, an der direkten literarischen Abrechnung mit Stalinismus und Politikratie keinen Anteil haben. All das ist für sie Schnee von gestern, hat sich längst erledigt. Ihre Illusionslosigkeit, ihre Abneigung gegen das so lange mißbrauchte politische Engagement führt zur totalen Verweigerung jeder Beteiligung an den laufenden politischen und ideologischen Kämpfen. Sie führen ihre Auseinandersetzungen nicht auf der politischen, sondern auf der ästhetischen Ebene. Da sie aber mit ihren Texten an geheiligte nationale Traditionen rühren und für eine Öffnung gegenüber der gesamten Weltkultur plädieren, sind sie zum gehafteten Angriffsziel nationalkonservativer Literatenkreise geworden, denen sie als abschreckendes Beispiel für die galoppierende Dekadenz und den Sittenverfall der Perestrojka-Kultur dienen.

Die *andere Prosa* ist die Literatur einer Generation von Schriftstellern, die schon nicht mehr erlebt haben, daß die sozialistische Utopie ihrer Väter einmal lebensvolle, tiefempfundene Bewusstseinsrealität und echte Antriebskraft war. Sie haben die graue, perspektivlose, absurde Wirklichkeit der Breschnew-Ära erfahren und die darübergestülpte Hülle der Propaganda, der Losungen und Parteiklischees als reine Mystifikation, als surreale Welt, als unverschämtes, aber letztlich komisches ideologisches Lügengewebe durchschaut. Ihre Reak-

tion darauf ist ein gesundes Mißtrauen gegenüber jeder Ideologie, ist die Demontage aller ideologischen Klischees des öffentlichen Bewußtseins durch Offenlegung ihrer Sprachmuster, ist die Destruktion aller tiefverwurzelten Mythen der Sowjetunion, ist der ironische Spott über die herrschenden Moralvorstellungen. Der Glaube an weltverbessernde Utopien, ja an die Sinnhaftigkeit der Welt ist ihnen längst verlorengegangen. Sie retten sich über den sich auf-tuenden Abgrund auf ganz unterschiedliche Weise, so wie das die Literatur der Moderne unseres Jahrhunderts vorgemacht hat: mit Ironie oder Zynismus, mit Humor oder Resignation, mit sachlich objektiver oder spielerischer Distanz, immer aber mit den Mitteln der Literatur, der Sprache, die ihnen mehr ist als ein Transportmittel für ideologische oder moralische Botschaften.

Bei aller Vorsicht vor leichtfertigen Klassifizierungen lassen sich grob zwei Linien der *anderen Prosa* herausarbeiten, die sich allerdings häufig genug überschneiden. Das ist zum einen die *shostkaja prosa* (Stokman), die *harte Prosa*, eine soziale Enthüllungsliteratur, die sich in großer Radikalität und mit der Haltung des kühlen, objektiven Beobachters den Niederungen des menschlichen Lebens, den verborgenen Ecken der Gesellschaft zuwendet und die Schicksale zerstört, verkrüppelter Menschen demonstriert. Hierher gehören etwa die Texte von Sergej Kaledin, die das Publikum schockiert haben: die Erzählung *Der demütige Friedhof* über das deprimierende Leben der Totengräber und Bettler, der Kleinkriminellen und Geschäftemacher, deren Lebensraum der Friedhof ist; die Erzählung *Strojbat* über die berühmten Baubataillone mit ihren eigenen, schrecklichen Normen des Zusammenlebens in einer Atmosphäre von Laster, Gewalt, Zynismus und Grausamkeit. Hierher gehört die Erzählung *Odljan oder die Luft der Freiheit* von Leonid Gabyschew über die Hölle einer Kolonie für jugendliche Kriminelle, in der jede menschliche Würde und Persönlichkeit zerstört wird. Hierher gehören auch die vielen Geschichten aus dem Milieu der Prostituierten und Süchtigen, der Alkoholiker und der »Limitschiki«, der Saisonarbeiter.

Es ist dies eine soziographische, naturalistische Prosa, die an die Tradition der physiologischen Skizze anknüpft, und die harte, grausame Realität scheinbar emotionslos und cool für sich selbst sprechen läßt. Da diesen Texten eine deutlich wertende Autorenposition fehlt, werden sie von vielen als *Tschernucha*, als Schwarzmalerei und Nestbeschmutzung empfunden und als zerstörerische Negationskultur

beschimpft. Und natürlich spielt die Provokation, spielt der Schock in dieser Prosa eine gewichtige Rolle, die eine bewußte Demontage des jahrzehntelang propagierten und längst zur leeren Schablone verkommenen, erhabenen Ideals vom »stolzen Menschen« darstellt. Durch die neueingeführten Sprachschichten der Gauer- und Soldatensprache, des *Mat*, der obszönen Mutterflüche und der kriminellen Halbwelt, ist sie auch künstlerisch innovatorisch.

Ästhetische Prosa

Noch deutlicher vom Gewohnten abweichend erscheint die zweite Linie der *anderen Prosa*, die als *artistische*, *artifizielle* oder *ästhetische* Prosa bezeichnet wird, in der die Sprache, die künstlerische Form ganz im Zentrum steht, das eigentliche Wesen des Textes ausmacht. Auch für diese Strömung gibt es in der russischen literarischen Tradition Vorläufer und Vorbilder, die nur in der offiziellen Literaturgeschichtsschreibung ausgegrenzt und totgeschwiegen wurden: die brillante Essayistik Wassilij Rosanows, das grandiose künstlerische Werk Vladimir Nabokovs, die Traditionslinie der absurden Literatur der 20er Jahre, der Gruppe der Oberluten und Daniil Charms.

Es ist dies eine in der Tat postsowjetische Literatur im Sinne der Postmoderne, die in spielerischer Freiheit mit den unterschiedlichsten ideologischen und sprachlichen Mustern des sowjetischen Alltags umgeht. Es ist dies eine Literatur, in der sich die Schichten der russischen und sowjetischen ideologischen Diskurse überlagern und diese damit in ihrer Allverfügbarkeit und inneren Leere bloßgelegt werden. Es ist dies eine Literatur der Epoche nach der Utopie, in der von den großen Idealen der Weltverbesserung nur noch die Sprachschablonen und Denkmuster in einer durch und durch medialisierten Welt übriggeblieben sind. Das Wesentliche ist jedoch, daß sich diese Autoren nicht als entlarvende Ideologie- und Sprachkritiker verstehen, die es besser wissen, die auf einer Position über dem Text stehen, sondern als Teil jener diffusen, sinnentleerten, von Wortschablonen geprägten Massenkultur, der sich keiner entziehen kann. Die Welt erscheint als ein unzusammenhängendes, zerfetztes Gewebe von Texten, in denen die Schicht der hohen Literatur und des philosophischen Diskurses gleichberechtigt neben der der Trivialmythen und der vulgärsten Popkultur steht.

Wenn an eine Wahrheit in letzter Instanz nicht mehr geglaubt wird, kann auch das Erzählen kein von einer übergeordneten Erzählergestalt durchkonstruiertes Weltmodell mehr

bieten, ist eine festumrissene, Zusammenhang und Orientierung herstellende Autorenposition nicht mehr möglich. Diese Grundhaltung der Texte wird nun mit den unterschiedlichsten literarischen Verfahren realisiert.

Das eine ist z. B. das Verschwinden des Autors überhaupt, sein Aufgehen in der Masse anonymen Stimmen. Charakteristisches Beispiel dafür ist Wladimir Sorokins Roman *Die Schlange* (Zürich 1990), in dem die Warteschlange vor einem Geschäft, in dem irgendeine heißbegehrte Defizitware verkauft wird, welche, erfährt man bis zum Schluß nicht, zu einem konzentrierten sozialen Modell des sowjetischen Alltags verdichtet wird. Hier fließen nur noch die wirren Stimmen der entpersönlichten Wartenden zu einem höchst kunstvollen und außerordentlich komischen »kollektiven Monolog« (Georg Witte) zusammen.

Die Erzählungen Viktor Jerofejews sind häufig angelegt als unzusammenhängende Monologe von Figuren, die keine Identität haben, kein Subjekt auszubilden vermögen, deren Bewußtsein nur noch ein eklektisches Nebeneinander der heterogensten ideologischen und sprachlichen Vorprägungen darstellt, das in seiner Beliebigkeit und Austauschbarkeit Abbild der Orientierungslosigkeit unserer Zeit ist.

In Jerofejews *Brief an die Mutter* z. B. legen sich die erstarrten Muster der Sprachwelten des sozialistischen Realismus, der orthodoxen Religion, der Folklore, des literarischen Edelkitsches und der unterschiedlichsten literarischen Traditionen von Nabokov bis zur Bürgerkriegsliteratur übereinander und formen sich zu einer bösen Parodie auch auf die Debatten der Perestrojka-Zeit. Der Brief beginnt wie folgt: »Liebe Mama! Hurra! Es lebe die Demokratie! Ja, meine Lieben, auch wir haben bis zum Tag unserer lichten Auferstehung abgestumpft gelebt. Nun beten wir still und voll Freude vor unseren geschändeten Altären für die Gesundheit unseres Befreiers. Gott helfe ihm! Amen! Und keinen Schritt zurück!«

Durch die Achronie und Gleichzeitigkeit der verschiedenen ideologischen und sprachlichen Muster entsteht ein Empfinden von Geschichtslosigkeit und absurder Endzeit. Mit ähnlichen parodistischen Montagen werden nicht nur inzwischen zum Abschluß freigegebene Ideologeme wie die kommunistische und sozialistische aufgespießt, sondern alle heiligen Kühe der russischen Intelligenzija geschlachtet.

Dem Verschwinden der Autorengestalt steht etwa bei Jewgenij Popow die bewußte Stilisierung der eigenen autobiographischen Person gegenüber. Fast immer taucht in seinen Erzählungen oder in seinem Roman *Die Seele ei-*



Ludmila Petruschewskaja

Foto: Viktor Marosov

nes Patrioten oder verschiedene Sendschreiben an Ferfutschkin die Gestalt eines 1946 geborenen Schriftstellers auf, der seine ganz privaten Erfahrungen in unendlichen Assoziationsketten voll trockenem und skurrilem Witz zu einem Gesellschaftsbild der Sowjetunion der letzten Jahrzehnte verdichtet. Das sind Bekenntnisse in ganz individueller Intonation, in stilisiertem blödelndem Plauderton, die der Autor keinesfalls als Kritik am Gesellschaftssystem verstanden wissen will. Alles, aber auch alles, die eigene Person eingeschlossen, ist hier zum Verlassen freigegeben.

Literaturnost

Ein konstitutives Kennzeichen dieser Linie der »anderen Prosa« ist die *Literaturnost*, das kunstvolle Spiel mit Versatzstücken der russischen literarischen Tradition, das gleichzeitig eine selbstironische Apotheose wie auch eine Demontage des Mythos Literatur im russischen Alltagsleben sein kann.

Wjatscheslaw Pjezuch etwa hat mit seinem Kurzroman *Die neue Moskauer Philosophie* eine spannend konstruierte parodistische Replik auf Dostojewskijs, zum kanonisierten Bildungsgut gehörenden Roman *Raskolnikow. Schuld und Sühne* geschrieben. Es geht auch

hier um den Tod einer alten Frau in einer Kommunalwohnung, der aber nicht mehr wie bei Dostojewskij ein tiefeschürfendes philosophisches Ringen auslöst, sondern vor allem den platten Kampf darum, wer von den Mitbewohnern das heißbegehrte, nun freigewordene Zimmer zugesprochen kriegen wird. Der ganze Text ist durchsetzt mit literarischen Parallelen und Anspielungen, und es entsteht ein irisierendes Ineinander von Literatur und Leben, von Sein und literarischem Schein, das ja das Lebensgefühl der russischen Intelligenzija so weitgehend prägt. Denn: »Bei uns schreibt man nicht nur nach dem Leben, sondern zum Teil lebt man auch nach dem Geschriebenen. Weil die geistige Macht der Literatur bei uns so groß ist, daß es jemandem mit völlig gesundem Menschenverstand plötzlich in den Kopf kommen kann: So hätte sich aber Aljoscha Karamasow nicht verhalten!«

Die durchgehende Literarisierung und Ideologisierung des russischen Lebens wird in einer witzigen Krimihandlung konfrontiert mit dem erbärmlichen, banalen Alltag.

Natürlich setzt eine solche Literatur des Dialogs von Texten einen gewissen Grad an Vertrautheit mit der russischen und sowjetischen Kultur und ihren Sprachmustern voraus, weil man erst dann den ganzen bösen oder humorvollen Witz und die Vielschichtigkeit der Texte nachvollziehen kann. Und sicherlich sind dieser Art Erzählprosa, die nicht ganz zu Unrecht auch *philologische Prosa* genannt wurde, Grenzen gesetzt sowohl im Adressatenkreis wie für die Übersetzung in andere Sprachen. Was das im russischen Kontext noch immer so provozierende Thema der Sexualität angeht, so besteht, etwa bei Viktor Jerofejews Roman *Die Moskauer Schöne* (Frankfurt 1990), die große Gefahr, daß für den ausländischen Leser ohne genaue Kenntnis der russischen Kultur die ganze zweite Ebene der literarischen Anspielungen und kulturologischen Assoziationen verloren geht. Und Valerija Narbikowas Erzählung *Das Gleichgewicht des Lichts von Tag und Nachtgestirnen*, die auf der Handlungsebene nichts weiter als eine Dreiecksgeschichte im Milieu von gesellschaftlichen Außenseitern darstellt, und deren erster Satz lautet: »Sie wollte das bestimmte Eine mit dem Einen ganz Bestimmten«, ist ein hochkomplexes Textgewebe aus Elementen des Alltags, des Mythos, von Literatur, Religion, Natur und Kosmos.

Schriftstellerinnen

Übrigens ist der Anteil von Frauen an dieser neuen Welle der Literatur ganz erstaunlich

hoch. Für mich persönlich sind die Werke von zwei Schriftstellerinnen die vielversprechendsten Entdeckungen, nämlich die von Tatjana Tolstaja und Ljudmila Petruschewskaja. Und gerade an diesen beiden so wichtigen und so ganz gegensätzlichen Autorinnen wird noch einmal deutlich, daß es eigentlich nicht legitim ist, diese ganze neue Prosa mit einem Etikett erfassen, unter ein Schlagwort subsumieren zu wollen.

Tatjana Tolstaja (*Stelldichein mit einem Vogel*, Frankfurt 1989) ist nicht nur wegen ihres prominenten Namens inzwischen schon weltberühmt. Ihre poetische Welt ist von einem ganz eigenen, tief berührenden Zauber. Stellt sie doch der grauen, stumpfen, banalen Oberflächenwelt des sowjetischen Alltags die Welt der Träume und Sehnsüchte ihrer Menschen entgegen. Auch ihre literarischen Helden sind zumeist Sonderlinge, Unangepaßte, Einfältige, die sich unter den bedrückendsten Lebensbedingungen durchschlagen. Jedoch ihre eigentliche Realität, ihr wirkliches Leben spielt sich in den unendlich reichen Innenwelten ihrer Phantasie ab.

Da ist die verrückte, obdachlose, zahnlose Rumtreiberin Pipka aus der Erzählung *Feuer und Staub*; sie läßt in ihrem Kopf an einem Abend »Dutzende von Königreichen erstehen und vergehen.« Da ist der einsame Leningrader Junggeselle Simeonow aus der Erzählung *Okkerwil*, dessen ganzes Leben um seine abendlichen musikalischen Rendezvous mit Wera Wasiljewna kreist, jener längst vergessenen Romanzensängerin, deren Platten er eifrig sammelt, und die - vorgestellt als ätherisches Wesen in einer verwunschenen Märchenwelt - sich als fette abgelebte Schlampe entpuppt. Wesentlich ist, daß die irrationalen Phantasiewelten dieser Menschen nicht etwa abgewertet, diese nicht als lebensuntüchtige Spinner denunziert werden. Nein, ihre Träume und Sehnsüchte sind unverzichtbare Überlebensaktive in einer unerträglichen Wirklichkeit, sind das Lebendigste und Menschlichste an ihnen. Mit ihrer poetisch dichten Bildersprache erscheint Tolstajas Welt, in schroffem Gegensatz zur *harten* Prosa, manchmal sogar allzu sanft, fast genußvoll bittersüß und versöhnlich.

Ganz anders ist die Prosa der Ljudmila Petruschewskaja, die auf der sprachlichen Ebene den direkten Gegenpol darstellt, obwohl es im Bereich von Milieu und Helden ganz auffallende Ähnlichkeiten gibt. Die Gestalten ihrer Stücke und Erzählungen sind einfache, normale Großstadtmenschen, kleine Angestellte der unzähligen wissenschaftlichen Institute Moskaus, Lumpenintelligenzler, Möchtegernkünstler, be-

rufstätige Mütter, an deren Schicksalen und deren Lebensweise die Brüchigkeit der offiziell herrschenden Norm offenbar wird. Sie werden gezeigt in den Niederungen ihres harten, quälenden, völlig unheroischen privaten Alltags, der geprägt ist vom Zusammenleben mehrerer Generationen in engen Kommunalwohnungen, von Krankheit und Sterben, von Trunksucht, dem eifersüchtigen Krampf um den Mann, von kleinen Gaunereien, dem Organisieren irgendwelcher Defizitwaren, von Familienfesten und Beerdigungen. Es ist das alltägliche Leben unauffälliger Durchschnittsmenschen, das doch nichts anderes ist als ein ständiger Kampf ums Überleben. Und es ist das zähe Bemühen, diesem Leben ein kleines bißchen Glück abzurufen, das die Personen der Petruschewskaja mit Zähigkeit, Tapferkeit, unerschütterlichem Durchhaltevermögen und jenseits aller moralischen Skrupel antreibt. Es sind wunderbar tragikomische Geschichten, die mit gelassener Nüchternheit Menschen in ihrer kreatürlichen Erbarmungswürdigkeit und Unschuld zeigen. Sie sieht die Menschen ohne alle erhabenen humanistischen Illusionen, die menschliche Natur ohne jede moralische oder ideologische Brille.

Petruschewskajas wohl berühmteste Erzählung *Mein Kreis* hat denn auch bei ihrem Erscheinen in der Zeitschrift NOWYJ MIR die Leserschaft sofort polarisiert, hat entweder Begeisterung oder Abscheu erregt. Da wird in der Form des *Skas*, der mündlichen Ich-Erzählung, der weiblichen Hauptgestalt das Leben einer Gruppe leicht ausgeflippter Moskauer junger Leute erzählt mit ihren Sex- und Liebesgeschichten, Trennungen, ihren Krächen und Trinkgelagen, ihren beruflichen und familiären kleinen und großen Katastrophen. Und aus dem lockeren, frechen, mit tausend Abschweifungen und Anekdoten angefüllten Redestrom der alles andere als sympathischen Ich-Erzählerin schält sich dann ganz allmählich eine Geschichte von unendlicher Tragik heraus. Die von ihrem Mann verlassene Frau hat erfahren, daß sie unheilbar krank ist und nicht mehr lange zu leben hat und sorgt sich um das Schicksal ihres kränklichen, häßlichen kleinen Sohnes. Sie inszeniert also bei einer der in diesem Kreis üblichen Feten eine genau überlegte, abscheuliche Szene, in der sie sich als lieblose und hartherzige Rabenmutter aufführt und ihr Kind brutal schlägt. Sie tut das, um damit zu erreichen, daß ihr der Vater des Jungen und mit ihm der gesamte Freundeskreis voll Empörung den Jungen wegnehmen, ohne von den tiefer liegenden Motiven ihres Handelns etwas zu ahnen. Sie aber kann nun beruhigt sterben; für das Kind wird gesorgt werden.

Was einen an diesem Text bis ins Herz trifft, ist dieses Mißverhältnis, dieser Widerspruch zwischen der saloppen, scharfzüngigen, schamlosen und unverfrorenen gesprochenen Sprache der Ich-Erzählerin und der tiefen Tragik dieses Menschenschicksals, diese ganz ungewöhnliche Verbindung von losem Gerede und tiefsten Existenzfragen, von Vulgarität und Tod. Es ist ein sehr typisches künstlerisches Verfahren der Autorin, die eine ganz außergewöhnliche Sprachkünstlerin ist, für die die gesprochene Sprache mit ihren Defekten, ihren Unkorrektheiten, ihren Wortspielen, ihren Anekdoten, die sie allerdings nicht etwa unbearbeitet aufzeichnet, sondern sehr bewußt ästhetisiert und stilisiert, das Größte überhaupt ist. Die Originalität und der Phantasiereichtum der Sprache Betrunkener, die Wortschöpfungen von Kindern, die folkloristischen Redewendungen alter Menschen sind für sie wesentlichste Quelle der Inspiration.

Petruschewskajas Prosa, in der sich die Figuren immer von innen heraus, durch Ich-Erzählung, inneren Monolog oder erlebte Rede offenbaren, impliziert die Absage an jedes Richten, Werten, Moralisieren. Niemals werden die Menschen mit ihren Schwächen, ihrer Bosheit, ihren kleinen Lügen und Selbstbetrügereien, ihrer Aggressivität und Klatschsucht denunziert, sondern ganz einfach so angenommen wie sie sind. Und dazu gehört eine große Güte, ein unendliches Erbarmen, eine echte Liebe zum Menschen, auch wenn das eine verblendete und bornierte Kritik nicht zu erkennen vermag, da es zum hohlen Pathos ihres ideologisierten Menschenbildes nicht paßt.

Ein westlicher Leser wird kaum nachvollziehen können, wie ein anerkannter Kritiker Tolstajas Prosa »durch und durch unmenschlich« nennen, oder wie man die Texte der Petruschewskaja als »destruktiv« und »pornographisch« bezeichnen kann.

Was jetzt noch *andere* Literatur heißt, wird wohl, wenn der Prozeß der Öffnung nicht unterbrochen wird, nicht mehr lange so genannt werden. Weil es dann nicht mehr die *eine* und die *andere*, alternative Literatur geben wird, sondern eine bunte, vielfältig differenzierte literarische Landschaft, die den unterschiedlichsten Leserbedürfnissen gerecht zu werden hat. Wenn dabei die überdimensional hohe Bedeutung von Literatur verlorengeht, dann sollte man dem keine Träne nachweinen. Das ist der Preis, der für die Abschaffung der Zensur und die Entfaltung einer freien Öffentlichkeit zu zahlen sein wird.

RYSZARD KRYNICKI

Die Zunge, dieses wuchernde Fleisch

*Herrn Zbigniew Herbert
und Herrn Cojito*

Die Zunge, dieses wuchernde Fleisch, das wächst in der
Wunde,
in der offenen Wunde des Mundes, der von gelogener
Wahrheit lebt,
die Zunge, dieses entblößte Herz, diese nackte Schneide,
die wehrlos ist, dieser Knebel, der den Aufstand der Wörter
niederschlägt, dieses gezähmte Tier
mit Menschenzähnen, dieses Unmenschliche, das in uns
wächst
und uns überwuchert, diese rote Fahne, die wir ausspucken
zusammen mit dem Blut, dieses Gespaltene, das uns
umgibt, diese
wahre Lüge, die uns täuscht,
dieses Kind, das die Wahrheit lernend, wahrhaftig lügt.

Übersetzung: Karl Dedecius

HANS-MARTIN LOHMANN Zeitschriften-Forum

Post coitum omne animal triste. Nach dem Höhenrausch der Katzenjammer. Posttotalitäre Melancholie breitet sich aus. Kaum haben sich die osteuropäischen Gesellschaften aus der Vormundschaft des kommunistischen Leviathan befreit, zeigen sie Lähmungserscheinungen. Keiner weiß, wie es weitergehen soll. Die Ökonomen entwerfen Modelle für die Volkswirtschaften im Übergang vom sozialistischen Plan zum kapitalistischen Markt und operieren dabei immer mit mehreren Unbekannten. Die Demokratietheoretiker registrieren die vollständige Abwesenheit einer *civil society* und befürchten die Wiederkehr nicht-kommunistischer Fundamentalismen – sei's als neuer Faschismus, sei's als aggressiver Nationalismus, sei's als religiöser Fanatismus. Die Ethnologen sehen die Heraufkunft alter Rivalitäten und Stammesfehden, die vom kommunistischen Staat jahrzehntelang künstlich niedergehalten worden waren. Die Ökowiensenschaftler zerbrechen sich den Kopf darüber, wie der realsozialistische Schrott, der in 40 Jahren sich zu gigantischen Halden aufgetürmt hat, entsorgt wer-

den kann. Rezepte, wie man der drängenden Probleme Herr werden könnte, gibt es offenbar nicht. Nur Fragen und Suchbewegungen.

Da werden auch die Intellektuellen bescheiden. »Die Preise sind gestiegen, die Armut hat zugenommen, es wächst die Zahl der Obdachlosen, auf der Straße aber sind meist leidlich oder gut gekleidete Menschen zu sehen. Die auffälligen und ärmlichen osteuropäischen Charakteristika der Stadt werden noch lange erhalten bleiben, dennoch unterscheidet sich das Budapester beispielsweise von dem Wiener Straßensbild nicht mehr so dramatisch«, notiert der ungarische Schriftsteller György Konrád im neuen KURSBUCH (Titel: »Mehr Europa«). Jemand wie Konrád, der zu den exponiertesten Opponenten des *Ancien régime* zählte, ist schon glücklich, daß er heute an der Grenze nicht mehr gefilzt wird und seine Manuskripte frei transferieren kann.

Bei aller Zurückhaltung: Der Ton von Konráds KURSBUCH-Essay ist gedämpft optimistisch. Obwohl in den ehemaligen Ostblockländern das Pendel der Politik nach rechts aus-

schlage, gibt Konrád rechtsradikalen oder gar faschistischen Lösungsversuchen nur geringe Chancen, zumindest in Ungarn. »Ich glaube nicht, daß sich die überwiegende Mehrheit meiner Mitbürger mit dem Szenenwechsel des Obrigkeitsstaats zufriedengeben würde. Die demokratische Energie und die politische Bildung der Gesellschaft haben 1989 sichtlich zugenommen. Es gibt Bürger, die sich von dem neofaschistischen Lärmern nicht abschrecken lassen.«

Konráds Kollege György Dalos sieht die nachtotalitäre Entwicklung Ungarns in einer Zwickmühle. Während in das ideologische Vakuum, das der Kommunismus hinterlassen hat, christlich-nationales Gedankengut einströme – eine Tendenz, die modernisierungshemmend wirke –, breite sich zugleich der kapitalistische Markt ungebremst aus. Beides gehe schlecht zusammen, meint Dalos: »Einerseits findet eine schnelle Kapitalisierung und Verwestlichung in der Realität statt, andererseits eine ebenso radikale Patriarchalisierung und Konservatisierung in den Köpfen und Herzen. Der Traum vom Tausendjährigen Königreich Ungarn steht der Perspektive einer computergesteuerten, womöglich gentechnologisch ausgerüsteten Republik Ungarn des Jahres 2000 gegenüber – die Welt von gestern und die Welt von morgen in mehr oder weniger friedlicher Koexistenz. McDonalds zieht in die Pufsta, und Piroshka entdeckt ihr Herz für Eduscho.«

Übereinstimmend konstatieren Konrád und Dalos, daß in der gegenwärtigen Situation in Ungarn sozialdemokratische Positionen kaum eine Chance zur politischen Mitgestaltung haben, die Partie werde zwischen den Neokonservativen und den Liberalen ausgetragen. Das gilt auch für andere osteuropäische Länder – das katastrophale Abschneiden der SPD bei den ersten freien Wahlen in der DDR ist noch in frischer Erinnerung. Es scheint so, als bedürfe es einer längeren Rekreations- und Besinnungsphase, ehe die Sozialdemokratie in Osteuropa politisch salonfähig wird. Einstweilen klebt ihr dort der Makel einer Rhetorik an, die, wie entfernt auch immer, an die des abgehalfterten Kommunismus gemahnt.

Darin liegt einige Ungerechtigkeit, streitet doch die Sozialdemokratie mit Erfolg für ebenjene *soziale* Marktwirtschaft, die für viele Menschen in Ungarn, Polen und der ČSFR Vorbildcharakter besitzt – speziell das »deutsche Modell«, diese Mischung aus kapitalistischer Effizienz und sozialstaatlich garantierter Sicherheit, erweist sich als äußerst attraktiv. Gleichwohl darf, wenn man über die Gründe für die Dominanz rechter Politiken über linke nachdenkt, nicht vergessen werden, daß vor allem

die deutsche Sozialdemokratie einen folgen-schweren strategischen Fehler beging, als sie im Zuge der Entspannungspolitik in den siebziger und achtziger Jahren ihren »prinzipienlosen Frieden« (Krisztina Koenen) mit den kommunistischen Regimes schloß. Das gereicht ihr heute zum politischen Nachteil.

Krisztina Koenens KURSBUCH-Aufsatz geht mit der teils ignoranten, teils opportunistischen Einstellung der westdeutschen Linken (nicht nur der SPD) gegenüber den Problemen der realsozialistischen Gesellschaften hart ins Gericht. Mit Recht. Nichts illuminiert das sorglose Desinteresse des durchschnittlichen Linksbewußtseins im westlichen Deutschland krasser als die Auskunft der Frankfurter Kulturdezernentin, Mailand sei ihr allemal näher als Dresden. So war es immer schon. In Managua kannte man sich auf jeden Fall besser aus als in Warschau oder Prag, und die Sympathiewerte, welche die Ortega-Brüder hierzulande erreichten, lagen um vieles höher als die für Havel, Michnik oder Dinescu. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die nichtkommunistische westdeutsche Linke in ihrem Bemühen, mit den kommunistischen Herren ins politische Geschäft zu kommen, gerade jene gesellschaftlichen Kräfte verprellt hat, auf die sie heute am ehesten setzen muß. »In Osteuropa«, so das für die Linke wenig schmeichelhafte Resümee Koenens, »herrscht heute die Meinung vor, einzig und allein den kalten Kriegern der Linie Truman–Reagan sei es zu verdanken, daß die Ost-West-Auseinandersetzung mit dem Sieg der westlichen Demokratien enden konnte«. Daß in den Ländern des Warschauer Pakts allenthalben ein extremer Konservatismus blüht, hängt *auch* mit dem strategischen Versagen der westlichen Linken zusammen.

Der Publizist und langjährige SOLIDARNOŚĆ-Berater Adam Michnik, eine der herausragenden Figuren der demokratischen Opposition gegen die Präsidialdiktatur General Jaruzelskis, zeichnet in der neuen Zeitschrift TRANSIT mit knappen Strichen die »Zwei Gesichter Polens, zwei Gesichter Europas«, die es seiner Meinung nach gibt. Das eine Gesicht präsentiert sich als aufgeklärt zivil und demokratisch, als pluralistisch und kompromißfähig; es verkündet keine »letzten Wahrheiten« und orientiert sich an den Werten der jüdisch-christlichen Kultur. Das andere Gesicht ist geprägt von Chauvinismus, Xenophobie und Autoritarismus; es ist antiliberal, antiwestlich und modernitätsfeindlich. Immerhin hält es Michnik für möglich, daß die chauvinistische Option (etwa in der Sowjetunion), die sich im Kampf gegen Europa – Inbegriff schamloser Raffgier, heruntergekommener Sit-

ten und eines gottlosen Rationalismus – sieht, die Oberhand behält. Je desaströser die Leere empfunden wird, die der »Tod des Kommunismus« hinterlassen hat, desto größer die Gefahr, sie durch Regressionen aller Art aufzufüllen – zumal sich diese Regressionen auf Traditionen stützen können, die jahrzehntlang brutal unterdrückt wurden. Mit Freud könnte man von einer Wiederkehr des Verdrängten sprechen.

Andererseits gibt Michnik dem zarten Pflänzchen Demokratie in Osteuropa insofern doch Entfaltungschancen, als er darauf verweist, daß z. B. ein Land wie Polen, vierzig Jahre kommunistischer Diktatur zum Trotz, auf eine vitale Geschichte zivilgesellschaftlichen Widerstands zurückblicken kann. »Polen«, schreibt Michnik, »war das einzige sozialistische Land, in dem die katholische Kirche existierte und einen gewissen geistigen und materiellen Raum schaffen konnte, wo weder das kommunistische *New-Speak* noch die Polizei regierte«. Daneben genossen die Künstler und Intellektuellen Freiheiten wie sonst nirgends im geschlossenen Universum des Realsozialismus. Darauf richteten sich die vorsichtigen Hoffnungen Michniks.

Das Zauberwort *civil society*, semantisch schillernd und keineswegs begriffliches Äquivalent des belasteten deutschen Wortes »bürgerliche Gesellschaft«, geistert durch fast alle Beiträge der durchweg lesenswerten ersten Ausgabe von TRANSIT. Während der amerikanische Soziologe Andrew Arato die Systemveränderungen in Ungarn und Polen den zivilgesellschaftlichen Elementen, also parteiungebundenen Bürgerkomitees und Bürgerforen, gutschreibt, weisen der ungarische Historiker Miklós Szabó und der polnische Soziologe Jerzy Szacki umgekehrt darauf hin, daß der Sturz des kommunistischen Regimes das Werk von Reformkräften innerhalb der Partei gewesen sei. »Die Gesellschaft hat diese Umgestaltung in Apathie erlebt, übrigens ein Grund, weshalb der Machtwechsel friedlich verlaufen ist«, merkt Szabó über die ungarische Situation an. Und Szacki spricht von der »Konstruierung« der *civil society*, die es bis dato in Osteuropa gar nicht gab: »Unter den gegebenen Verhältnissen ist es . . . der Staat, der die Aufgabe übernehmen muß, die *civil society* aufzubauen, also eine Struktur, die sein Gegenpart sein sollte; es ist der Staat, der Marktverhältnisse einführt und privatisiert, es ist der Staat, der für freie Wahlen sorgt und dafür, daß sich die lokale Selbstverwaltung entwickelt.«

Der harte Kern aller Debatten über »Das große Experiment des Übergangs«, so der Titel des hochintelligenten Beitrags von János Má-

tyás Kovács in TRANSIT, ist, gut marxistisch, die Ökonomie. An ihr wird sich (fast) alles entscheiden, sie ist der Lackmuestest auf die Zukunft der nachkommunistischen Gesellschaften. Ähnlich wie Szabó und Szacki plädiert auch der Wirtschaftswissenschaftler Kovács für einen staatlich gelenkten »Weg aus der Knechtschaft«. Er hält eine entschlossene Veränderung in Richtung Privateigentum und Demokratie nur »unter starker sozial-korporativer staatlicher Assistenz« für möglich: »Das im Prinzip erstrebenswerte Ideal des freien Marktes, wie es der neoklassische Liberalismus vertritt, läßt sich . . . nicht unmittelbar in die tägliche Praxis der Wiederherstellung des Kapitalismus umsetzen, vor allem nicht in der ersten Phase. Die Dilemmas des Übergangs werden nicht durch die abstrakten theoretischen Rezepte eines Hayek, Friedman oder Buchanan gelöst, . . . sondern durch eine pragmatische staatliche Politik, die von einer »experimentierenden Vernunft« geleitet ist. Diese Politik bewegt sich auf der Basis von *trial and error* Schritt für Schritt vorwärts, mutig und umsichtig.«

TRANSIT, um dies nachzutragen, wird herausgegeben am »Institut für die Wissenschaften vom Menschen« in Wien und erscheint halbjährlich im Frankfurter Verlag Neue Kritik. Wenn die kommenden Ausgaben das halten, was die erste verspricht und wofür die prominenten Namen im Beirat (Ralf Dahrendorf, François Furet, Bronislaw Geremek, Elemér Hankiss, Petr Pithart, Fritz Stern) bürgen sollen, sind die zwanzig Mark, die jedes Heft kostet, gut angelegt.

Unser letzter Blick gilt einer Zeitschrift, die sich als publizistisches Forum eines bestimmten Segments der *civil society* begreift. In seiner jüngsten Nummer beschäftigt sich das FORSCHUNGSJOURNAL NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN mit dem Thema »Großstadt und neue soziale Bewegungen«. Im Augenblick ist nicht so recht auszumachen, in welchen Räumen sich diese städtischen Sozial- und Protestbewegungen aufhalten bzw. welche sie beanspruchen und für welche Inhalte sie stehen. So wird denn auch von Margit Mayer in ihrem einleitenden Aufsatz konstatiert, die Konjunktur der städtischen Bewegungen scheine momentan ziemlich abgeflaut. Begnüge man sich mit dieser Diagnose allerdings nicht, so werde so etwas wie eine »neue Unübersichtlichkeit« erkennbar, die mit der sozialen Aufsplitterung der »Bewegungsszene« zu tun hat. Diese hat sich in Arrivierte und Marginalisierte geteilt. Um es zu konkretisieren: Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer z. B., vor 15 Jahren Protagonisten des

Frankfurter Häuserkampf, dürften sich zwar auch heute noch zur lokalen »Szene« rechnen, gehören aber faktisch längst zu jener gutsituierten städtischen Klientel, die mit den Problemen von Obdachlosen, Immigranten und politischen Flüchtlingen nichts am Hut hat. Bestätigt wird dieser Befund von Thomas Krämer-Badoni, der beispielhaft zeigt, daß an die Stelle der früheren Gerechtigkeitsorientierung der städtischen sozialen Bewegungen ein Interessenpartikularismus getreten ist, der im wesentlichen die Bedürfnislage der neuen Mittelschichten – Lehrer, Hochschullehrer, Freiberufler – widerspiegelt. Man kämpft nicht mehr um Wohnraum für alle, sondern um das saubere, verkehrsberuhigte, drogenfreie Stadtviertel. „Der metropolitanen Schrankenlosigkeit dieser Schicht entspricht eine rot-weiß gestreifte Beschränkung: ›Global denken, lokal handeln‹. Die Bewohner sind durch die Bank ökologisch orientiert, in großer Anzahl Grün-Wähler, Atomkraftgegner und in ihrem Bewußtsein sozial engagiert.« So dialektisch, pflegte Adorno zu sagen, ist der Weltlauf.

Kritik

RENATE KARST-MATAUSCH

Leben als Text

George Sand und ihre Briefe

George Sand, »homme de lettres«, ließ sie auf das Namensschild ihrer Mansardenwohnung in Paris gravieren. Hier, in der »Hauptstadt der Revolution, wo alle Tage ein Stück Weltgeschichte tragiert wird« (Heinrich Heine), begann in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts die beispiellose Karriere einer Selfmade-Autorin, die zu ihren Lebzeiten zusammen mit Balzac und Victor Hugo zu den bedeutendsten Vertretern des literarischen Frankreichs zählte. Ihr über 100 Titel umfassendes Riesen-Euvre wirkte weit über Frankreichs Grenzen hinaus auf die sozialen und politischen Fortschrittsbewegungen Deutschlands, Italiens, Englands und Rußlands. Dostojewski notierte nach ihrem Tod 1876: »Eine Frau von fast beispiellosem Geist und Talent, mit einem

schon historischen Namen, der in der europäischen Menschheit niemals vergessen werden wird.«

Doch überlebt hat die berühmte Schriftstellerin allenfalls als Legende: eine Frau, die Zigarren rauchte und in Männerkleidung auftrat, die Geliebte von Musset und Chopin, die Freundin bedeutender Männer wie Balzac, Flaubert, Heine, Turgenjew, Liszt, Delacroix; eine Amazone zu Pferd und eine Löwin der Feder, eine erste Suffragette und eine Frau, die wie ein Mann lebte.

Ist George Sand heute die »bekannteste ungelesene Autorin«? Ganz so desolat, wie noch vor zehn Jahren Ursula Krechel meinte, ist es mittlerweile nicht mehr um ihre Wirkung bestellt. In Frankreich wurden seit den 70er Jahren viele ihrer Werke neu ediert, und auf dem deutschen Buchmarkt sind zur Zeit immerhin 15 Titel ihres Roman- und Erzählwerks erhältlich, dazu einige anregende Monographien wie die von Renate Wiggershaus und Gisela Schlientz. Gefehlt hat bisher ein Werk, das viele Sand-Kenner für ihr Chef d'Oeuvre halten: die *Correspondance*. Diese Lücke hat die Übersetzerin Annedore Haberl mit einem bei DTV erschienenen Auswahlband von ca. 160 Briefen zu schließen versucht. Dabei konnte sie auf die französische Gesamtausgabe zurückgreifen, die George Lubin, dem die gesamte Sand-Forschung verpflichtet ist, vorbildlich ediert und kommentiert hat. Mit diesen Briefen – von den 40 000, die sie geschrieben hat, ist die Hälfte erhalten – hat G. Sand nicht nur ein einzigartiges Zeitdokument des 19. Jahrhunderts hinterlassen, sondern auch die lebendigste Existenzspur ihrer selbst.

Sicher ist es kein Leichtes, in einer Auswahl von 160 Briefen das Profil jener »feinen Horcherin« (H. Heine) einzufangen, die jede fremde Lebensbekundung passionierte, die alle Bewegungen ihrer Zeit bis ins Detail registrierte und die, obwohl in ständiger Korrespondenz zum anderen stehend, immer auch von sich selbst spricht, sich selbst als Brief schickt.

Daß die deutsche Briefausgabe eher enttäuscht, beruht vor allem darauf, daß die Herausgeberin, wie schon so viele Sand-Interpreten vor ihr, dem Sog des Biographischen erlegen ist. Der Brief interessiert sie nicht als eigenständiges Schriftmedium, sondern als »Zeugnis für ein außergewöhnliches Leben« (S. XVII). Um dieses Leben von der Kindheit bis zum Tod der Autorin möglichst komplett zu bebildern, werden allzu viele, für heutige Leser belanglose Briefe aufgenommen, die erst einen Sinn machen, wenn man den 100 (!) Seiten umfassenden Anmerkungsapparat konsultiert, in

dem der biographische Kontext verzettelt wird, und in dem neben einem »Professor« Karl Marx auch noch manch andere Kuriosität auftaucht . . . Dies ist umso bedauerlicher, als es wahrlich genug Briefe gibt, die nicht erst durch weit-schweifige Fußnoten zum Sprechen gebracht werden müssen! Im übrigen folgt der Brief einer anderen Logik als die Autobiographie, mit der A. Haberl die Briefe ineinsetzt (vgl. S. XVII). Er ist, wie Derrida sagt, ein Genre, in dem sich alle Codes, als Genres, alle Sprachen durchkreuzen, wie in einer »Liebeserklärung«. Dessen war sich die Briefschreiberin Sand sehr wohl bewußt. So schreibt sie 1837 an den Geliebten Michel de Bourges: »Lies' meine Briefe nicht, als ob sie etwas bedeuten und etwas Bestimmtes sagen wollten. Durchstreife sie wie ein wildes Tal, in dem Dornesträuch und Blumen, Bäume und Felsen durcheinanderwuchern.«

Gerade weil ihre Briefe nicht dem Zwang eines Genres gehorchen und keine »Kunst« sein wollen, wirken sie unverbraucher und moderner als manches ihrer literarischen Werke. Leider geht in der Übersetzung allzu oft das verlorene, was den unverwechselbaren Duktus, den spezifischen »Speed« ihrer Handschrift ausmacht: das Tempo, die Knappheit und Drastik, der Wechsel von Belcanto und Slang, die Verve der Humoristin und Ironikerin.

Diese Tendenz zu normalisieren und das Widerständige einzuebnen, verrät sich auch in der Auswahl der Briefe selbst. Die Sympathie der Herausgeberin gehört unverkennbar einer G. Sand, die noch am ehesten dem gängigen Frauenbild entspricht, der großen sozialen Mutter, der »guten Dame von Nohant«, der Geliebten und Freundin großer Männer. Unterbelichtet bleibt, was quer zu diesem Bild steht und eigentlich erst das Moderne und Aufregende dieser Figur ausmacht.

George Sand, die Freundin »großer« Männer? Sicher, aber wir lesen auch: »Von den großen Männern habe ich die Nase gestrichen voll. Am liebsten sähe ich sie alle im Plutarch. Möge man sie in Marmor hauen, in Bronze gießen, aber mich nicht mit ihnen behelligen.« Diese höchst ungewöhnliche Respektlosigkeit gegenüber den großen Eigennamen, die sich nur erlauben kann, wer vom Bewußtsein seines eigenen Werts überzeugt ist, blitzt in den Seiten der deutschen Anthologie nur selten auf. Am ehesten in einem Brief aus dem Jahr 1841, in dem die Autorin den Bruch mit Buloz, einem der einflußreichsten Männer der damaligen Verlagswelt, vollzog. Buloz hatte sich aus politischen Gründen geweigert, ihren Revolutionsroman *Horace* in der ihm vorliegenden Form in seiner

renommierten REVUE DES DEUX MONDES abzu-drucken. G. Sand schreibt: »Ist die REVUE eine freie Zeitschrift oder nicht? Mit wem habe ich es eigentlich zu tun? Mit Ihnen, Ihren Abonnenten oder mit der Regierung? Wenn ich es mit Ihnen zu tun habe, dann erlauben Sie mir Ihnen zu sagen, daß ich Sie niemals dazu ermächtigt habe, meine Meinung und meinen Geschmack zu verändern (. . .) und ich werde mich niemals mit Ihnen in eine Diskussion über Grundsätze einlassen, alldieweil Sie und Ihresgleichen von Berufs wegen gar keine haben (. . .) Ich kann schließlich nicht um meine Freiheit mit mir feilschen lassen; ich will sie uneingeschränkt oder ich gehe.« (S. 178 ff.)

Wegggegangen ist G. Sand, alias Baronin Dudevant, auch von ihrem Ehemann. 1836 erzwang sie in einem aufsehenerregenden Prozeß die gesetzliche Trennung, wobei ihr späterer Geliebter, der Anwalt Michel de Bourges, als Verteidiger assistierte. Aber warum dieses Ereignis mit einer acht Druckseiten langen und langweiligen Miscelle dokumentieren, die lediglich als Aide-Mémoire für ihren Anwalt gedacht war? Viel spannender liest sich, was sie am Vortag des Prozesses an eine Freundin schreibt: »Viertausend Finfaltspinsel wähen mich zu dieser Stunde schon auf den Knien, in Sack und Asche über meine Sünden schluchzend wie weiland Maria Magdalena. Doch das Erwachen wird schrecklich sein. Am Tag nach meinem Triumph werde ich meine Krücke hinwerfen, die Stadt in Brand stecken und mit meinem Pferd über den Bauch des Kammervorsitzenden und der Richter hinweggaloppieren. Und wenn Ihnen zu Ohren kommt, ich sei konvertiert und glaube wieder an die Vernunft, die öffentliche Moral, die Ausnahmegesetze, an Gottvater Louis Philippe (. . .) und die heilige katholische Kirche, so wundern Sie sich nicht. Ich bin fähig, sogar eine Ode auf den König zu schreiben (. . .), nur um meinen Prozeß zu gewinnen.«

George Sand als *grande amoureuse*? Warum nicht? Aber weshalb die aus vielen Biographien schon hinlänglich bekannten Briefe an und über die »großen« Geliebten aufnehmen, statt z. B. den stürmischen (Brief-) Verkehr mit Michel de Bourges? Denn hier begegnet eine G. Sand, die sich sehr direkt als Begehrende und erotisch Ergriffene artikuliert, und die sich doch nie als Hälfte des anderen begreift: »Nein, Du bist nicht so groß wie Du erscheinst. Wir sind Brüder, denn ich habe Dich vom Kopf bis zu den Füßen vermessen.«

Auch an der politischen G. Sand, der engagierten 48erin und Linksrepublikanerin, die eng mit den Mitgliedern der provisorischen Revolu-

lionsregierung zusammenarbeitete, mit der Redaktion der offiziellen BULLETIN DER REPUBLIK betraut war und die Zeitung LA CAUSE DU PEUPLE herausgab, findet A. Haberl offensichtlich wenig Gefallen. Briefbeispiele für dieses Engagement gibt es genügend, und auch dafür, daß sie nach dem Mai-Aufstand, für den sie wegen eines radikalen Regierungsbuletins verantwortlich gemacht wurde, in Paris und in ihrer Heimat, dem Berry, um ihr Leben fürchten mußte. Ende Mai '48 schreibt sie von ihrem Landsitz in Nohant aus: »Hier machen die Bourgeois den Bauern weis, daß ich ein glühender Anhänger von ›Vater Kommunismus‹ bin, einem sehr schlimmen Buben, der ganz Paris ins Chaos stürzt und anordnet, alle Kinder unter drei und alle Alten über 60 umzubringen. Das klingt wie ein Scherz und ist doch wahr. Außerhalb von meiner Gemeinde glaubt man daran und schwört, mich im Straßengraben zu verscharren.«

Je älter sie wird, desto weniger versucht sie, die Konture ihres Ichs, das sich in Tausende von Texten aufgesprengt hat, nachzuziehen. Gerade in den Altersbriefen entdeckt sie sich als Nicht- und Nirgendsperson, die erst in der Auflösung, in der gänzlichen Öffnung zum anderen hin ihre Einheit findet. »Ich beginne, mein Ich im Plural anzureden«, schreibt sie dem Altersfreund Flaubert. Und an denselben, fünf Jahre vor Rimbauds berühmtem *Ich ist ein anderer*: »Das Andere singt in mir nach seinem Willen, gut oder schlecht, und wenn ich versuche, daran zu denken, erschrecke ich, und dann sage ich mir, daß ich nichts bin, überhaupt nichts.« (S. 394) Die deutsche Anthologie mag eine erste Hinführung zu G. Sands Briefen sein; vieles an »George«, der Schreib- und Kommunikationssüchtigen, bleibt noch zu entdecken. . .

George Sand, Nimm Deinen Mut in beide Hände. Briefe. Mit zahlreichen Abbildungen; übersetzt und kommentiert von Annedore Haberl; (DTV), München 1990, 556 S., DM 24,80.

KLAUS BLOEMER

Abendländischer Abgesang

Voll ins Schwarze nationalen Neubesinnens und patriotischen Überschwangs könnte wohl treffen, daß ein aus dem k.u.k.-Kronland Österreich-Schlesien stammender Oberst a. D. der französischen Armee es sich angelegen sein läßt, beim Durchforsten des noch unvollendeten Jahrhunderts ihn störende Dunkelpartien im Geschichtsbild der Deutschen aufhellend nachzubessern. Die Rede ist von dem einstmals im britischen Refugium als enger Mitarbeiter des Widerstandsgenerals de Gaulle mit Vorbereitungen für die Normandielandung betrauten F. O. Miksche, der soeben seinen 18. Buchtitel (8 in englischer, 3 in französischer, später 7 in deutscher Originalfassung) auf den Markt gebracht hat: Das Resümee eines streitbaren Chronisten und nimmermüden Wahrheitssuchers nach verwehten oder verwischten Spuren in den Annalen beider Weltkriege – für ihn nur zeitweise durch eine Periode des »Waffenstillstands« unterbrochen, aber kausal verflochten – wie auch der aus alledem resultierenden Aufbrüche und Umwälzungen im globalen Maßstab.

Keinen Fingerbreit mag Zeitkritiker Miksche von seinem Leitstrahl zwanghafter Logik abweichen, wonach eben »1914 die Urkatastrophe europäischer Geschichte« stattfand, aus der sich jedwede Weiterungen auf Erden im Sinne einer »geschlossenen Kettenreaktion« ergeben hätten. Nunmehr allerdings sieht der gerade 80jährige Autor, u. a. mit dem Fall der Berliner Mauer, »das Ende der Gegenwart« gekommen. So wirkt es schon beinahe symbolträchtig, daß die gleichnamige Anklageschrift des umtriebigen Querdenkers an seinem Wohnsitz Versailles vollendet wurde, dem Tatort eines der großen »Friedensverbrechen des Jahrhunderts«.

Als einen der »konstruktivsten Militärgeschichtsschreiber« hat ihn immerhin Liddell Hart, nach Churchill unbestrittener Nestor dieser Zunft im Vereinigten Königreich, ausgezeichnet. Das freundliche Kollegenurteil dürfte vorrangig der sonst bei einschlägigen Fachliteraten nur selten anzutreffenden Fähigkeit gelten, historische Abläufe in Synthese nachzuvollziehen, also den großen Wurf einer ganzheitlichen Perzeption von wechselnden Zeitumständen und allseitig politischen Handlungsmotiven zu wagen. Tatsächlich besichtigt Miksche das Jahrhundert nicht gerade mit professionellen Scheuklappen eines gelernten Generalstäblers, wo immer es um selbstherrliche

Einflußnahmen und aufgedrängte Entscheidungshilfe seitens der militärischen Klasse geht: Wie er die in Panzerschränken bereitgehaltenen Mobilmachungsstrategien und Annektionspläne bei Entente und Mittelmächten hauptverantwortlich für den ersten Kriegsausbruch macht, dabei schon auf den fatalen Wirkungsmechanismus eines militärisch-industriellen Komplexes (»Krieg und Wirtschaft griffen ineinander wie nie zuvor«) hinweist, so prangert er auch schonungslos die »Natoisten« mit ihrer atomaren Erstsatz-Doktrin an; einen begrenzten Nuklearkrieg zu planen, sei nicht weniger riskant als der Versuch, zwischen einem Fenstersprung vom 4. oder 6. Stock zu unterscheiden. Massiv Einspruch erhebt er auch gegen französische Vorhaben mit Neutronenwaffen, die »nur gegen »weiche Ziele« – der militärische Fachausdruck für Menschen« gerichtet sind; so etwas habe es auch früher schon in Form von Kampfgasen gegeben.

Doch weisen solche Äußerungen harscher Kritik den Sohn eines böhmischen k.u.k.-Offiziers, in dessen Fußstapfen der Autor die eigene Militärkarriere beim jungen tschechoslowakischen Heer begonnen hatte, beileibe nicht als bekennenden Pazifisten aus. Auf seine Herkunft aus deutsch geprägtem Kulturkreis mag allerdings zurückzuführen sein, daß er in ordnungspolitischen Kategorien über Staatsgrenzen hinweg zu denken gelernt und darauf noch einen weltanschaulichen Überbau gesetzt hat. So versteht sich wohl auch, daß er noch immer der bis zum Ersten Weltkrieg bestehenden europäischen Konstellation dreier geopolitischen Großräume nachhängt, als das Deutsche Reich und die Donaumonarchie »die Rolle der Mitte« und damit die Balance-Funktion zwischen Ost und West einnahmen. Auch wenn eine Restauration der damaligen Machtverhältnisse aus heutiger Sicht keineswegs wünschenswert und als Modell überhaupt obsolet wäre, kann man Miksche nur zustimmen, daß die von den Siegern in den Pariser Vorortverträgen diktierte Neuauflage der politischen Landkarte Mitteleuropas den Kontinent langfristig destabilisiert, also schon gar nicht die von England angestrebte *Balance of Power* hervorgebracht hat. Allein aus dieser Perspektive bietet sich auch eine Erklärung für jenes unumwundene Verständnis an, das der Verfasser Hitlers »Wiederaufrüstung« als *hardware* einer von Grund aus expansiv revisionistischen Außenpolitik entgegenbringt. Miksche macht auch kaum einen Hehl daraus, daß er sich sehr wohl ein Großdeutschland als Ordnungsmacht im mitteleuropäischen Raum – womöglich auch ohne einen Hitler – hätte vorstellen können, um auf

diesem Wege den durch Zerschlagung der Donaumonarchie entstandenen Stabilitätsverlust auf dem Kontinent in etwa auszugleichen. Ihm geht es hierbei schon gar nicht um die Verwirklichung einer Nationalstaatsidee, durch die er in der Praxis das Selbstbestimmungsrecht der Völker im balkanisierten Donauraum wie auch in Polen eher pervertiert sieht: »Ebenso wie die Tschechoslowakei war auch Jugoslawien – und ist es noch heute – von Anfang an ein ungesundes Staatsgebilde von Völkern, die seit Jahrhunderten in Zwietracht lebten.« Der polnische Staat, »eine Mißgeburt des Versailler Vertrages« (frei nach Molotow) sei für den Ausbruch des Krieges 1939 mitverantwortlich gewesen.

Unter solchen, die Gegenwartsszenarien streifenden Stoßeufzern, verrichtet der Eurozentriker nostalgische Trauarbeit über den Trümmern eines »Austriakentums«, das wohl auch der venezianische Außenminister Italiens mit seinem »Pentagonale«-Konzept gemeinschaftlicher Politiken ehemaliger k.u.k.-Länder schwerlich zu reanimieren vermag. Miksche indessen behält seinen Oswald Spengler fest im Auge, den er mit einem Hauch von Hoffnung auf eine fortgesetzt privilegierte »weiße Kulturwelt«, gemanagt vom »westlichen Menschen«, fortschreiben will. – Mögen uns jedenfalls Himmel und Hölle davor bewahren, daß seine nur leidlich versteckten Visionen von einer geopolitischen Führungsrolle des wiedererstarkten Deutschlands reale Konturen annehmen!

Bei seinen Attacken gegen die Windmühlen der Gegenwartsgeschichte verfällt der Autor in allerhand Ungereimtheiten. Ein bisweilen messianisch anmutender Eifer treibt ihn in Strudel von Widersprüchen, die – zum Leidwesen des erwartungsvollen Lesers – seinen ansonsten erfrischend zeitkritischen Informationen und luciden Denkanstößen zu einer sich in großen Regionalformationen interdependent arrangierenden Menschheitsgesellschaft einigen Abbruch tun. So beklagt er voll Wehmut den Zusammenbruch einstiger Kolonialreiche der europäischen Siegermächte im Gefolge des Zweiten Weltkrieges; vermerkt dazu, daß »alles, was an Entwicklung heute in Afrika und Asien erreicht wurde, europäischen Ursprungs« sei: »Der verschmähte Kolonialismus, wenn auch nicht immer uneigennützig, war bereits Entwicklungshilfe und bleibt das größte Verdienst des Abendlandes, eine seiner größten Leistungen.«

In zentrale Bereiche von – inzwischen – höchster Aktualität stößt Miksche vor, wenn er die Bedeutung Südafrikas für die westlichen Industriestaaten mit derjenigen der Ölgebiete am Persischen Golf gleichsetzt, und die von den Vereinten Nationen befürwortete Teilung Palä-

stinas in »zwei staatliche Fehlkonstruktionen« als kaum lebensfähige Lösung bezeichnet: »Der unversöhnliche islamische Fundamentalismus und der jüdisch-zionistische Nationalismus eskalieren immer weiter in Dimensionen hinein, in denen eine friedliche Koexistenz kaum noch Chancen hat.« Der Westen müsse ernsthaft damit rechnen, daß der Sturz der saudischen Dynastie nicht nur eine Frage des *Ob*, sondern auch eine Frage des *Wann* sei.

Für allenthalben sich abzeichnende Eruptionen und Verwerfungen macht Miksche den selbstverschuldeten Verfall der »traditionellen Vorrangstellung des Abendlandes« verantwortlich. Daraus entstandene Abhängigkeiten der westlichen Industrieländer von Entscheidungen in Drittweltländern (siehe Ölkrisen) kündigten den Beginn eines neuen Zeitalters an, dessen Perspektiven, angesichts stürmischen Bevölkerungszuwachses, zunehmend existenzbedrohliche Konturen annähmen.

Bedauerlicherweise hat es Miksche hinter seiner europäischen Sichtblende unterlassen, im Weitwinkel der schicksalhaften Vertragsdiktate nach dem Ersten Weltkrieg den sich hier aufdrängenden Analogieschluß auch zur nah-mittelöstlichen Raumgestaltung herzustellen. Augenfällig sind doch gewisse Ähnlichkeiten zwischen dem Wien der Doppelmonarchie und der Hohen Pforte, was beider regionale Integrationswirksamkeit und geopolitische Ordnungsfunktion betraf. Als 1920 zu Stresa England und Frankreich im spätkolonialen Rausch die Kriegsbeute aus der Landmasse des Osmanischen Reiches unter sich aufteilten, orientierten sie sich hier zwar nicht an einem fiktiven Nationalstaatenmodell, sondern betrieben auf orientalischem Nachbargebiet eine rigorose Flurzergliederung; mit Hilfe des Lineals und eingesetzter Lehnsherren grenzten sie so ihre jeweiligen wirtschaftsstrategischen Interessen gegeneinander ab. – An diesen folgenschweren Schlußakt abendländischer Vereinnahmungspraxis muß sich ein in Kolonialstil-Idyllen schwelgender Miksche schon mal erinnern und ergänzen lassen. Wenn er nunmehr als Silberstreifen am Horizont einen arbeitsteiligen Pakt zwischen den Vereinigten Staaten Nordamerikas und einem europäischen Bundesstaat ausmacht, in dem »jeder der gleichgroße Partner mit Schwergewicht in seinem eigenen Krafraum wirkt: Westeuropa im afrikanischen Raum und im Orient, die USA in Ostasien und Südamerika« – so wirft ein solches Global-schema ein ganzes Bündel von Rückfragen auf. Sollen nach diesem Muster etwa tragende Elemente einer »Neuen Weltordnung« entstehen, für die soeben in den arabischen Wüsten ein

Testfeld aufgepflügt wird? Steuert denn die nur noch auf Pump gründende militärische Supermacht Amerika, in einem Fluchtversuch aus häuslichen Dilemmas, nicht unweigerlich auf einen Pyrrhussieg zu, der auch das Aus jedweden europäischen Einflusses einläuten könnte; ähnlich wie es einem Churchill ergangen ist, der als Papier-Sieger, so Miksche, mit Ende des letzten Weltkrieges das britische Weltreich verspielt sah? Und hält es der Buchautor an anderer Stelle nicht für »nahezu unvermeidlich«, daß die bisherige *pax nippocina* abgelöst werde?

Schon ein dem Herrschaftsdenken aus römisch-imperialer Geschichte entlehntes Vokabularium diskreditiert leider das *per se* einleuchtende Konzept, wonach durch nachbarschaftliche Nähe vorgezeichnete, von Kriterien gegenseitiger Ergänzung und Gleichachtung ausgehende superregionale Formen der Zusammenarbeit dringend angezeigt sind, so man noch rechtzeitig das Weltgefüge vor hereinbrechendem Chaos bewahren will. Dazu aber bedarf es allseitig multikultureller Aufgeschlossenheit, die der Abendländer Miksche schmerzlich vermissen läßt, wenn er sich darauf beruft, daß nun einmal Neid und Eifersucht, Rassengegnerschaft und religiöse Animosität zu den angeborenen menschlichen Wesenszügen gehören, »die uns von der Natur auferlegt wurden«, folgerichtig moniert er beim »westlichen Menschen mangelnden Willen zum Kampf«, der für ihn seit jeher »einer der tragenden Pfeiler großer Kulturen« war. Endlich wissen wir auch, daß die »dekadente Spätform der Demokratie« schuld daran ist. Sein Jahrhundert-Fazit: Menschliches Recht war stets das Recht des Stärkeren, das der Schwächere zu befolgen hat. – Soll das nun Aufforderung oder Warnung an den deutschen Adressaten sein?

Ferdinand Otto Miksche, Das Ende der Gegenwart. Europäische Blöcke, F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung, München 1990, 320 S., DM 38,-.

Zu den Autorinnen und Autoren

PAUL ASSALI, geb. 1945, Diplom-Volkswirt, Redakteur beim SÜDWESTFUNK, Veröffentlichung zuletzt: *Juden im Elsaß* (Elste Verlag).

PIERRE BRIANÇON, Journalist der LIBÉRATION.

DR. WOLFGANG GEIGER, geb. 1956, ist Deutsch-Lektor an der Universität Nantes (Frankreich).

KLAUS HARTUNG, geb. 1940, Redakteur der TAZ.

DR. KARLA HILSCHER, geb. 1938, Slawistin/Literaturwissenschaftlerin, freie Publizistin und Funkautorin; zahlreiche Publikationen zur russischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts.

JERZY HOLZER, geb. 1930, Professor an der Warschauer Universität, Zeithistoriker, ehemals deutschlandpolitischer Berater des Parlamentarischen Bürgerclubs/SOLIDARNOŚĆ, Ko-Vorsitzender des Forums Bundesrepublik Deutschland-Polen.

RENATE KARST-MATAUSCH, Literaturwissenschaftlerin an der Universität Heidelberg.

BARBARA KLAIN, geb. 1946 in Warschau, Architektin, seit 1972 in der Bundesrepublik; Lehre und Forschung an der TH Darmstadt; DFG Vorschungsprojekt: »Deutsche und polnische Stadtplanung für Warschau, 1939-1945«; Vorbereitung des Projektes »Sozialistischer Realismus als Lebensstil einer Epoche« (in Zusammenarbeit mit dem Palais Jalta und dem Architekturmuseum in Frankfurt).

RYSZARD KRYNICKI, geb. 1943, bedeutender polnischer Lyriker, 1976-1980 mit Druckverbot belegt, ab 1981 Redakteur der SOLIDARNOŚĆ in Poznan. Mit freundlicher Genehmigung des Suhrkamp-Verlags drucken wir ein Gedicht aus dem im Mai erstmals in deutscher Sprache erscheinenden Gedichtband vorab.

DR. CLAUDIA MANCINA, geb. 1947, lehrt Philosophie an der Universität in Rom, Codirektorin des Gramsci-Instituts (Rom) und Mitglied des ZK der PCI (bzw. PDS).

HANS-MARTIN LOHMANN, geb. 1944, lebt als freier Publizist in Heidelberg.

FRANÇOIS MASPERO, geb. 1932, war bis vor 10 Jahren Verleger, seither freiberuflich tätig, u. a. für RADIO FRANCE, sowie Romanautor. In deutscher Übersetzung erschien *Das Lächeln der Katze*, (Manholt Verlag 1985/Piper Verlag 1989).

REINHARD MOHR, geb. 1955, lebt als freier Journalist in Frankfurt. Redakteur beim PFLASTERSTRAND (1985/86), feste Mitarbeit bei der TAGESZEITUNG (TAZ); Essays und Kabaretttexte; Buchveröffentlichung: 1968 - *Die letzte Revolution, die noch nichts vom Ozonloch wusste*, Berlin 1988.

DR. HAZEL ROSENSTRAUCH, geb. 1945, Kulturwissenschaftlerin, lebt als freie Publizistin in Wien; letzte wichtige Veröffentlichung: *Aus Nachbarn wurden Juden. Ausgrenzung und Selbstbehauptung 1933-1942*, Berlin 1988.

DR. HELMUT SCHAUER, geb. 1937, Sozialwissenschaftler, Mitarbeiter in der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt/M.

HELENA STEJSKALOVA, geb. 1952, lebt als freie Publizistin und Übersetzerin in Prag.

ERHARD STÖLTING, geb. 1942, Professor für Soziologie an der FU Berlin; Veröffentlichungen u. a.: *Ein Weltreich zerbricht. Nationalitäten und Religionen in der UdSSR*, Frankfurt/M. 1990.

DR. AHMAD TAHERI, geb. 1939, Studium der Orientalistik (Promotion) und der Islam-Wissenschaften, freier Journalist in Frankfurt.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
5300 Bonn 2
Tel.: (02 28) 8 83-5 40/5 42
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH,
In der Raste 2
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreisliste Nr. 19
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabonnement 90,- DM frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist. In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Der Bezug von Sonderheften ist im Abonnementpreis enthalten.